

POLITISCHE STUDIEN 422

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

Schwerpunktthema: Was bleibt von 68? Die Folgen der Protestbewegung

Mit Beiträgen von
**Kurt Faltlhauser, Gerd Langguth
und Ursula Männle**

Inge Bell

Politische Studien-Zeitgespräch mit
der Journalistin zu Frauenhandel
und seinen Folgen in einem sich
wandelnden Europa

Peter Witterauf

Die internationale Finanzkrise – was
sind die Lehren?

Stefan Luft

Konfliktfelder um Staatsangehörigkeit
und Integration

Heinrich Martens

Die aktuelle Lage der Russland-
deutschen: Probleme und
Perspektiven



**Hanns
Seidel
Stiftung**

POLITISCHE STUDIEN 422

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

Schwerpunktthema: **Was bleibt von 68?** **Die Folgen der** **Protestbewegung**

Mit Beiträgen von
Kurt Faltlhauser, Gerd Langguth
und Ursula Männle

Inge Bell

Politische Studien-Zeitgespräch mit
der Journalistin zu Frauenhandel
und seinen Folgen in einem sich
wandelnden Europa

Peter Witterauf

Die internationale Finanzkrise – was
sind die Lehren?

Stefan Luft

Konfliktfelder um Staatsangehörigkeit
und Integration

Heinrich Martens

Die aktuelle Lage der Russland-
deutschen: Probleme und
Perspektiven



**Hanns
Seidel
Stiftung**



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Herausgeber:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair,
Staatsminister a. D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/
Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
(Chefredakteur, v. i. S. d. P.)
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (stellv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Irene Krampfl (Redaktionsassistentin)
Friederike Präfinger (Redaktionsassistentin)

Anschrift:

Redaktion Politische Studien
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33, 80636 München
Telefon 089/1258-241
Telefax 089/1258-469
Internet: www.hss.de
E-Mail: PolStud@hss.de

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00.

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft.

Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten.

Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Inhalt

Peter Witterauf Editorial: Die internationale
Finanzkrise – was sind die
Lehren? 5

Inge Bell Politische Studien-Zeitgespräch mit
der Journalistin zu Frauenhandel
und seinen Folgen in einem sich
wandelnden Europa 10

**Schwerpunktthema: Was bleibt von 68? Die Folgen
der Protestbewegung**

Hans Zehetmair Einführung 22

Kurt Faltlhauser Die 68er-Bewegung: Persönliche
und gesellschaftliche Wirkungen .. 24

Ursula Männle Unkonventionelle Anmerkungen .. 33

Gerd Langguth Die langfristigen Folgen der 68er-
Bewegung 36

Stefan Luft Konfliktfelder um Staatsangehörig-
keit und Integration 42

Heinrich Martens Die aktuelle Lage der Russland-
deutschen: Probleme und
Perspektiven 54

Das aktuelle Buch 65

Buchbesprechungen 67

Richtigstellung	79
Ankündigungen	80
Autorenverzeichnis	81
Jahresübersicht	83

Editorial: Die internationale Finanzkrise – was sind die Lehren?

Peter Witterauf

Die internationale Finanzkrise hat die Schlagzeilen der letzten Monate dominiert. Schreckensmeldungen kamen in immer kürzeren Zeitabständen und in immer größeren Dimensionen. Weltweit mussten Banken massive Wertberichtigungen vornehmen. Aufsehenerregende Bankzusammenbrüche waren zu verzeichnen, vor allem in den USA. An den Aktienmärkten kam es zu massiven Kursverlusten. Gegenseitiges Misstrauen und die Furcht vor weiteren Verlusten prägten die Stimmung an den Finanz- und Kapitalmärkten.

Die schwerste und gefährlichste Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Welt der Banken nachhaltig verändert. Sie hat Arbeitsplätze in hoher Zahl gekostet und das Ansehen des Kapitalismus und der Marktwirtschaft in hohem Maße beschädigt.

Das Ende der Krise ist noch nicht absehbar. Der Internationale Währungsfonds prognostizierte Anfang Oktober

2008 Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt rund 1,4 Billionen US-Dollar. Das ist weit mehr, als bislang befürchtet: Im April 2008 hatte der IWF die vermuteten Gesamtverluste durch die Krise noch mit 945 Milliarden US-Dollar beziffert.

Lange waren von der Krise nur die Industrieländer betroffen. Inzwischen aber hat sich ein Flächenbrand über Asien, Lateinamerika und Osteuropa ausgebreitet. Viele Staaten, die mit den Auswüchsen im Finanzsektor überhaupt nichts zu tun hatten, brauchen Nothilfe vom Internationalen Währungsfonds. Auch sie haben unter den indirekten Auswirkungen der Finanzkrise, zum Beispiel unter Kapitalabflüssen, zu leiden. Hinzu kommen die negativen Einflüsse der weltweiten Konjunkturabschwächung, die inzwischen zu erheblichen Belastungen führen.

Erfreulich ist, dass mit den in vielen Ländern aufgelegten „Rettungspake-

ten“ eine erste Stabilisierung gelungen ist. Damit wurde verhindert, dass sich die Vertrauenskrise immer weiter ausbreitet und immer stärker auch die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Zu der größten konzertierten Staatsintervention der Nachkriegsgeschichte gab es deshalb auch keine Alternative.

Kurzfristig geht es darum, die Bankensysteme mit frischem Geld zu stabilisieren, sowohl mit Krediten als auch mit neuem Eigenkapital. Investoren und Banken brauchen das Signal, dass sie untereinander wieder Geschäfte tätigen können, ohne den Verlust ihrer Gelder zu befürchten. Mittelfristig sollte sich der Staat wieder zurückziehen und zwar dann, wenn sich die Situation weltweit wieder stabilisiert hat.

Wie konnte es zu dieser gefährlichen Situation der Weltfinanzmärkte kommen? Ausgangspunkt war die Art der Finanzierung in den USA. Viele Amerikaner tätigten Käufe ohne ausreichende finanzielle Basis. Insbesondere ging es dabei darum, den Traum vom eigenen Haus zu erfüllen. Begünstigt durch eine Politik der amerikanischen Notenbank, die für günstige Finanzierungsmöglichkeiten gesorgt hatte, konnten Käufer von Häusern und Wohnungen diese Käufe bis zu 100% mit Krediten finanzieren. Entsprechende Sicherheiten wurden von den Kreditnehmern nicht verlangt. Wer zum Beispiel einen Hauskredit aufnahm, musste meist weder Einkommen noch Vermögen als Sicherheit nachweisen. Neben den Hypothekendarlehen wurden aber auch ungesicherte Konsumentenkredite in großem Umfang vergeben.

Um Risiken zu verringern und um höhere Eigenkapitalrenditen zu erzielen, behielten die meisten Finanzinstitute die vergebenen Kredite nicht in ihren eigenen Büchern. Die Kredite, darunter auch viele Darlehen an Schuldner zweifelhafter Bonität (so genannte Subprimes), wurden gebündelt, verbrieft und verkauft. Es wurden neue Mischprodukte geschaffen, die das traditionelle Kreditgeschäft mit dem Kapitalmarktgeschehen verbanden. Zugleich entstanden Fonds, die Kredite unterschiedlichster Qualität enthielten.

Diese neu strukturierten Kreditprodukte wurden auch in Europa und Deutschland angeboten und, wie sich zeigen sollte, in allzu vielen Fällen gerne gekauft. Denn in Zeiten relativ geringer Zinsmargen versprachen diese Papiere eine relativ hohe Rendite. Verstärkt wurde diese Entwicklung dadurch, dass eine Vielzahl der Geschäfte nach geltendem Recht außerbilanziell abgewickelt werden konnte. Auf diese Weise entstand ein finanzielles „Schattenreich“, dessen Zusammenbruch vorgezeichnet war.

Was sind die Lehren aus der internationalen Finanzkrise?

Auslöser der weltweiten Finanzkrise waren die Fehlentwicklungen in Amerika. Deshalb müssen zunächst die Vereinigten Staaten ihre Hausaufgaben machen und ihr Finanzsystem wieder auf solidere Eckpfeiler stellen. Dabei ist es zweifellos erforderlich, die „Wirtschaftskultur“ zu hinterfragen. Die tieferen Gründe für die Fehlentwicklungen in den USA sind auf „Grundeinstellungen“ der Menschen

zurückzuführen. Zum einen ist die starke Konsumorientierung zu nennen, die dazu führt, dass viele Käufe ohne ausreichende finanzielle Basis getätigt werden. Deshalb nimmt die Verschuldung der privaten Haushalte immer weiter zu. Erste Ansätze dieser Entwicklung sind im Übrigen auch in Deutschland zu beobachten.

Zum anderen haben sich eine extreme Deregulierung und Liberalisierung sowie der überzogene Glaube an die Selbstheilungs- und Selbststeuerungskräfte der Marktwirtschaft verhängnisvoll ausgewirkt. Erst jetzt, nach massiven Fehlentwicklungen, wird über eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte nachgedacht. Über viele Jahre wurde völlig außer Acht gelassen, dass eine funktionsfähige Marktwirtschaft einen stabilen ordnungspolitischen Rahmen braucht. In diesem Zusammenhang ist auch die amerikanische Notenbank zu kritisieren: Viel zu lange hat sie eine zu starke Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens aktiv gefördert.

Generell ist es notwendig, dass die Banken wieder verantwortungsbewusster handeln. So müssen sie insbesondere ihr Risikomanagement verbessern. Bei vielen Geschäften wurden hohe Risiken eingegangen, ohne dass ein Mindestmaß an Absicherungen vorhanden war. Letztlich war es auch die „Gier nach Geld“, die zu den Fehlentwicklungen geführt hat. Auf der Jagd nach immer höheren Erträgen gingen die Maßstäbe für verantwortungsbewusstes Handeln verloren.

Zu einem stärkeren Verantwortungsbewusstsein der Banken gehört aber

vor allem auch eines: Sie müssen die Verantwortung und die Konsequenzen für Verluste übernehmen! Es kann und darf nicht sein, dass horrende Gewinne in Privatvermögen verschwinden, für Verluste aber der Steuerzahler haften soll. Dies untergräbt in hohem Maße das Vertrauen in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass eine Diskussion über eine stärkere Haftung von Führungskräften entstanden ist.

Entscheidend ist aber auch, dass der ordnungspolitische Rahmen auf nationaler und internationaler Ebene verbessert wird. Nötig sind eine strengere und effektivere Finanzaufsicht, eine Verbesserung der Transparenz auf den Finanzmärkten und eine stärkere Absicherung sogenannter Finanzinnovationen. Eine effektivere Finanzaufsicht muss dubiose Praktiken bei der Vergabe von riskanten Krediten unterbinden. Die internationale Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden ist zu verbessern. Und es ist nicht länger zu verantworten, dass einzelne Bereiche wie etwa Investmentbanken oder Hedgefonds von der Marktaufsicht quasi ausgenommen werden.

Es ist zu prüfen, ob Wett- und Leergeschäfte verboten werden sollten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass hierdurch Fehlentwicklungen in massiver Weise begünstigt werden. Die absurde Kursentwicklung der VW-Aktie, wie sie Ende Oktober 2008 zu verzeichnen war, ist hier ein weiteres herausragendes Beispiel. Man muss sich allerdings darüber im Klaren sein, dass dies ein sehr starker Eingriff in das Marktgeschehen wäre.

Die Rolle der Rating-Agenturen ist zu hinterfragen. So ist es zum Beispiel unverantwortlich, dass viele „Schrottpapiere“ ein Qualitätssiegel allererster Güte erhielten. Weiterverkäufe wurden hierdurch forciert, das Ausbreiten der Finanzkrise aktiv gefördert. Interessenkonflikte der Agenturen dürfen die Unabhängigkeit der Bewertungen nicht in Zweifel ziehen. Auch eine stärkere Transparenz hinsichtlich der umgesetzten Bewertungsmodelle und deutlichere Kennzeichnungen hoch riskanter Produkte sind notwendig.

Finanzinnovationen sollten in Zukunft entsprechend ihren Risiken mit Eigenkapital der Banken unterlegt werden, wie es bei anderen Kreditgewährungen geregelt ist. Zugleich sollte die Transparenz von strukturierten Produkten erhöht werden. Nur dann ist eine realistische Bewertung möglich. Im Bankensektor war in den letzten Jahren oft von der Einführung von Finanzinnovationen die Rede. Tatsächlich ging es aber oft nur darum, Risiken zu verschleiern, Papiere handelbar zu machen und die Kredit schöpfung des gesamten Bankensektors zu erhöhen.

Über diese Maßnahmen hinaus wird von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, eine globale Institution zu schaffen, die unabhängig über die Stabilität des internationalen Finanzsystems wacht. Es wäre sicherlich sinnvoll, den Internationalen Währungsfonds mit dieser Aufgabe zu betrauen.

So schlimm die derzeitige Finanzkrise auch ist: Sie darf nicht dazu führen, dass die Marktwirtschaft an sich in Frage gestellt wird. Nicht die Marktwirt-

schaft ist schuld an den weltweiten Turbulenzen, sondern die Handlungen der beteiligten Akteure. Letztlich waren es die Verhaltensweisen, begünstigt durch fehlende Regulierungen, die zu den Fehlentwicklungen geführt haben. Die gegenwärtige Krise ist kein Versagen der Marktwirtschaft – ganz im Gegenteil. Die Krise ist das Resultat grober Verletzungen der Spielregeln und der ethischen Grundlagen, ohne die eine Marktwirtschaft nicht auskommt. Dies gilt insbesondere für unsere Soziale Marktwirtschaft. Bei allem Ärger über die Fehlentwicklungen darf nicht die Marktwirtschaft abgeschafft werden. Es ist vielmehr notwendig, die Regeln zu ändern. Die Geschichte der Marktwirtschaft hat immer wieder auch eines gezeigt: Sie kann nur dann funktionieren und zu befriedigenden Ergebnissen führen, wenn sie einen entsprechenden Ordnungsrahmen hat. Dies gilt zum Beispiel mit Blick auf die Wettbewerbsordnung, die Sozialordnung und die Umweltordnung.

Mehr staatliche Lenkung ist schon deswegen keine Lösung, weil, wie sich gezeigt hat, auch staatliche Banken nicht klüger waren als die Privatwirtschaft. Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang auch, dass die Staatswirtschaften des früheren kommunistischen Machtbereichs Ende der 80er-Jahre auf breiter Front gescheitert waren. Nicht von ungefähr setzen heute Länder wie China, Indien und auch Russland auf die kreativen Kräfte des Marktes.

Entscheidend ist vor allem eines: Für die Zukunft sind Vorkehrungen zu treffen, um ähnliche Fehlentwicklungen wie in der Vergangenheit zu

verhindern. Dann wird auch wieder Ruhe an den internationalen Finanzmärkten einkehren. Und dann hat die Weltwirtschaft auch wieder ein Fundament für eine weitere Aufwärtsentwicklung.

Politische Studien-Zeitgespräch mit der Journalistin Inge Bell zu Frauenhandel und seinen Folgen in einem sich wandelnden Europa

Inge Bell ist seit 1996 journalistisch tätig, zunächst beim Hörfunk, später wechselte sie zum Fernsehen, wo ihre aufrüttelnden Reportagen beispielsweise in der ARD zu sehen sind. Sie stammt aus Rumänien und flüchtete 1971 mit ihrer Familie nach Deutschland. Sie hat sich in ihrer Arbeit vorwiegend auf den Ost-Balkan spezialisiert und will dabei zeigen, wie sich Südosteuropa politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell entwickelt. In den letzten sieben Jahren hat sie sich vorwiegend mit dem Thema Organisierte Kriminalität beschäftigt und hier speziell mit den Sparten Menschenhandel und Zwangsprostitution. Sie betreut auch zwei diesbezügliche größere Hilfsprojekte in Südosteuropa, ist Mitglied im Aktionsbündnis gegen Frauenhandel und gilt als ausgewiesene Expertin dieser Problematik. Im Oktober 2007 erhielt sie den Preis „Frauen Europas – Deutschland 2007“.

Politische Studien: Innerhalb der EU fallen jährlich, nach Angaben des Europäischen Parlaments, 100.000 Menschen dem Menschenhandel zum Opfer. Weltweit spricht man von 700.000 Opfern. 80% der Betroffenen sind Frauen und Kinder. Mittlerweile stellt Menschenhandel die drittwichtigste Einnahmequelle für das Organisierte Verbrechen dar und hat ein katastrophales Ausmaß in seiner Ausbreitung erlangt. Demzufolge ist der Menschenhandel zu einer globalen Herausforderung geworden. Auf europäischer Ebene tritt er insbesondere in Form des Frauenhandels auf. Frau Bell, Sie beschäftigen sich seit Jahren mit diesem Phänomen und können daher beurteilen, wie sich diese Form des Verbrechens ganz allge-

mein verändert hat. Was ist anders geworden in den letzten zehn Jahren?

Inge Bell: Zunächst einmal: Misstraut den Zahlen! Es hat sich sehr viel getan im Menschenhandel und seiner Bekämpfung, aber eines hat sich über die Jahre nicht geändert: die Spekulation mit den Zahlen. Es gibt kaum gesicherte Angaben, wie viele Frauen und Kinder weltweit oder in Europa Opfer von Menschenhandel werden – nur Schätzungen, Dunkelziffern, Hochrechnungen. Aber sie seien hier dennoch genannt, um zumindest den Ansatz ihres Ausmaßes zu beschreiben. Die neuesten Schätzungen der UNO vom Juni 2008 gehen von weltweit vier Millionen Menschen aus – v.a. Frauen und



Inge Bell (links) und Paula Bodensteiner

Kinder –, die pro Jahr in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gehandelt werden. Geschätzte zwei Millionen Frauen und Mädchen weltweit landen als Menschenhandelsopfer in der Sexindustrie – jährlich. Die Internationale Organisation für Migration wiederum schätzt, dass ca. 500.000 Frauen und Kinder jährlich von Mittel- und Osteuropa nach Westeuropa in die Zwangsprostitution gehandelt werden. Diese Schätzungen bestehen schon seit Jahren unverändert. Auch die von Ihnen genannte Zahl – 700.000 Menschenhandelsopfer jährlich – kursiert schon länger. All das zeigt uns, dass es zum Menschenhandel keine genauen Zahlen gibt. Wir haben es mit einem Verbrechen in der Grauzone zu tun. Aber, werden Sie sagen, das Bundeskriminalamt gibt doch jährlich seinen so genannten „Lagebericht Menschenhandel“ heraus. Darin stehen doch sehr exakte Zahlen über Opfer von Menschenhandel und Täter. Das ist richtig

und zum Glück haben wir in Deutschland einen gewissen Einblick in genauere Zahlen, aber auch hier gilt: Genaueres weiß man nicht. Die Statistik des BKA-Lageberichts hat in den vergangenen zehn Jahren zwischen 800 und 1.200 Menschenhandelsfälle jährlich verzeichnet, sagt aber auch stets, dass das nur das so genannte „Hellfeld“ sei, also das, was die Polizei bei Kontrollen so aufdeckt. Die tatsächliche Dunkelziffer liegt sicherlich weitaus höher. Aber zurück zu Ihrer Frage, was hat sich in den letzten 10 Jahren verändert?

Menschenhandel und die Medien

Eines hat sich ganz massiv geändert: Man redet darüber. Menschenhandel ist kein Orchideen-Thema mehr, sondern in den Medien und bei den Menschen angekommen. Der Kenntnisstand in der Bevölkerung über dieses traurige Migrationsphänomen ist deut-

lich angestiegen. Und zwar nicht nur bei uns in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa und den Herkunftsländern der gehandelten Frauen und Kinder, in Osteuropa. Das war vor 10 Jahren noch ganz anders. Ich erinnere mich noch gut an die Zeiten Ende der 90er-Jahre, als es selbst mir als Journalistin in den Redaktionen so gegangen ist, dass manch ein Redakteur angesichts meines Themenvorschlags gesagt hat: „Ach was, Zwangsprostitution! So ein Quatsch, das machen die doch alle freiwillig!“ Es war sehr schwierig, darüber zu berichten. Das hat sich geändert und zwar rasch. Spätestens mit dem Skandal, den ich Ende 2000 im ARD-Weltspiegel aufdeckte, wurde das Thema in deutsche Wohnzimmer getragen, auch wenn es damit noch lange nicht salonfähig wurde. Damals hatte ich aufgedeckt, dass deutsche KFOR-Soldaten im Friedenseinsatz für den Kosovo auf dem Balkan in Bordelle gingen, in denen minderjährige Mädchen zur Prostitution gezwungen wurden.

Mechanismus Menschenhandel

Leider hat sich nicht sehr viel geändert an dem teuflischen Mechanismus des Menschenhandels. Immer noch werden junge Frauen und Mädchen aus ganz Osteuropa Opfer von skrupellosen Menschenhändlern, die ihnen erst das Blaue vom Himmel versprechen – tolle Arbeit im Westen, viel Geld, eine rosige Zukunft – und die sie dann brutal ausbeuten. Ich versuchte gerade, einer 19-jährigen rumänischen Frau in einem Bordell zu helfen, die von einem Menschenhändler ungarisch-rumänischer Herkunft hierher verkauft wurde. Erst wollte er von ihr „nur“ ihren Ein-

kaufpreis zurück – 3.000 €. Im Laufe der letzten vier Monate setzte er den Preis ständig herauf, 5.000 €, 7.000 €, zuletzt wollte er 13.000 € von ihr. Es ist völlig klar, dass die junge Frau ihren Kaufpreis niemals abarbeiten kann. Denn zu den Schulden bei dem Menschenhändler kommen noch die stetig wachsenden Schulden bei dem deutschen Bordellbesitzer, Schulden für Kost und Logis, Schulden für Monatshygiene, Schminke, Unterwäsche, usw., die ihr zu horrenden Preisen besorgt werden. Das System ist eindeutig: Hier wird jemand in Abhängigkeit gehalten und ausgebeutet. Zunächst hieß es noch, du darfst deine Arbeitszeiten selbst bestimmen und kannst dir deine Freier selbst auswählen. Aber angesichts des Schuldendrucks hat die junge Frau keine wirkliche Wahl. Und auch wenn sie zunächst freiwillig und wissentlich in die Prostitution nach Deutschland gegangen sein mag, so wurden ihr dabei doch genau die Freiheit und Wahlmöglichkeiten versprochen, die sie nun hier nicht mehr hat. Und diese „Änderung der Arbeitsbedingungen“ – wie es so schön im Polizeideutsch heißt – stellt dann den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung dar.

Früher war es noch so, dass den jungen Frauen und Mädchen aus Osteuropa eine Stelle als Kellnerin oder Zimmermädchen versprochen und sie dann in Deutschland mit Gewalt in die Prostitution gezwungen wurden. Heute landen zunehmend Frauen aus dem Osten in deutschen Bordellen, die die Prostitution akzeptieren, aber zu ihren Bedingungen. Dass dann die Bedingungen brutal geändert werden, ist das Verbrechen, dessen Opfer sie geworden sind. Allerdings sehen sie sich selbst

nicht als Opfer, sondern geben sich oftmals selber die Schuld. Und das spielt sie umso mehr den Zuhältern in die Hände, denn wer sich nicht als Opfer sieht, der geht auch nicht zur Polizei. Ganz abgesehen davon, dass die wenigsten Frauen in der Zwangsprostitution sich an die Polizei wenden würden, denn sie kennen aus ihren osteuropäischen Herkunftsländern die Polizei als korrupt und als Komplizen der Menschenhändler und denken, in Deutschland sei das genauso.

Es ist immer noch so, dass die Menschenhändler und Erstverkäufer der Frauen aus ihrem nahen Umfeld stammen, nahe Verwandte oder Bekannte, oder besonders fatal, ihre eigenen Freunde. „*Loveboy-Syndrom*“ nennt man das. Die jungen Männer mit schicken Autos und viel Geld machen die Mädchen verliebt, tragen sie erst wie Prinzessinnen auf den Händen und sagen dann: „*Arbeite doch mal ein paar Monate im Ausland, danach machen wir uns ein tolles Leben ...*“. Und die Mädchen fallen darauf rein. Eines meiner Patenkinder aus Bulgarien – sie ist mittlerweile 23 – wurde mit 13 in die Prostitution gezwungen, von ihrem eigenen Freund. Er verkaufte sie an einen befreundeten Menschenhändler, der sie erst nach Deutschland brachte – damals noch illegal über die Grenze von Polen nach Deutschland – und ihr auf dem Weg über die grüne Grenze drohte: „*Wenn du nur einen Mucks machst, zerschlag ich dir die Kniescheiben und lass dich hier im Wald verrecken*“. Das Mädchen, das erst in Deutschland, dann in Straßburg und Brüssel zur Prostitution gezwungen wurde und zu dessen Stammkunden damals viele EU-Beschäftigte gehörten, hat mittlerweile zu einem normalen Leben zurückge-

funden, hat Mann und Kind und eine Arbeit in Bulgarien. Ohne die Hilfe von außen, durch Patenschaften und den Einsatz von deutschen Hilfsorganisationen wäre das vermutlich nicht möglich gewesen. Denn eines muss man sich immer wieder klar machen: Die Frauen und Mädchen, die hier Opfer von Menschenhandel wurden, können meist nicht zurück in ihre Familien, die sie vielleicht als erste verkauft haben, oder in ihr altes Umfeld, denn dort lauern die Menschenhändler oder korrupte Polizisten, die nichts lieber täten, als diese Mädchen wieder einzuspeisen in den teuflischen Kreislauf Menschenhandel.

Schwierige Strafverfolgung

Und noch etwas ist in den letzten 10 Jahren massiv in Bewegung geraten und immer noch in Turbulenzen: das nationale und internationale Rechtsumfeld. Menschenhandel ist ein Straftatbestand, zumeist einer der Organisierten Kriminalität. Wir haben Gesetze dagegen, die sogar geändert und verfeinert wurden, um Menschenhandel verfolgbarer zu machen. Die Krux ist aber, dass Menschenhandel sehr schwer zu beweisen ist. Es ist dazu immer die internationale Zusammenarbeit nötig. Eine Frau wie die eingangs erwähnte junge Rumänin wurde in ihrem Heimatland Rumänien von einem ungarisch-rumänischen Menschenhändler angeworben. Danach wurde sie in Budapest in einem Wohnungsbordell von diesem Mann gebrochen und gefügig gemacht. Erst dann verkaufte man sie nach Deutschland in das Bordell des Endabnehmers, einen deutschen Zuhälter, weiter. Dieser besitzt noch einen Nachtclub in der

Schweiz. Es gehört zu den Gepflogenheiten im Sexbusiness, dass Prostituierte nicht allzu lange an ein und demselben Ort bleiben, um die Freier nicht zu langweilen. Also würde es mich nicht wundern, wenn die junge Frau demnächst in die Schweiz weiterverkauft wird. Wie will man da ermitteln? Die deutsche Polizei braucht zuverlässige Kooperationen in Rumänien, Ungarn, und ggf. der Schweiz. Sie können sich vorstellen, wie langwierig Ermittlungen in Sachen Menschenhandel laufen, was für einen Idealismus, was für eine Akribie und was für einen langen Atem deutsche Ermittler haben müssen, um hier den Menschenhandel nachzuweisen. Dazu kommen immer wieder Rückschläge, z.B. wenn die Polizei in den osteuropäischen Staaten korrupt ist oder es keine personelle Kontinuität gibt, weil bei jeder Wahl das gesamte staatliche Personal vom Präsidenten bis zur Putzfrau ausgetauscht wird. Diese mangelnde Kontinuität beklagen deutsche Ermittler immer wieder. Zynisch gesagt würde ich jedem Polizisten, der Karriere machen will, eher zu einem ruhigeren Job bei Wohnungseinbrüchen raten – da kommt er schneller zum Ziel.

Außerdem ist es so, dass sich die Menschenhändler und Zuhälter meistens sehr gute Anwälte leisten können und dann bei einem Prozess mit einem blauen Auge davon kommen oder einen so genannten „Deal“ mit der Staatsanwaltschaft eingehen, frei nach dem Motto: „Ich gebe mal so ein bisschen Vergewaltigung und Nötigung zu, dafür kriege ich nur eine Strafe auf Bewährung“. Dieser Fall wird dann aber auch nie in einer Menschenhandelsstatistik auftauchen, sondern läuft dann eben unter Vergewaltigung oder

Nötigung. Das ist die Krux mit den Zahlen in unserer BKA-Statistik. Und die weitere Krux ist: Die Polizei bekommt die Opfer von Menschenhandel nicht ins Haus geliefert, sie muss selber tätig werden durch Razzien und Kontrollen im Milieu. Dafür gibt es aber nur wenig Kapazitäten. Auch bei der Polizei wird gekürzt und dann gibt es auch ganz klar andere Prioritäten als den Menschenhandel. Wir würden uns schön beschweren, wenn bei Raub, Diebstahl und anderen, weitaus schwereren Verbrechen nicht stringent ermittelt würde zu Gunsten mutmaßlicher Menschenhandelskontrollen. Die Ermittlungsarbeit hat natürlich Vorrang. Wenn dann noch Zeit, Geld und Personal frei ist, nimmt man auch Menschenhandelsrazzien vor. Dies ist aber leider nicht oft genug der Fall. In manchen Bundesländern erfolgt das nur einmal im Jahr, meist erst am Ende, vielleicht weil man noch schnell die Statistik verbessern will ... Hier möchte ich jedoch eine Lanze brechen für unsere Polizeikräfte: Auch wenn es noch viel Aufklärungsbedarf gibt, auch unter Polizeibeamten – es gibt nur wenige Fachdienststellen, die Expertenkenntnis im Menschenhandel haben, – so wird doch die Sache ernst genommen. Ich erinnere mich an die Aussage eines bayerischen Kriminalbeamten, der angesichts einer Verurteilung eines bulgarischen Menschenhändlers jubilierte: „Der Typ konnte es bis zuletzt nicht glauben, dass er tatsächlich von einem Gericht verurteilt wurde und ins Gefängnis musste. Der dachte, das läuft so wie in Bulgarien: dass er Beweise verschwinden lassen kann, wenn er die Polizei besticht; dass er Akten verschwinden lassen kann, wenn er den Staatsanwalt besticht; dass er das Urteil beeinflussen kann, wenn er den Richter

besticht. Und all so was läuft hier eben nicht“.

Menschenhandel und die Politik

Viele Kriminalbeamte sagen unter der Hand, dass sie völlig überlastet seien und Menschenhandel keine politische Priorität habe. Es fehle die politische Rückendeckung. Denn wo Terrorbekämpfung und Innere Sicherheit auf dem Stundenplan stehen, rangiert Menschenhandel unter „ferner liefen.“

Die Politik hat es definitiv versäumt, bei der Änderung des Menschenhandels-Paragraphen angrenzende Rechtsbereiche mit zu bedenken. So bekommen Frauen, die als Opfer von Menschenhandel gegen ihre Peiniger aussagen, für die Zeit des Prozesses gerade mal eine Duldung und werden behandelt wie Asylbewerber – abgespeist mit einer spärlichen Geldzuwendung, die zum Überleben nicht reicht. Sie haben keinen Zugang zu einer Traumatherapie. Dabei sind gerade Frauen, denen so viel Gewalt widerfahren ist, dringend darauf angewiesen. Und sie wären auch „bessere“ Zeuginnen, wenn ihnen psychische Blockaden genommen würden. Bitter ist auch, dass Frauen, die in Prozessen aussagen, anschließend wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Opfern von Menschenhandel ist es nicht gestattet, hier in Deutschland zu bleiben und zu arbeiten. Viele wollen das zwar ohnehin nicht, aber die, denen hier so schweres Leid zugefügt wurde, sollten doch die Möglichkeit dazu haben. In Italien beispielsweise dürfen Opfer von Menschenhandel bleiben und arbeiten, egal, ob sie in einem Prozess aussagen oder nicht. Nun ist Italien uns

etwas voraus, denn Italien hat viel längere Erfahrung mit Organisierter Kriminalität. In Deutschland befürchtet man wohl eine Schwemme von Frauen aus dem Osten, die hierher kommen und vorgeben könnten, Opfer von Menschenhandel zu sein, nur weil sie bleiben möchten. Die Erfahrung in Italien bestätigt diese Befürchtung aber nicht. Außerdem sieht es die neue Europaratskonvention zu Menschenhandel von 2005 vor, dass Opfern von Menschenhandel ein Bleiberecht eingeräumt werden soll, unabhängig davon, ob sie aussagen oder nicht. Überhaupt ist diese Konvention des Europarats revolutionär. Sie sieht auch vor, dass Verbrechen, die eine Frau während der Zwangsprostitution ausüben musste, straffrei bleiben sollen. Damit werden die Verstrickungen, in die Zuhälter und Menschenhändler viele Frauen verwickeln – als Drogenkuriere beispielsweise –, nicht der Frau zur Last gelegt. Auch Verstöße gegen das Ausländerrecht (illegaler Aufenthalt) sollen nicht verfolgt werden. Die Frau gilt als Opfer, nicht als Täterin.

Ein weiterer zentraler Punkt dieser Konvention ist die Förderung der Hilfsorganisationen. Ohne NGOs, die sich um die Frauen in Not kümmern, für ihre körperliche und psychische Gesundheit sorgen, so weit sie eben können, der Frau geschützten Wohnraum und Betreuung anbieten, wäre ein Opfer von Menschenhandel auf sich zurückgeworfen in einer extremen Notsituation und wohl verloren. Hilfsorganisationen wie in Bayern SOLWODI, die bundesweit größte Hilfsorganisation bei Menschenhandel, oder Jadwiga sollen nach Ansicht des Europarats viel kräftiger unterstützt und weiter ausgebaut werden. Denn Tatsache ist auch

hier: Die Hilfsorganisationen sind völlig unterfinanziert und überlastet.

Festgeschrieben in der Europaratskonvention, die Anfang 2008 in Kraft trat und die auch Deutschland unterzeichnet (wenngleich noch nicht ratifiziert) hat, ist auch der Vorschlag an die Staaten, eine Freierbestrafung zu erwägen. Freier, die wissentlich oder unwissentlich Dienste von Zwangsprostituierten kaufen, machen sich strafbar. Das ist ein völlig neuer Ansatz. Bayern fordert dies schon länger. Seit 2003/2004 haben einige CDU-Politiker auf Bundesebene und Bayerns Justizministerin Merk laut darüber nachgedacht, ein entsprechendes Gesetz zu formulieren. Was erst in den Freier-Foren im Internet als Zeitungsente abqualifiziert wurde (im Internet tauschen sich Freier aus über „Neuzugänge“ und „Frischfleisch“ in den Bordellen, FKK-Clubs und Straßenstrichen), wird jetzt mit ungläubigem Staunen kommentiert – nach dem Motto: „Jungs, zieht euch warm an, die meinen es ernst mit der Freierbestrafung“. Auch hier – in der Höhle des Löwen – wird die Politik rund um den Menschenhandel schon diskutiert.

Menschenhandel und die Freier

Hier sei ein Blick auf die Profiteure geworfen. Denn es sind nicht nur die Zuhälter und die Menschenhändler, die viel Geld mit dem Import von osteuropäischen Zwangsprostituierten machen. Auch Freier, die Zwangsprostituierte kaufen – wissentlich oder nicht –, machen sich schuldig. Indem sie sich junge Frauen oder minderjährige Mädchen kaufen, die Opfer von Menschenhandel sind, fördern sie kriminelle

Strukturen. Ich plädiere dafür, Freier aufzuklären, damit sie sich nicht schuldig machen, sondern wachsam sind, wenn sie denn schon zu Prostituierten gehen. Die meisten Freier sind nämlich durchaus erreichbar und stehen Aufklärung offen gegenüber. Und die anderen, die wenigen Ewig-Gestrigen unter den Freiern, sind ohnehin kaum sensibilisierbar. Sie kann tatsächlich nur die Strafverfolgung eines Besseren belehren. Mein Motto ist: „Freier – das mag wie Kavalier klingen. Doch Zwangsprostitution ist kein Kavaliersdelikt“. Ich plädiere dafür, endlich auch einen nüchternen Blick auf die Seite der Nutznießer, der Freier, zu werfen. Es ist unangenehm, keine Frage. Ein Tabu, keine Frage. Ein Schmutzthema, keine Frage. Aber: Freier sind keine Nachtschattengewächse, keine Zu-Kurz-Gekommenen, die eh nie eine Frau abkriegen. Das sind Klischees. Nein – Freier sind mitten unter uns. Freiertum zieht sich quer durch die Gesellschaft, quer durch alle Bildungsschichten. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge sehen, wenn wir Menschenhandel ernsthaft bekämpfen wollen. Denn: Prostitution ist Männersache. Frauenhandel auch.

Politische Studien: Wie hat sich dieses Phänomen unter dem Blickwinkel der Osterweiterung 2007 verändert?

Inge Bell: Die EU-Osterweiterung in ihren Wellen von 2004 und 2007 hat das Phänomen Menschenhandel begünstigt. Das, was vorher illegal passiert ist, ist dann eben legal passiert. Die süd-osteuropäischen EU-Beitrittsländer von 2007 – Bulgarien und Rumänien – hatten im Hinblick auf die EU-Osterweiterung schon seit 2001 und 2002 Visa-freiheit eingeräumt bekommen. Und

seit dieser Zeit ist auch die Zahl der Menschenhandelsopfer aus diesen Ländern angestiegen. Denn die Frauen konnten nun als legale Touristinnen einreisen. Das nutzten die Menschenhändler aus. Erst hier in der Zwangsprostitution wurden sie dann nach drei Monaten illegal und auch das nutzten die Menschenhändler aus, indem sie den Frauen sagten: „Du bist illegal, sei also schön brav, denn wenn du zur Polizei gehst, bist du eine Täterin und wirst abgeschoben“. Das Fatale ist, dass die Frauen ja tatsächlich abgeschoben wurden, wenn sie nicht in einem Prozess aussagten. In gewisser Weise behielten die Menschenhändler also Recht.

Nach der EU-Osterweiterung von 2004 strömten viele Prostituierte aus den neuen EU-Ländern Polen, Tschechien und Ungarn nach Deutschland – viele „Freiwillige“, weil sie sich bessere Arbeitsbedingungen erhofften, aber eben auch viele Zwangsprostituierte, weil sie mit einem EU-Pass nicht mehr so leicht von der Polizei kontrolliert werden konnten. Auch die Finten stiegen an: Josef Geißdörfer vom LKA Bayern erzählte mir in einem Interview, dass nun viele ukrainische Frauen in Polen Scheinehen eingingen, um polnische EU-Pässe zu bekommen oder dass ihre Zuhälter ihnen gleich gefälschte polnische EU-Pässe kauften und sie dann so nach Deutschland brachten. Die Polizei hat es somit weitaus schwerer, legale EU-Bürgerinnen auf Menschenhandel hin zu kontrollieren. Jetzt, wo auch noch Bulgarien und Rumänien – übrigens Hauptlieferländer von Menschenhandelsopfern – EU-Mitglieder sind, trifft dasselbe auch für sie zu. Die Polizei muss sich schon etwas Besonderes ausdenken, damit sie eine EU-Bürgerin

aus dem Bordell mal eben so mit auf die Wache nehmen kann. Denn im Bordell oder Club selbst sagt ohnehin keine Frau aus. Eines ist klar: Menschenhändler nutzen alle Mittel und Wege, um ihre Geschäfte zu betreiben – legale, wo es möglich ist, und illegale, wo der legale Weg eben versperrt ist.

Politische Studien: Kein Land ist immun gegen Menschenhandel. Es stellt sich die Frage, wer profitiert denn vor allem von dieser Form der Organisierten Kriminalität?

Inge Bell: Im Gegensatz zu Drogen- oder Waffenhandel haben es Menschenhändler leicht. Sie müssen ihre zumeist „weiße Ware“ aus dem Osten nicht verstecken oder tarnen. Sie spazieren mit den Frauen als Begleiterinnen einfach so über die Grenze oder lassen sie legal einfliegen. Das Geschäft ist also recht risikolos. Denn auch die Frauen werden sich wohl kaum an die Polizei wenden, wenn ihnen Gewalt und Unrecht angetan wird. Sie glauben, die hiesige Polizei ist korrupt oder haben Angst um ihre Familie in der Heimat, die im Falle einer Aussage von den Menschenhändlern bedroht wird, nach dem Motto: „Du willst doch nicht, dass deine Omi davon erfährt oder dein Kind entführt wird ...“ Menschenhändler können sich also recht sicher fühlen. Und ein Geschäft ohne großes Risiko ist immer ein lukratives Geschäft. Die zuvor genannten Schätzungen gehen übrigens davon aus, dass die Gewinne aus dem Menschenhandel die Gewinne aus dem Drogen- und Waffenhandel mittlerweile deutlich übersteigen. Die Täternetzwerke sind meist Netzwerke der Organisierten Kriminalität. Und wie so oft bei dieser Art von Kriminalität sitzen Profiteure mit-

unter auch recht hoch oben in der staatlichen Hierarchie

Politische Studien: Als Hauptursachen des Menschenhandels werden immer wieder sowohl die Armut, der Mangel an Bildung und Wissen, ein diskriminierendes Frauenbild als auch die starke Nachfrage nach „Sexdiensten“ und der hohe Profit, den dieses kriminelle Tun abwirft genannt. Worin sehen Sie die Hauptursache für Frauenhandel?

Inge Bell: Natürlich ist das Gefälle zwischen dem armen Osteuropa und dem reichen Westeuropa enorm. Es gibt ganze Landstriche in Osteuropa, da herrscht eine unvorstellbare postsozialistische Tristesse, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. In der Ukraine kostet ein Liter Wodka weniger als ein Liter Milch. Da ist es kein Wunder, dass arbeitslose Männer schon um 11 Uhr vormittags volltrunken auf offener Straße durch die Gegend wanken. Ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Not und Arbeitslosigkeit ist nicht in Sicht. Lehrer, die 200 € im Monat verdienen, die aber 300 € Miete bezahlen müssen – wie soll das anders gehen als mit noch ein bis zwei weiteren Jobs in Schwarzarbeit? Rentner, die mit 60 € auskommen müssen, bei Energiepreisen wie im Westen – wie soll das gehen? Nur mit Hilfe der Familie, wenn noch eine da ist. Das bereits erwähnte 19-jährige rumänische Mädchen ging freiwillig in die Prostitution, weil sie der Oma – ihrem einzigen Bezugsmenschen – eine Herzoperation bezahlen wollte. Jetzt sitzt sie in der Falle und kann noch nicht mal die eigenen Schulden abarbeiten, geschweige denn, auf Herzklappen sparen. Natürlich gibt es auch in Rumänien ein Gesundheitssystem, aber das bezahlt die Herzklappen nicht.

Wer richtig behandelt werden möchte, muss auch richtig zahlen und das bedeutet harte Währung, „cash“ in Euro und zwar unter dem OP-Tisch. Das ist die osteuropäische Realität, auch in den neuen EU-Ländern. Hinzu kommt noch, dass der Werteverfall in kommunistischen Zeiten es begünstigt hat, dass die zwischenmenschliche Gewaltschwelle sehr niedrig ist. Gewalt in der Familie, Gewalt durch Alkoholmissbrauch – das ist in Osteuropa eine Tatsache, die viele Hilfsorganisationen beklagen. Die Folge sind zerrüttete Familien, ausgesetzte oder vernachlässigte Kinder und Kinder, die früh Opfer von Gewalt werden. Um der Armut, der Perspektivlosigkeit und der Gewaltspirale in der tristen Heimat zu entkommen, um ein besseres Leben zu führen, gehen die Mädchen und jungen Frauen nur zu bereitwillig in den Westen. Es gibt zwar Aufklärung über Menschenhandel auch in Osteuropa, aber jede Frau, deren Freund, Verwandter oder Bekannter ihr einen lukrativen Job verspricht, denkt doch: „Mir kann das nicht passieren“. Das Vertrauen in das nahe Umfeld ist größer als in Warnungen des staatlichen Innenministeriums. Ich sehe auch einen großen „Zugfaktor“ in der Nachfrage nach osteuropäischen Prostituierten. In den Freierforen im Internet lese ich immer wieder das Klischee von den Osteuropäerinnen, die viel billiger, bereitwilliger und „wärmer“ seien als die deutschen Prostituierten. Das zieht. Diese Nachfrage von Freiern in Deutschland will befriedigt werden. Und sie wird befriedigt. Dafür sorgen die Menschenhändler. Billige Sex-Dienstleistungen ohne Kondom boomen hier zu Lande. Auch davor darf man nicht die Augen verschließen.

Politische Studien: Wo und wie kann man Ihrer Meinung nach ansetzen, um den Frauenhandel effektiv einzudämmen?

Inge Bell: Da gibt es nur eine Antwort: Es ist die Kombination aus politischer Vision und einer umfassenden Strategie, nämlich:

- Menschenhandel endlich als politische Priorität ansehen, denn hier werden Menschen versklavt – und zwar nicht mehr „nur“ Osteuropäerinnen, sondern zunehmend auch deutsche Frauen. Wo Menschen zur Ware werden, werden Menschen zu Tätern.
- Die Europaratskonvention ratifizieren.
- Die Täter stringent strafverfolgen mittels konsequenter Verurteilungen und Gewinnabschöpfung, sprich: Dem Zuhälter seinen Ferrari wegnehmen – das schmerzt.
- Den Opfern umfassend helfen, indem man den Frauen und Mädchen, denen hier schlimmstes Unrecht widerfahren ist, ein Bleiberecht einräumt. Im Falle einer Rückkehr sollte man für nachhaltige Zukunftsperspektiven im Heimatland sorgen.
- Die Einführung einer Opferentschädigung bedenken.
- Die Hilfsorganisationen richtig finanziell und personell ausstatten.
- Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei der Polizei und Spezialisierungen auch bei Staatsanwaltschaften und Richtern fördern.
- Die Nutznießer – Freier – ins Visier nehmen, indem man die zugänglichen Freier aufklärt und die unverbesserlichen strafverfolgt (inklusive Ausnahmen wie Kronzeugenregelung).

- In den Herkunftsländern die Erfüllung von Menschenrechtsstandards unermüdlich einfordern.
- In den Herkunftsländern – viele von ihnen bereits EU-Staaten – auf die Beseitigung von Korruption und staatlicher Verflechtung in Organisierte Kriminalität bestehen.
- Durch echte wirtschaftliche Förderung der osteuropäischen Staaten sowie schonungslose Kontrolle der EU-Mittel-Verwendung, damit wirtschaftliche Hilfe auch ankommt.

Politische Studien: Frau Bell, im Oktober 2007 wurden Sie mit dem Preis „Frauen Europas – Deutschland 2007“ ausgezeichnet. Diese Ehre wurde Ihnen unter anderem für Ihren Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution zuteil. Was war für Sie ausschlaggebend, sich mit diesen Themen zu beschäftigen?

Inge Bell: Ich selbst bin in Siebenbürgen/Rumänien geboren. Meine Mutter flüchtete 1968 aus dem Ceausescu-Regime, holte uns nach und gab damit unserer ganzen Familie die Chance, in Bayern heimisch zu werden. Damals war das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost noch nicht so groß, doch mein Großvater wollte für seine Familie die Freiheit zurück, die er noch aus der Zwischenkriegszeit kannte. Er wusste, das wird nichts mit dem Kommunismus. Ich bin meiner Mutter für ihre mutige Tat sehr dankbar, denn ich habe so in Deutschland das Privileg genossen, in einer Atmosphäre der demokratischen Standards, des Respekts vor den Menschenrechten und einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft aufzuwachsen. Als ARD-Journalistin mit dem Themenschwerpunkt der politischen und sozialen Entwicklung

Südosteuropas sehe ich, was es heißt, wenn es all das nicht gibt. Menschenhandel ist eine logische Konsequenz von Kommunismus, fehlender Demokratie, mangelnder Zivilgesellschaft und einem nicht vorhandenen Respekt vor Menschenrechten, wie er dort täglich gelebt wurde und wird. Der Kampf gegen den Menschenhandel auf verschiedenen Ebenen, wie ich ihn als Mensch wie als Journalistin versuche

– mit meinem Einsatz für Einzelfälle, der Aufklärung der Öffentlichkeit in Reportagen und Vorträgen, der Sensibilisierung von Freiern und der „Lobby“-Arbeit bei Polizei und Politik –, ist letztlich ein Kampf für die Erhaltung unserer westlich-demokratischen Standards hier und in Europa.

Politische Studien: Frau Bell, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Paula Bodensteiner, Referentin für Bildungs- und Schulpolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Schwerpunktthema

**Was bleibt von 68?
Die Folgen der Protestbewegung**

Einführung

Hans Zehetmair

In diesem Jahr fanden und finden zahlreiche Veranstaltungen und Tagungen statt, die sich mit „Achtundsechzig“ beschäftigen. Auch Literatur zu diesem Thema ist vor allem in den Printmedien erschienen, auch Bücher in großem Umfang. Die Jugend- und Studentenunruhen, die in zahlreichen Ländern schon seit Anfang der Sechzigerjahre auftraten, kulminierten in Deutschland nach dem 2. Juni 1967 – der Tag, an dem der Student Benno Ohnesorg am Rande einer Demonstration in Berlin gegen den Besuch des Schahs zu Tode kam – in spektakulären Aktionen, die in mancherlei Hinsicht im Jahr 1968 ihren Höhepunkt fanden.

„Achtundsechzig“ ist mittlerweile geradezu zur Chiffre für tief gehende Veränderungen in unserem Land geworden, die durch diese Unruhen – zum Besseren oder Schlechteren – angestoßen worden sein sollen. Es ist ja auffällig, dass oftmals gerade diejenigen, die aktiv an der Entstehung und Ausbreitung dieser Bewegung gearbeitet haben, auch heute die Debatte über „Achtundsechzig“ bestimmen – bei zahlreichen Ausstellungen, Kongressen, Filmen und Publikationen überwiegt der nostalgisch-freundliche Rückblick auf diese

Zeit. Es gibt daneben auch kritische Stimmen, aber eine abgewogene Beurteilung dieser Jahre und der späteren Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur steht noch aus.

Es ist mir durchaus wichtig zu betonen, dass „Achtundsechzig“ weit mehr war als eine Jugendrevolte in Deutschland. Ähnliche Phänomene gab es in verschiedenen Ländern, aber, wie Götz Aly in seinem einschlägigen Buch betont, verrannten sich die Demonstranten in keinem anderen Land so intensiv in einen „weltanschaulichen Kampfeswahn“ wie in Deutschland und im anderen kriegsführenden Land der Achsenmächte des Zweiten Weltkriegs, Japan. Aly zieht in seinem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Unser Kampf“ daraus sogar die Konsequenz, die deutschen Unruhen als spezielle Form der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit zu sehen, die erschreckende Parallelen zu den totalitären Bewegungen der Zwanziger- und Dreißigerjahre aufweise. Dies könnte auch ein Grund dafür sein, dass die deutsche Form der Auseinandersetzung sowohl manche Entwicklungen im Ausland wie auch den Blick auf linke Totalitarismen vernachlässigt hat.

Denn eines darf nicht übersehen werden: „Achtundsechzig“ fand nicht nur in Deutschland statt. Ich möchte nur erinnern an die März-Unruhen in Polen, die ebenfalls als Studentenunruhen gegen die UdSSR und die kommunistische Diktatur begannen und bald gewaltsam niedergeschlagen wurden. Und selbstverständlich ist uns allen die gewaltsame Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 präsent, als die Führung der Sowjetunion unmissverständlich deutlich machte, dass sie bereits zaghafte Schritte hin zu einer westlichen parlamentarischen Demokratie rigoros mit der Roten Armee unterdrücken würde. Es gehört schon zu den merkwürdigen Ironien der Geschichte, dass zu dieser Zeit im freien Westen immer mehr Aktivisten kommunistische Massenmörder wie Lenin, Stalin oder Mao anhimmelten und die Extremsten unter ihnen bald darauf eine „Rote Armee Fraktion“ gründeten, während im Ostblock die zaghaftesten Versuche der Demokratisierung mit brutaler Waffengewalt niedergeschlagen wurden.

„Achtundsechzig“ gilt heute außerdem als Initialzündung für zahlreiche Veränderungen in den gesellschaftlichen und kulturellen Einstellungen, für einen „Wertewandel“, der damals seinen Ausgangspunkt genommen habe. Aber im Jahr 1968 erschien beispielsweise auch die Enzyklika „Humanae Vitae“ von Papst Paul VI., die im Wesentlichen der christlichen Ehe und dem Schutz und der Weitergabe des Lebens gewidmet war. Von den ideologisch Jugendbewegten wurde hingegen deren Warnung vor einer unkritischen Verbreitung von Verhütungsmitteln und

der Zerstörung der Familie durch eine promiskuitive Sexualmoral lächerlich gemacht und zum Anlass für kirchenkämpferische Aktionen genommen. Auch dies ist für mich ein Beispiel dafür, dass in der vermeintlichen liberalen 68er-Bewegung viel ideologisches, intolerantes und manchmal auch totalitäres Gedankengut zu finden war.

Was bleibt von „Achtundsechzig“, wie wirkt es weiter? Eckhard Jesse, Politologie-Professor aus Chemnitz, sieht die 68er-Bewegung als einen zentralen Grund dafür, dass antiextremistisches Gedankengut in Deutschland in der Folge eine beträchtliche Abschwächung erfuhr, dass Extremismus in wachsendem Maße nur noch als Rechtsextremismus definiert wird und dass wir einen „Linksdrall im geistigen Klima Deutschlands“ gegenwärtigen müssen (Neue Zürcher Zeitung vom 7.5.2008). Neben vielen anderen Aspekten ist dies ebenfalls ein Themenfeld, das heute bei weitem nicht mehr die Aufmerksamkeit erfährt, die es verdient.

Zu einem umfassenden Bild von „Achtundsechzig“ gehört auch ein kritischer Blick zurück. Dazu hat die Akademie für Politik und Zeitgeschehen im September 2008 in München eine Tagung organisiert, in der die Schattenseiten sowie die Folgen dieser unruhigen Jahre diskutiert wurden. Die Autoren der folgenden Artikel haben diese Jahre selbst aktiv miterlebt und sie sozusagen von der anderen Seite der Barrikaden mitgestaltet. Damit wollen wir zum 40. Jahrestag von 1968 einen etwas anderen Akzent setzen und einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion leisten.

Die 68er-Bewegung: Persönliche und gesellschaftliche Wirkungen

Kurt Faltlhauser

1. Drei Schieflagen in der Debatte

Die Debatte um die 68er-Bewegung weist gerade in letzter Zeit in zweifacher Hinsicht Schieflagen auf. Zum einen urteilen vielfach „Spätgeborene“, also Leute, die zur Zeit der 60er-Jahre noch in den Windeln lagen, über diese Zeit. Eine Analyse ist zwar unabhängig von eigenem Erleben, gleichwohl sind eine Reihe von Urteilen von Jungen über diese 60er-Jahre so dramatisch schief – etwa in der Bagatellisierung ihrer Wirkungen, – dass ich heftig dafür plädieren würde, das Gewicht stärker auf das Urteil derjenigen zu fokussieren, die diese Jahre tatsächlich mitbeobachtet und miterlebt haben. Ich gehöre zu dieser Generation und glaube, aus meinem eigenen Erleben urteilen zu können, dass man viele Facetten der damaligen Zeit tatsächlich nur dadurch richtig gewichten kann.

Gleichwohl ist das Urteil der „Erlebnissgeneration“ Ursache für die zweite Schieflage der Beurteilung der 68er. Ich meine, dass die „Linken“, die „Revoluzzer“ der damaligen Zeit in den Publikationen einen zu breiten Interpre-

tationsraum einnehmen. Die konservative Seite ist zwar nicht völlig abstinenz, wird aber im Schrifttum bei den Vorträgen viel zu gering gewichtet. So kommt es, dass die radikalen Kräfte von damals – vielfach aus dem Lehnstuhl der Gutbürgerlichkeit heraus – sich selbst wohl wollend interpretieren, sich kleinere Revolutionsdenkmäler bauen und nicht zuletzt ideologische Fehlentwicklungen oder skandalöse Entgleisungen bagatellisieren, ja geschönt fortentwickeln. Die konservativen Studenten von damals – es waren nicht wenige! – sind heute kaum zu hören und zu sehen. Mea culpa: Ich gehöre auch dazu. Das werde ich in Zukunft ändern.

2. Nicht nur dabei, sondern „mittendrin“

Ich bin zwar nicht mehr im Jahr 1968, wohl aber in den Jahren vorher nicht nur am Rande dabei gewesen, sondern mittendrin: 1963 studierte ich in Berlin – übrigens nicht, um der Bundeswehr zu entgehen. Auf Grund meiner damaligen Gesundheitseinordnung („vorübergehend untauglich“ wegen einer

Gelbsucht vor der Musterung) war ich damals bei der Bundeswehr nicht gefragt und studierte an der FU Berlin. Entscheidend ist, dass damals in Berlin bereits alle agitatorischen Techniken angewandt wurden, die auch das Jahr 1968 bestimmten: Sit-Ins, Dauerlärm in den Vorlesungen, tätliche Angriffe auf Professoren, aggressive Blockaden sowie die Ideologisierung jeglicher inhaltlicher Diskussion.

1963 befand sich Berlin, die neurotische, eingekesselte Hauptstadt schon auf einem ersten Höhepunkt universitärer Unruhen, während an anderen Universitäten noch ganz brav studiert und gehört wurde. Die Zustände an der FU Berlin im Wintersemester 1963/64 haben mich wachgerüttelt und politisiert, sodass ich an die Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) nach München zurückgekehrt bin, um sofort für den Konvent der Universität zu kandidieren. Nach meiner Wahl wurde ich im Sommersemester 1964 Sprecher der Staatswissenschaftlichen Fakultät und im Wintersemester 1964/65 und Sommersemester 1965 war ich der ASTA-Vorsitzende der LMU.

Insbesondere während meiner Zeit als ASTA-Vorsitzender war die Agitation und die ideologische Auseinandersetzung auch an der Universität München schon in vollem Gange. Der Begriff der „68er-Bewegung“ ist eine terminliche Verkürzung, denn die Entwicklung begann, v.a. in Berlin, bereits 1962/63 und verstärkte sich Mitte der 60er-Jahre auch in München, Tübingen und an anderen großen Universitäten und kollabierte 1968.

Typisch für die Situation an der Münchner LMU war zum Beispiel:

- Dass die Linke immer neue Gruppierungen mit den immer gleichen Leuten gründete, um mit diesen Namen eine breite gesellschaftliche Unterstützung vorzutäuschen.
- Dass die Linke wöchentlich mindestens zehn neue, vielfach langatmige und theoretisierende Flugblätter vor der Universität verteilte, die von der konservativen Studentenseite mit zumindest der Hälfte der Flugblätteranzahl beantwortet wurde. Es war durchaus nicht so, dass die Linke alleine machen konnte, was sie wollte. Es gab eine sehr vitale und aktive Gegenbewegung. Anders wäre nicht denkbar gewesen, dass ich 1964 als ASTA-Vorsitzender meinen Gegenkandidaten Michael Naumann, den späteren Kulturminister der Bundesrepublik Deutschland und Spitzenkandidat der SPD in Hamburg, mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Konvent besiegen konnte.
- Die Polarisierung gegen den konservativen ASTA-Vorsitzenden äußerte sich vielfach in Sprechchören auf der Straße oder in Sälen mit dem Schlachtruf: „Faltlhauser von der CSU, Faltlhauser wo bist du?“.
- Der RCDS war 1964 völlig unterwandert von linken Ideologen. Der RCDS-Vorsitzende der LMU war ein LSD-Mann. Die CSU-Landesleitung war deshalb fest entschlossen, einen neuen Studentenverband mit neuem Namen zu gründen. Dies habe ich verhindert, indem ich gemeinsam mit Freunden die Linken in einer dramatischen Sitzung im Weißen Bräuhaus abwählen ließ und der konservative, ehemalige stellvertretende ASTA-Vorsitzende Bernd Schilling zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Das bedeutete: Es gab Mitte der 60er-Jahre noch kon-

servative Mehrheiten, um die man sich aber heftig bemühen musste.

- Ich habe in dieser Zeit alle Facetten rabiater Auseinandersetzung miterlebt. Rainer Jendas war unser ideologischer Gegenspieler und Rolf Pohle, der spätere Terrorist und Waffenbeschaffer der RAF, war der aggressivste Kontrahent.

Die Hauptziele unserer Arbeit damals waren, die Anliegen in der Universität und für die Universität zum Gegenstand der studentischen Vertretung zu machen. Das bedeutete gleichzeitig eine Ablehnung des so genannten gesamtpolitischen Anspruchs der Studentenschaft. Unsere These war: Es geht nicht um Vietnam, es geht nicht um die Notstandsgesetze, sondern um die Verbesserung der Bedingungen an den Universitäten. Deshalb organisierte ich heftig mit an dem großen Demonstrationstag „1. Juli 1965“ für bessere Studienbedingungen, deshalb organisierte ich einen sehr erfolgreichen Mensaboykott, bei dem die Studenten der LMU um die Universitätsbrunnen herum für die Hälfte des Mensapreises hervorragende, gesponserte Alternativen erhielten. Deshalb versuchte ich, den damaligen Kultusminister Ludwig Huber, gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der CSU im Bayerischen Landtag, zu überreden, am 1. Juli als Redner aufzutreten und zusätzliches Geld für die Universitäten anzukündigen. Leider vergeblich.

Die Öffentlichkeit, die sich heute um die Arbeit der Studentenvertretungen überhaupt nicht mehr kümmert, war Mitte der 60er-Jahre auf unser Tun fokussiert. Umso mehr hielten wir uns damals für den Mittelpunkt der politischen Welt.

3. Anmerkungen zu den Ursachen der 68er-Bewegung

3.1 Restaurative Nachkriegszeit

Bei der Nennung der Ursachen für die Bewegungen in den 60er-Jahren gibt es in einem Punkt weitgehende Übereinstimmung, nämlich der restaurative Charakter der deutschen Gesellschaft in den 50er-Jahren.

Ich bin in diese 50er-Jahre hineingewachsen und kann aus einem distanzierten Rückblick bestätigen, dass die 50er-Jahre zwar vordergründig geprägt waren von Konsumwellen wie Fresswelle, Reisewelle und Bauwelle, der gesellschaftliche Habitus jedoch verklemmt, statisch, obrigkeitshörig und wenig emanzipiert war. Dazu einige Beispiele:

- Typisch für die Filme der 50er-Jahre war ein klares Hierarchieschema: der Herr Direktor, der von den untergebenen Sekretärinnen im Schreibsaal verehrt wird; der Herr Graf, der huldvoll mit dem Bürgerlichen umgeht; der Firmeninhaber mit dicker Zigarre und dickem schwarzen Mercedes; die ganze „Wunderkinder“-Attitüde.
- Am Sonntag ging man mit Krawatte und möglichst mit Hut in die Kirche – auch für mich war das ein ständiger Kampf mit meinem Vater.
- Bei den Veröffentlichungen in der Schule wurde auch der Beruf des Vaters hinzugefügt und selbstverständlich wurde der Herr Universitätsprofessor besonders hofiert vom Schuldirektor. Bei den Kriegerwitwen stand hinter der Zeile „Beruf des Vaters“ ein Strich.
- Die NS-Vergangenheit wurde weitgehend verdrängt. Auch mein Erle-

ben war, dass mein Vater über seine Zeit unter Hitler kaum reden wollte und auswich. Ich weiß dasselbe von vielen meiner Klassenkameraden. Unser Hausarzt war der in Landsberg tätige NS-Arzt Eisele, der erst durch die Veröffentlichungen von Eugen Kogon als derjenige Arzt aufgedeckt wurde, der verantwortlich für die Versuche an Menschen war. Nach der Kogon-Veröffentlichung „Der SS-Staat“ gelang es Eisele, mit Hilfe einer Tarnorganisation nach Ägypten zu fliehen. Das war die Realität Mitte der 50er-Jahre.

Die 68er-Bewegung war vor diesem Hintergrund auch ein Protest gegen die Verdrängung und das Verschweigen, ein Stilprotest, eine Forderung nach offenerer und demokratischerer Diskussion. Beate Schauppach beschreibt das in ihrem Vortrag auf der Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing am 13. Juli 2008 wie folgt: „Es war das Gegenbild des Aufbruchs der 68er: Das als eng und miesig empfundene Familienleben der Nachkriegszeit und des Wirtschaftswunders. Hier wuchsen die 68er heran. Diese Zeit blieb einer ihrer wichtigsten Referenzpunkte. Ihr Protest galt der patriarchalischen und hierarchischen Gesellschaft und Familienstruktur, den Restaurationsbestrebungen und dem Statusstreben, den rigiden Moralvorstellungen und der Verdrängung der NS-Vergangenheit. Dieses Feindbild wurde Teil ihrer Revolutionsrhetorik und hat das Image der 1950er-Jahre lange Zeit geprägt – auch eine nicht zu unterschätzende lange Wirkung.“ Dieser Beschreibung habe ich nichts hinzuzufügen.

In diesem Punkt sehe ich zwischen konservativen und linken Gruppen-

gen in der Analyse keinen Unterschied. Wie die Stilfragen selbst Proteste noch beeinflussten, zeigt das berühmte Bild aus der Hamburger Universität, bei dem zwei Studenten das Transparent links und rechts tragen mit der Inschrift: „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren!“. Beide demonstrierenden Studenten trugen sehr ordentliche Anzüge mit Krawatte. Später war ein derartiges Bild undenkbar.

Ohne Zweifel gehört zu diesem Komplex auch die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Die Emanzipation war Anfang der 60er-Jahre weiß Gott noch kaum fortgeschritten. Der Anteil der Mädchen bei den Abiturienten lag bei 30%, heute gibt es bundesweit mehr als 50% weibliche Absolventen.

3.2 Defizite der Politik

Die dominierenden Parteien CDU und CSU signalisierten bei ihren Wahlkämpfen 1963 mit dem Slogan „Keine Experimente“, dass der programmatische Stillstand Grundlage des politischen Handelns war. Das war für junge Leute Herausforderung und Provokation. Aber nicht nur diese innenpolitischen Signale waren problematisch, sondern auch die Außenpolitik.

Natürlich haben wir konservativen Studenten den Vietnamprotest massiv zurückgewiesen. Nur bin ich heute fest davon überzeugt, dass die pauschale Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zum Vietnamkrieg der USA nicht gerade glücklich war. Der Vietnamkrieg war ein kapitaler Fehler der Vereinigten Staaten, ein unmenschlicher Krieg, für beide Seiten, der für die USA – das kann jeder Besuch in

Vietnam unterstreichen – nicht zu gewinnen war.

3.3 Defizite der Hochschulpolitik

Wichtig waren auch Defizite in der Hochschulpolitik. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich 1965 bei Ludwig Huber auf seiner Couch in seinem Fraktionsbüro saß, um ihn zu bitten, der Hauptredner bei unserem „1. Juli-Protest“ zu werden. Das hätte aber nur Sinn gemacht, wenn er auch entsprechende Zukunftsperspektiven eröffnet hätte. Dazu war er jedoch nicht bereit und konsequenterweise hat er auch meiner Rednerbitte nicht entsprochen. Die notwendigen Wachstumsraten an Investitionen für die Universitäten kamen aber zwei, drei Jahre später, nachdem die radikalen Linken die Universität München von der Studentenseite her beherrschten. Durch den flächendeckenden Druck der Linken hat man die Haushaltskonsequenzen zugestanden, nicht aber durch das Bitten der gemäßigten Studenten. Deshalb kämpften die konservativen Studenten damals auch auf verlorenem Posten, wenn sie die Studienbedingungen in den Mittelpunkt ihrer Argumentation rücken wollten, um dem „gesamtpolitischen Mandat“ der Studentenvertretung die Spitze zu nehmen und gleichzeitig die Staatsregierung kaum politische Zugeständnisse in der Hochschulpolitik machte.

Zum Versagen der Politik kam das Versagen gesellschaftlicher Gruppen. Dazu gehörte auch meine konservative Studentenverbindung, der CV. Dies hatte Franz Josef Strauß bereits früh erkannt. Strauß, Ehrenphilister der Tuissonia München, hatte als Festredner

im Dezember 1967 vor 800 Kommerteilnehmern scharf formuliert: „Wo bleibt angesichts dieser Situation ein überzeugender und Aufsehen erregender Beitrag der konfessionellen Studentenverbände zu Fragen des Hochschulausbaus und der Hochschulreform? Merken Sie nicht, wie sie sich vor der studentischen Öffentlichkeit – so weit diese sie noch bemerken kann – regelrecht lächerlich machen?“

Auch ich persönlich habe 1965 intensiv in den CV-Verbindungen für Kandidaten zum Studentenkonvent geworben – ein mühsames Geschäft. Das Ergebnis waren Bewerbungen, die von Pflichterfüllung und nicht von politischer Leidenschaft getragen waren. Die Linken hatten mit diesen Kommilitonen keine großen Schwierigkeiten. Kein Wunder, dass auch in München ab dem Jahre 1966 die Mehrheiten kippten.

Zum politischen Versagen gehört aber auch, dass die konservative Seite den unglaublichen Vorgang der Niederwalzung des Prager Frühlings nicht instrumentalisieren konnte. Natürlich war es zunächst ein politisches Versagen der gesamten Linken, von den radikalen, militanten Studenten bis zu den linksliberalen Blättern, dass das zentrale Ereignis des Jahres 1968, der Einmarsch der sowjetischen Truppen am 21. August 1968 in Prag, nicht wirklich zum Anlass genommen wurde, jede linkskommunistische Agitation in der Bundesrepublik Deutschland niederzuschreiben. Der Protest gegen den Vietnamkrieg blieb, der Protest gegen den Prager Einmarsch aber blieb aus. Ein dramatisches Versagen der Linken in der Bundesrepublik und ein Versagen der Konservativen gleichwohl, die eine

derartige Situation nicht zu nutzen verstanden.

4. Die Folgen: Sieben Thesen

Welche Folgen hatte für die Bundesrepublik Deutschland die 68er-Bewegung? Dazu sind umfangreiche Bücher geschrieben worden. Ich will mich hier auf sieben Kernthesen beschränken:

4.1 Mobilisierung der konservativen Kräfte

Die Agitation der Linken an der FU Berlin, die Entwicklung an der LMU München und die gesamte gesellschaftliche Situation Mitte der 60er-Jahre hat mich politisch aufgeweckt und zum Politiker gemacht. Ohne die 68er-Bewegung wäre ich aus meiner heutigen Sicht sicherlich nicht in die Politik gegangen, sondern hätte mich ausschließlich in der Wirtschaft oder der Wissenschaft versucht.

Genau wie mir ging es einer großen Zahl junger Kollegen: Edmund Stoiber, Hans Spitzner, Eberhard Diepgen, Peter Gauweiler und viele andere mehr. Für sie alle gilt, dass sie durch die Polarisierung der Studentenbewegung der 60er-Jahre zur Politik gefunden hätten. Die 68er haben mit Zeitverzögerung für den Nachwuchs von CSU/CSU und FDP gesorgt. Das Problem der Rekrutierung qualifizierter junger Politiker wurde in dieser Phase der Nachkriegszeit durch die Polarisierung gelöst. Der umgekehrte Schluss muss jedoch auch gezogen werden: In einer Zeit der Zwangsharmonie in einer großen Koalition ist die Rekrutierung qualifizierten politischen Nachwuchses umso schwe-

rer, nicht zuletzt deshalb, weil andere Berufswege heute höhere Gehälter und gleichzeitig weniger zeitliches Engagement erfordern.

Zu diesem Mobilisierungseffekt gehört natürlich auch die Tatsache, dass die CSU Anfang der 70er-Jahre teilweise geradezu explosionsartig an Mitgliedern zugenommen hat, wenngleich hierzu auch der Protest gegen die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt kam. Jedenfalls gehörte es zu den wichtigen und bis jetzt kaum beachteten Ergebnissen der 68er-Bewegung, dass Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre die konservativen Parteien – nicht zuletzt die CSU – deutlich gestärkt wurden.

4.2 Mobilisierung der Gewaltbereitschaft

Die Zustände Ende der 60er-Jahre wären in den 90er-Jahren oder im neuen Jahrtausend an den Universitäten undenkbar. Wir haben es heute mit ruhigen und disziplinierten Studenten zu tun, die – im Gegensatz zur Auffassung vieler älterer Damen und Herren – wesentlich mehr unter Konkurrenzdruck stehen als die Studentengeneration der 60er- und 70er-Jahre. Die heutigen Studenten sind fleißiger, besser ausgebildet, internationaler und unpolitischer.

In den 60er-Jahren entwickelte auch der durchschnittliche Student durch das tägliche Erleben zunehmend eine Bereitschaft zu gewalttätiger Auseinandersetzung. Das Stichwort lautete: „Gewalt gegen Sachen“. Das hat die Politik bis in die 90er-Jahre bestimmt: durch Hausbesetzungen, organisierten Widerstand gegen die Staatsgewalt und gewalttätige Demonstrationen. Diese

Bereitschaft zur Gewalt, die ihren Beginn mit dem Slogan „Gewalt gegen Sachen“ fand, zog auch Kollateralschäden im Verhalten dieser Gesellschaft nach sich: Die Beschmierung von Privatgebäuden und öffentlichen Einrichtungen durch Sprayer ist eine besondere Ausprägung der „Gewalt gegen Sachen“. Die Gesellschaft hat gegen diese Art von Verslumung wenig Widerstand geleistet. Wenn das Stadtbild in Berlin heute durch diese Sprayer stärker beeinträchtigt ist als das von München, zeigt dies auch den deutlichen Unterschied des gesamten politischen Klimas.

4.3 Der Boden für den Terror der 70er-Jahre

Ohne Zweifel bildeten die 60er-Jahre die intellektuelle Vorbereitung und personelle Rekrutierung des Terrors in den 70er-Jahren. Die studentischen Gruppierungen – der SDS war nur der organisatorische Ausgangspunkt – bildeten „Stadtguerillas“, „Tupamaros“ und gewaltbereite Gruppen. „Schlagt sie, wo ihr sie treffen könnt!“, war der Aufruf, und Tausende sind ihm gerne und geradezu fanatisch gefolgt. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Tatsache, dass aus der Studentenbewegung unmittelbar der Terror der RAF erwachsen ist, ist Gott sei Dank auf gutem Wege. Diplomarbeiten und Dissertationen sind in Arbeit. Der Beweis ist unwiderlegbar. Was als lockerer Spruch begann – „Gewalt gegen Sachen ist erlaubt!“ –, hat Schritt für Schritt zur Radikalisierung geführt und die Hürden zur Gewalt gegen Menschen niedergewälzt. Rolf Pohle aus München ist ein gutes Beispiel. Er hat als Studentenvertreter begonnen, war einer meiner we-

sentlichen Gegenspieler, sogar kurze Zeit ASTA-Vorsitzender der LMU und ist dann, auch durch Drogen, in das Umfeld der RAF abgeglitten. Er wurde der Waffenbeschaffer der Terrororganisation, verhaftet und verstarb in den 90er-Jahren in Athen. Das Fazit ist eindeutig: Ohne die 68er hätte es keine RAF gegeben. Wenn es eine Lehre für die Bundesrepublik Deutschland gibt, dann ist es die: „Wehret den Anfängen!“.

4.4 Veränderung der demokratischen Kultur

In den 60er-Jahren war das Demonstrationsrecht noch sehr streng. Es galten die alten Regeln des „Landfriedensbruchs“ und der Bestimmungen zu „Aufruhr“. Diese Vorgaben waren höchst rigide und mussten zu einem extremen Konflikt gegenüber einer Studentenschaft führen, die ihren Unmut auf der Straße demonstrativ zeigen wollte.

Hinzu kam eine veraltete und ungeschickte Polizeitaktik. Ich habe es selbst bei den sogenannten „Schwabinger Krawallen“ als Zuschauer erleben können, dass Uniformierte auf jeden, der unter 25 Jahre war ohne Vorwarnung und ohne Grund eindroschen – aus Frustration oder auf Grund von Anweisungen. Sowohl die gesetzlichen Rahmenbedingungen als auch die Polizeistrategie wussten mit Demonstrationen nicht umzugehen. Heute demonstrieren Ärzte, Beamte, Hochschulmitarbeiter, also praktisch jede gesellschaftliche Gruppe, auf der Straße. Die Instrumente sind nicht nur Transparente, sondern Trillerpfeifen und alle Attitüden aggressiven öffentli-

chen Auftretens. Unsere Gesellschaft nimmt das heute als normal, als alltäglich hin. In den 60er-Jahren war dies jedoch neu und provokativ. Die Änderung des Demonstrationsrechtes im Jahr 1970 war deshalb zwingend und konsequent.

Aber eines ist auch klar: Die neuen Möglichkeiten, die durch die Änderung und die „Normalisierung“ der Demonstrationen in unserer Gesellschaft vorstatten ging, waren im Ergebnis eine Verstärkung des Gruppendrucks, des Gruppenegoismus. In diesem Sinne haben die 68er nicht nur eine Verstärkung des individuellen Egoismus, sondern auch des Gruppenegoismus bewirkt.

4.5 Die 68er und die Frauen

In den 60er-Jahren waren die Frauen an den Universitäten noch in der deutlichen Minderheit. An den weiterführenden Schulen ebenso. Heute ist es umgekehrt: Mehr Frauen als Männer machen Abitur, mehr Frauen studieren. Nach meinen Erfahrungen an der volkswirtschaftlichen Fakultät der LMU sind die Frauen überwiegend auch die Besseren: Sie sind fleißiger, ehrgeiziger und weniger ablenkbar.

Die nach den restaurativen 50er-Jahren notwendige Emanzipation der Frauen wurde durch die 68er vermischt mit der „sexuellen Revolution“. Es wurde richtigerweise darauf hingewiesen, dass die „sexuelle Revolution“ in der Bundesrepublik Deutschland auch ohne die Studentenunruhen gekommen wäre. Aber die 68er haben hier einen wesentlichen Beschleunigungseffekt gehabt.

Kommune I, Uschi Obermeier – das waren bundesweit sichtbare Beispiele und Symbole.

Die Emanzipation der Frau, vermischt und gepaart mit der sexuellen Entkrampfung der 60er-Jahre war notwendig, in vielen Einzelteilen aber exzessiv übertrieben, wie alle kulturellen Erneuerungen. Insgesamt war dieser Teil der 68er-Bewegung jedoch sicherlich einer der nachvollziehbarsten Aspekte.

4.6 Änderung im politischen Stil

Habermas hat in seiner Habilitationsschrift den Begriff der „Herstellung der politischen Öffentlichkeit“ geprägt. Genau dies war der theoretische Überbau für das, was die Linken an der Universität täglich praktizierten: Durch demonstrative Verhaltensweisen den Eindruck zu erwecken, als wäre das in der Demonstration Gesagte die Auffassung einer Mehrheit. Eine nicht vorhandene Basis für politische Ziele wurde imaginär hergestellt: durch Flugblätter, Straßendemonstrationen und gezielte Pressearbeit.

Die Differenzierung von öffentlicher Meinung und veröffentlichter Meinung nahm in den 60er-Jahren ihren Anfang. Die Techniken zur Herstellung einer demonstrierten Mehrheit wurden in den 60er-Jahren an den Universitäten und darüber hinaus ständig verfeinert – bis zum heutigen Tag. Die Verfälschung der tatsächlichen Meinung der Bürger, die Dominanz der Auffassung von Interessengruppen, vergrößert über Mediensympathisanten wurde zur „öffentlichen Meinung“. Basisdemokratie vermischte sich mit der Manipulation der Öffentlichkeit. Das

ist die Lehre aus den 60er-Jahren – wirksam bis heute.

Eingeübt wurden dabei jedoch gleichzeitig alle Techniken der demokratischen Basisarbeit: Bürgerinitiativen, Initiativgruppen für irgendetwas sowie Protestgebaren unter dem Scheinwerferlicht von Fernsehstationen. Das begann alles in den 60er-Jahren.

4.7 Die larmoyante Gesellschaft

Die 68er-Jahre haben die Nachkriegsgesellschaft beendet. Die 68er haben die Ablösung der entbehrungsbereiten Kriegsgeneration beschleunigt. Das Prinzip der 50er-Jahre war: Durch unsere Arbeit geht es aufwärts, wir arbeiten hart, wir arbeiten für unsere Kinder, wir können improvisieren, wir wollen uns selbst nicht viel leisten, damit unsere Kinder sich mehr leisten können.

Die 68er-Generation wischte diese teilweise zwanghafte Grundhaltung radikal beiseite. Das Ergebnis war mehr Ich-Bezogenheit, mehr Egoismus, mehr Larmoyanz und mehr heruntergezogene Mundwinkel. Die 68er waren der Anstoß zur larmoyanten Gesellschaft Deutschlands. Eine Gesellschaft, die einen stärkeren sozialen Ausgleich vorzuweisen hat, als alle Industrienationen der Welt, eine Gesellschaft, die sta-

biler ist, als alle Gesellschaften der westlichen Welt, eine Gesellschaft, die veränderungsfähig ist und Potenziale für eine deutsche und europäische Zukunft hat – und trotzdem eine Bevölkerung entwickelt hat, die zum Nörgelertum und zur Larmoyanz neigt. Die großen Fähigkeiten der Deutschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Leistung und Leidensfähigkeit zu zeigen, ist dem lauten Ruf nach weniger Arbeit, der Enthaltensamkeit von gesellschaftlichem Engagement, der Entpolitisierung und der Werteneutralität gewichen. Gewachsen sind damit auch die Widersprüche in dieser Gesellschaft, die auch die 68er-Bewegung prägten: auf der einen Seite die Forderung nach „mehr Demokratie“, auf der anderen antidemokratische und totalitäre Neigungen. Der Versuch der totalen Erneuerung der Welt, der revolutionären Umwälzung war in den 68er-Jahren erkennbar utopisch, nur haben diesen totalitären Ansatz viele Intellektuelle bis heute nicht erkannt.

Mich hat der Widerstand gegen diesen totalitären und ideologischen Anspruch der Bewegung zur Politik gebracht. Heute sage ich: Die Arbeit für die res publica ist schöner und erfüllender als die vielen Möglichkeiten des normalen bürgerlichen Gelderwerbs. Aus dieser Perspektive: Dank den 68ern.

Unkonventionelle Anmerkungen

Ursula Männle

Das „Jubiläumjahr“ der 68er produzierte eine große Zahl von Tagungen, Büchern und Abhandlungen in den Medien über die Geschichte dieser Bewegung, ihre Ursprünge und Folgen. Die Sichtweisen sind sehr unterschiedlich: Beteiligte überhöhen nachträglich ihre Beweggründe und ihre Bedeutung, verherrlichen diese Jahre des Kampfes, andere beleuchten die Irrtümer, die Irrationalität und die langfristigen Auswirkungen auf das politische und gesellschaftliche System. Diesen Auseinandersetzungen möchte ich keine weitere hinzufügen, vielmehr ist es mein Anliegen schlaglichtartig einige wenige Aspekte aus der Sicht einer damaligen Studentin aufzuzeigen, die ihre politische Sozialisation durch ihr Engagement an der Hochschule durchaus auch schmerzhaft erfuhr.

1. Professoren

Ich studierte 1964 bis 1969 an den Universitäten München und Regensburg. Beide konnten unterschiedlicher nicht sein. Hier Massenuniversität, Vorlesungen mit Hunderten von Studenten, überfüllte Seminare, flüchtige Kontakte höchstens zu Assistenten, unerreichbare Professoren; dort Neubeginn mit

wenigen Studenten aus der Region, fächerübergreifende Seminare für die höheren Semester mit mehr Lehrenden als Lernenden, Bereitschaft zur Erprobung neuer Mitwirkungsrechte der Studenten in den Universitätsgremien. Und dennoch war an beiden Universitäten Gemeinsames feststellbar. Die Mehrheit der Professoren stand dem Protest, den Forderungen der Studenten hilflos gegenüber. Sie waren politisch wenig interessiert und verstanden deshalb oft berechnete Anliegen zur Verbesserung der Situation nicht. Die Sprache der Studenten, ihr Auftreten, ihre „Respektlosigkeit“ machten sie unsicher. Sie entzogen sich einer Diskussion oder waren dabei hilflos und boten dadurch noch mehr Angriffsfläche. Ihr Bestreben war, ihre Lehrveranstaltungen ungestört durchführen zu können und ansonsten unbehelligt zu bleiben. Die Kluft verstärkte sich durch negative Erfahrungen während der Lehrveranstaltungen, die zumindest in München oft gestört wurden. Adäquate Reaktionen blieben aus, unsichere Professoren wurden vermehrt als Opfer ausgewählt. Nicht wenige entwickelten eine wirksame Gegenstrategie. Sprecher der Studenten, aktive Mitläufer wurden, quasi zur Absicherung der eigenen Person, in den Wissenschaftsbe-

trieb integriert. Sie wurden als wissenschaftliche Hilfskräfte, als Hilfsassistenten oder Assistenten eingestellt und der entsprechende Professor hatte fortan seine Ruhe. Aber natürlich beugte er sich damit diesem System.

Für die Studenten war diese Entwicklung fatal. Sie erfuhren, dass Anpassung belohnt wird. Die linken Studenten verfügten fortan über Ressourcen zur Fortsetzung des Kampfes, sie konnten Zugänge ermöglichen oder nicht, sie schanzten sich fortan die Positionen zu und aus ihnen rekrutierte sich die kommende Professorgeneration. Nicht alle Professoren handelten so – aber „wegducken“ und sich den eigenen Freiraum absichern war doch an der Tagesordnung.

2. Unionsnahe Studenten

Natürlich gab es neben den aktiven Linken und der indifferenten Masse der Studenten auch die politisch Aktiven aus dem Bereich der CDU/CSU, organisiert im RCDS (die Minderheit), in den Verbindungen oder „unauffällig“ als normale Studenten. Die jeweiligen Aktivitäten dieser Gruppen unionsnaher Studenten waren unterschiedlich. Waren zunächst viele studentische Gremien noch mehrheitsmäßig von diesen besetzt, änderte sich dies sehr schnell durch die Machtergreifung der Linken und dem Zurückweichen der Masse der Studenten. Forderungen nach mehr Mitbestimmung wie Drittelparität, nach Macht und Einfluss durch Politisierung aller Lebensbereiche verfielen immer mehr. Zwar stemmten sich politisch aktive Studenten aus dem Spektrum der demokratischen Parteien vereinzelt gegen diese

Machtübernahme – so z.B. bildeten an der neugegründeten Universität Regensburg JU/CSU-Mitglieder, SPD-Mitglieder und Theologiestudenten eine eigene gemeinsame Liste bei den ersten Studentenparlamentswahlen und waren durchaus erfolgreich –, aber die Radikalisierung und der Rückzug bei den Wahlen seitens der Mehrheit der Studenten, die dies ablehnten, führte dazu, dass die Minderheit zur Mehrheit wurde.

Ich selbst wurde als JU-Mitglied im RCDS aktiv und musste erleben, dass ich dort ziemlich allein war. Es dominierten Studenten von auswärts, zum Teil noch nicht direkt politisch gebunden, aber mit dem Willen zum Widerstand, jedoch nicht immer mit der Haltung der CDU/CSU übereinstimmend. Dies führte häufig zur Distanzierung der „Mutterparteien“. Viele JU-Mitglieder studierten durchaus an den Hochschulen – wo aber waren sie? Als Landesvorsitzende des RCDS wurde ich in den Landesausschuss der JU eingeladen, um über die Situation an den Universitäten zu sprechen und dann auch kooptiert (was heute selbstverständlich ist). Es herrschte weithin Unkenntnis und Verständnislosigkeit über die Unruhe an den Universitäten, aber wenig Bereitschaft, dort selbst aktiv zu werden. Die Sprache der Auseinandersetzung, die Theoriediskussionen waren zu fremd, die Aktionsformen wirkten abstoßend und erwiesen sich als anstrengend, wenn man sich dagegen stemmte und vor allem: Was brachte das Engagement für die eigene Karriere? Vielen war es lieber, im jeweiligen Ortsverband präsent und aktiv zu sein, denn das brachte Aufstieg in höhere Ebenen oder ein Gremium oder ein Gemeinderatsmandat. So stellte der RCDS

ein kleines Häufchen dar, das sich unermüdlich, aber meist vergeblich gegen den Strom stemmte und dabei so viel lernte, dass dennoch eine politische Karriere gelang.

Im Laufe der 68er-Bewegung veränderte sich einiges: Die Unionsstudenten erhielten mehr und mehr Unterstützung – von den „alten Herren“ der Studentenverbindungen, von der CSU (auch wenn jedes Flugblatt, das im RCDS-Büro in der Parteizentrale vervielfältigt wurde, vorher „begutachtet“ wurde), die JU rief zu studentischem Engagement auf und gründete an einigen Hochschulen eine eigene Hochschulunion, Theorieseminare wurden angeboten, Hochschulkongresse durchgeführt, denn schließlich fürchtete man das Überschwappen von der Universität auf andere gesellschaftliche Bereiche. Die Rückgewinnung von Einfluss an der Hochschule gelang aber nur punktuell.

3. Verwaltung und Politik

Am meisten ärgerte mich zunächst die Haltung der Verwaltung und der Politi-

ker. Der Reformbedarf war aus studentischer Sicht unbestritten. Wir erarbeiteten Papiere und baten um Gespräche bei der Hochschule, dem Kultusministerium, dem Minister, den Abgeordneten – leider vergeblich. Die Demonstrationen wurden immer lauter, die Aktionsformen radikaler, die ersten Steine flogen ... Und was passierte? Die Türen öffneten sich – aber nicht für uns vom RCDS, sondern für die radikalen Anführer. Sie wurden zu Gesprächen eingeladen und diese öffentlichkeitswirksam zelebriert. Wir vom RCDS waren wieder einmal blamiert. Wir, die wir über Diskussionen und praktische Vorschläge die Situation an den Hochschulen verbessern wollten, wurden nicht gehört und damit unsere Form der Einflussnahme als erfolglos dargestellt. Nur zerbrochene Fensterscheiben ließen aufhorchen – fatal für die kommenden Jahre. Zum Glück gab es einige jüngere Landtagsabgeordnete, die sich an uns wandten und einen Gesprächskreis „Studenten und Politik“ institutionalisierten. Wir skandierten nun nicht mehr „Haut den Huber in den Zuber“, sondern „Schosser, Kiesl, Mesner, Deimer, bei dene Abgeordnete bleima“.

Die langfristigen Folgen der 68er-Bewegung

Gerd Langguth

1. Einführung

Auf die drängenden politischen Fragen von heute gibt „68“ keine Antwort: „Das sind zwei Welten. Emanzipation mit der grausamen Kulturrevolution in China zu verknüpfen, dieses Kunststück muss man erst mal bringen! Und dann diese Schwärmerei für die Arbeiterräte der Zwanzigerjahre. Das alles war damals schon rückwärts gewandt.“ Man reibt sich die Augen. Das sagte der Alt-68er und grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit seinem erstaunten Publikum und rief aus: „Forget 68“.

Nein, „68“ sollte nicht vergessen werden, aber der kunstvoll aufgebaute Mythos einer Revolte, die sogar zu einer „zweiten Geburt der Demokratie in Deutschland“ hochstilisiert wurde, wird langsam entzaubert – gerade von ehemaligen Aktivisten jener Revolte wie dem Schriftsteller Götz Aly, der diese sogar mit dem Treiben der nationalsozialistischen Studenten vor und im Dritten Reich vergleicht. „1968“ war keineswegs eine rein deutsche Angelegenheit, auch wenn die Rolle der deutschen Elite in der Hitler-Zeit thematisiert wurde: Die Protestformen wie „sit-ins“ oder „go-ins“ waren aus dem kalifornischen Berkeley entliehen, die

Mai-Unruhen von 1968 führten in Frankreich sogar fast zum sofortigen Sturz des Staatspräsidenten de Gaulle. In allen westlichen Industriestaaten – von Japan bis Italien, den USA bis Großbritannien – gab es aufbegehrende Studenten. Selbst im Osten schien die politische Welt im Aufruhr, etwa in Prag.

Da die deutsche Geschichte arm an demokratischen Revolutionen ist, deuteten manche die 68er-Revolte als eine Art historische Neugründung der damaligen Bundesrepublik, als einen revolutionären Ursprungsakt der Bundesrepublik Deutschland. Die Bedeutung der Studentenrevolte, die in diesem Jahr ihr vierzigjähriges „Bestehen“ feiert, wurde weitgehend von solchen Persönlichkeiten gewürdigt, die seinerzeit selber Akteure waren. Viele leisteten einen Beitrag zur mythologischen Überhöhung von „68“. Gleichwohl gibt es inzwischen auch eine Reihe von Veröffentlichungen¹, die dezidiert und kritisch zur eigenen Rolle in jenen „heldenhaften“ Zeiten Stellung beziehen und diese analysieren. Empörung löste bei vielen ehemaligen Aktivisten das Buch von Götz Aly aus², der – was schon gleich der Buchtitel „Unser Kampf“ verrät – manche vermeint-

lichen Parallelen mit der NS-Studentenschaft der Dreißigerjahre benannte. Besonders provokant ist die Tatsache, dass Aly einer der Autoren des berühmten Flugblatts an der Freien Universität Berlin mit dem Titel „Jagd die Schweine raus“ war – ein Machwerk, das sich insbesondere gegen den damals noch lebenden Politikwissenschaftler Alexander Schwan richtete. Aly schämt sich heute dafür; sein Buch ist voll von Selbstdistanzierungen.

Die meisten Publikationen beschäftigen sich vor allem mit der deutschen Studentenrevolte. Vieles ist in der Tat sehr deutschzentriert, selten wird ein Blick auf die internationale Welt gelenkt.³ Dabei muss man feststellen, dass es insbesondere die Ereignisse in den USA waren, die hinsichtlich einiger Widerstandsformen Vorbildcharakter für die westdeutsche Studentenbewegung hatten. Das militärische Engagement der USA in Vietnam war ein Movens der amerikanischen Unruhen. In Deutschland wirkte als spezifischer Faktor die Erinnerung an die Hitler-Diktatur, was auch die Unsicherheit eines Teils der deutschen Elite erklärt. Die Studentenrevolte gab es aber in allen westlichen freiheitlichen Industriestaaten. Besonders heftig war die Auseinandersetzung in Frankreich, aber auch in Italien. Es sollte darüber hinaus nicht vergessen werden, dass „1968“ ein doppelt kodiertes Jahr ist. Auch der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei muss genannt werden, mit dem die Hoffnung vieler auf einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zerstoßen wurde. Wer allerdings vermutet hätte, in Westdeutschland wäre es zu ähnlich großen Demonstrationen gegen den Einmarsch in Prag gekommen wie hin-

sichtlich der US-amerikanischen Präsenz in Vietnam, der irrt.

Interessant ist, dass jene Protestbewegung in Deutschland weitgehend auf Oberschüler und Studenten begrenzt blieb. Junge Arbeiter hielten überhaupt nichts von den Erklärungen angehender Intellektueller, sie würden als Proletariat ausgebeutet. Sehr viele deutsche Studenten hatten sich mit den Führern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), insbesondere mit Rudi Dutschke, solidarisiert. Hochburgen waren Berlin, Heidelberg, Tübingen, Frankfurt, Göttingen und Hamburg – übrigens allesamt in protestantisch dominierten Landschaften. In den traditionell mehr katholisch geprägten Universitätsstädten tat sich der SDS sehr viel schwerer. So wurden etwa die Allgemeinen Studentenausschüsse in Städten wie Aachen, Bonn, Köln, Münster oder Paderborn lange Zeit von Mitgliedern des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) geleitet, während anderswo die „Studentenregierungen“ schon längst in den Händen des SDS oder maoistischer „K-Gruppen“, Roten Zellen oder später dem DKP-nahen „MSB Spartakus“ waren.

Es muss betont werden, dass „1968“ eine anfänglich sehr heterogene Bewegung von verschiedenen Strömungen war: von liberaldemokratischen Positionen bis hin zu Tendenzen aus dem Anarchismus, Trotzismus bis hin zum Marxismus-Leninismus. Die manchmal vertretene Vermutung, diese Strömungen hätten sich erst nach und nach entwickelt, ist gleichwohl nachweislich falsch. Die linksliberal-radikaldemokratischen Strömungen gerieten jedoch zunehmend ins Hintertreffen. Jedem ist zu empfehlen, schon die

frühzeitigen Politdiskurse Rudi Dutschkes nachzulesen. Immer mehr entwickelte sich „68“ zu einer stark ideologisch geprägten Bewegung, die sozialistische Utopien eines „neuen Menschen“, etwa eines Herbert Marcuse, vertrat, immer stärker von den verschiedenen Spielarten des Marxismus inspiriert wurde und sich im Weltmaßstab als antiimperialistisch verstand. Der harte Kern der sich als antiautoritär ausgebenden Revolte stand nicht auf dem Boden des Grundgesetzes: Das Mittel einer Erziehungsdiktatur wurde von ihren Führern als richtig und notwendig erachtet. Einige unterschrieben sogar Grußtelegramme an das verbrecherische Pol-Pot-Regime in Kambodscha. Hier sind wir schon bei der wichtigsten Bedeutung der Studentenrevolte: Sie zeigte, dass sich Teile der akademischen jungen Generation in der deutschen Tradition romantischer Ideale nicht an einem realistischen Menschenbild orientierten, sondern sich für eine Massenbewegung begeisterten, die der berühmte Politikwissenschaftler und Sozialdemokrat Richard Löwenthal zu Recht als einen „romantischen Rückfall“ brandmarkte.

2. Einige Merkmale der bundesdeutschen Protestbewegung

1. Die Studentenrevolte in Westdeutschland wurde ganz wesentlich durch eine Krise des Bürgertums hervorgerufen, deren „verlorene Töchter und Söhne“ sich ihrem Herkunftsmilieu entfremdeten. Das Versagen des deutschen Bürgertums gegenüber dem Nationalsozialismus führte zu einer inneren Unsicherheit eines großen Teiles der politischen, ökonomischen und auch der geisteswissenschaftlich-intel-

lektuellen Elite. Deshalb konnte sich die Protestbewegung selbst als eine Art nachgeholter Widerstand interpretieren.

2. Die Studentenrevolte führte in Westdeutschland zu einer starken Politisierung und zugleich Polarisierung, führte allerdings auch dazu, dass es im bürgerlichen Lager einen gewaltigen Aktivitätsschub gab, der sich gegen ein Stärkerwerden der sozialistischen Idee, vor allem in den Hochschulen, richtete. Die politischen Parteien, vor allem die Unionsparteien, konnten einen beachtlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen, aber auch die Jungsozialisten.

3. Die heute so häufig mythologisierte 68er-Revolte bediente sich eines vordemokratischen Antiliberalismus. Ihr Avantgardeverständnis, die Utopie eines „neuen Menschen“, machte sie allerdings für weite Teile der jungen Intelligenzschicht attraktiv. Interessant ist, wie bereits dargestellt, dass in Deutschland die Studentenrevolte nur auf Oberschüler und Studenten konzentriert blieb, während in anderen Ländern wie Frankreich und Italien ein Bündnis mit der Arbeiterklasse, vor allem mit den Gewerkschaften, herbeigeführt werden konnte.

4. Die Studentenbewegung nutzte einen generellen Faschismusverdacht und brachte damit die politische Elite in die Defensive. Mit Hilfe dieser Faschismusunterstellung wurde ein allgemeines Widerstandsrecht proklamiert und Gewalt als legitimes Mittel des Widerstands begründet. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die als „NS-Gesetze“ bezeichnet wurden, ist ein Beispiel für die verbreitete Vermutung, in Westdeutschland mache sich ein neuer Nationalsozialismus breit.

5. Eine der wesentlichen Folgen der Studentenrevolte ist nicht nur eine Geringschätzung der liberalen Demokratie und eine Relativierung des Rechtsstaates, sondern eine Enttabuisierung der Gewalt bis hin zum Terrorismus. Die häufig intensive Diskussion, es müsse eine Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen gemacht werden, trug zu dieser Enttabuisierung bei. Die Gewalt wurde – in vielen theoretischen Papieren – zunehmend als eine taktische Frage eingeschätzt, die von der „Reife des Klassenkampfes“ abhing.

6. Der Einfluss der ostdeutschen Staatsicherheit auf die Studentenrevolte und ihre Folgebewegungen war stärker als in der Vergangenheit angenommen. Der Stasi ging es dabei zunächst um Informationen über die Studentenbewegung, sie hat sich aber auch stark um deren Steuerung bemüht. Im Übrigen ist ja eine wichtige Auswirkung der Studentenrevolte, dass es dann zur Gründung von DKP-nahen Hochschulgruppen und vor allem des marxistischen Studentenbundes „Spartakus“ kam. Die Stasi finanzierte auch eine Reihe von Publikationen bis dahin, dass sie insbesondere im SDS Agenten platzieren konnte.

7. Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in Prag 1968 ernüchterte manchen Anhänger der Protestbewegung hinsichtlich der Reformunfähigkeit des „real existierenden Sozialismus“. Doch blieben die Proteste der 68er zur gewaltsamen Niederschlagung der freiheitlichen Reformbestrebungen in der damaligen Tschechoslowakei relativ gering.

Fazit: Die Behauptung, mit der Studentenrevolte habe es einen politischen

und kulturellen Neuanfang gegeben, ist empirisch nicht haltbar. Mit ihrem Ausbruch wurde aber Westdeutschland so etwas wie ein Modernisierungsdruck verpasst. Es ist der These fundamental zu widersprechen, dass bestimmte Tendenzen wie Liberalisierung der Gesellschaft ausschließlich und exklusiv durch die Studentenrevolte herbeigeführt wurden. Die Studentenrevolte hat bestimmte Tendenzen in der Gesellschaft verstärkt, sie hat auch die Gesellschaft ein Stück weit durchlüftet. Die Öffnung der bundesdeutschen Gesellschaft, die zweifelsohne zu konstatieren ist, hat aber nicht erst 1968 ihren Ausgangspunkt, sondern 1968 hatte seinen Ausgangspunkt in einer bereits beginnenden gesellschaftlichen Veränderung. Im Übrigen ist es ein Trick vieler ehemaliger 68er, die angeblich positiven Errungenschaften in den Vordergrund zu stellen. Damit wird von den problematischen Tendenzen (Gewalt, Antiparlamentarismus etc.) nur abgelenkt.

Zudem und ganz wichtig: Es ist historisch falsch, die Studentenrevolte nur von ihren Wirkungen her zu interpretieren. Man muss sich zunächst mit ihren Zielen beschäftigen. Nur dann nimmt man sie ernst.

3. Modernisierungsdruck

Schon Mitte der Sechzigerjahre, vor den provozierenden Aktivitäten der 68er-Revolution, gab es zwei verstärkt einsetzende gesellschaftliche Haupttendenzen, nämlich die einer Individualisierung gepaart mit einer Pluralisierung der Lebensstile. Es gibt aber keinen wissenschaftlichen Nachweis dafür, dass diese beiden Großtendenzen ein Ergebnis der Studentenunruhen darstell-

ten. Sie haben vielmehr erst die Basis für „68“ geschaffen. Die Studentenrevolte war in einer Zeit, in der ein Übergang von der industriellen Epoche zur Dienstleistungsgesellschaft stattfand sowie ein Babyboom zu konstatieren war, durch den sich die bundesdeutsche Bevölkerung verjüngte wie niemals zuvor. Ein bislang nicht gekannter Wohlstand drückte sich in zunehmender Mobilität durch Automobilisierung, verkürzte Arbeitszeiten und mehr Freizeit aus. Der Aufstieg des Fernsehens ist ein weiterer, wichtiger Faktor.

Neue musikalische Formen wie die Beatles hatten schon längst ihr Millionenpublikum erobert – das letzte Live-Konzert der Beatles fand Mitte der Sechzigerjahre statt. Gerade die Beatles symbolisierten ein neues Lebensgefühl, das sich aber schon auszubreiten begann, bevor es die 68er-Revolte gab.

In Sachen sexuelle Revolution sorgte die damals erst auf den Markt gekommene und sich schnell ausweitende Antibabypille in aller Welt für einen liberaleren Umgang mit Sexualität. Auch hier hatte die gesellschaftliche Öffnung schon längst eingesetzt. Was in Deutschland immer als angebliche Vermufftheit einer Adenauer-Ära charakterisiert wurde, war auch in anderen Ländern gang und gäbe. Als 1949 in Frankreich das heute so viel zitierte Buch „Das andere Geschlecht“ von Simone de Beauvoir erschien, war die Empörung groß.

4. Was sind die problematischen Folgen von „1968“?

Eine wesentliche Folge der Protestbewegung war und ist, dass mit ihr neo-

marxistisches Denken bei einem Teil der bundesdeutschen Intellektuellen hoffähig gemacht wurde. Zugleich wurde immer mehr der Antikommunismus als eine der tragenden Säulen aller staatstragenden Parteien (inklusive der SPD) relativiert.

Das gilt auch für den Antitotalitarismus, der davon ausging, dass trotz unterschiedlicher ideologischer Ausgangspunkte die Herrschaftsformen eines Nationalsozialismus und eines Stalinismus vergleichbare Züge haben. Vermehrt setzte sich in Westdeutschland eine Betrachtungsweise durch, die die DDR in immer milderem Lichte zu betrachten begann. Offen oder weniger offen kam immer mehr eine Konvergenztheorie zum Tragen, nach der sich die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme annäherten. Damit wurden die fundamentalen Unterschiede einer freiheitlichen Demokratie und einer SED-gelenkten Herrschaft häufig genug verwischt.

In einigen Denkansätzen kam ein deutlicher Wandel des Werteverständnisses zum Ausdruck: Während sich die ältere Generation noch überwiegend an den Pflicht- und Akzeptanzwerten wie berufliche Karriere, Fleiß, Leistungsbereitschaft, Disziplin, Pünktlichkeit, Achtung vor Bewährtem und Recht und Ordnung orientierte, rückten bei den bereits in relativem Wohlstand aufgewachsenen jüngeren Jahrgängen die sogenannten postmateriellen Orientierungen in den Vordergrund. Dieser Wertewandel sollte insbesondere für das Erziehungssystem unmittelbare Folgen haben. Auch wenn neue Erziehungsformen insbesondere einer antiautoritären Erziehung scheiterten, führte dies dennoch zu großen pä-

dagogischen Verunsicherungen und manchen Fehlentscheidungen gerade im Bereich des Schulwesens. Das Wort Erziehung bekam einen eher negativen Stellenwert.

Allerdings wäre es falsch, von einem allgemeinen Werteverfall bis in die Gegenwart zu sprechen, der vor allem oder gar ausschließlich von der 68er-Revolution verursacht worden sei. Umfragen innerhalb der jüngeren Generation zeigen, dass viele traditionelle Werte wie Ehe, Familie und Treue durchaus weiterhin ihre Bedeutung haben. Es ist gleichwohl nicht zu verkennen, dass als Folge der Studentenbewegung das immer wieder gebrauchte Wort der Selbstverwirklichung im Grund eher egoistische Tendenzen in einer Gesellschaft verstärkte und einen sehr stark individualistisch-egoistischen Ansatz zum Ausdruck brachte.

Seit der Studentenrevolte ist der Rechtsbruch als Mittel der Politik (Widerstand gegen die Staatsgewalt) eher akzeptiert. Allerdings ist seit „68“ offensichtlich, dass jede moderne Gesellschaft mit einer kleinen, aber äußerst extremen Minderheit rechnen und offenbar leben muss, die sich jeder Integration in die Gesellschaft widersetzt und autonome Lebensformen sucht. Ob diese Veränderungsprozesse allerdings ausschließlich auf die Studentenrevolte zurückzuführen sind, ist ebenfalls zu bezweifeln.

Zum Schluss sollte noch darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich die Mythenbildung über die Studentenrevolte über viele Jahre deshalb unbehindert entwickeln konnte, weil die Geschichte der Studentenbewegung noch unzureichend zeithistorisch erforscht ist – ein erstaunlicher Mangel der Zeitgeschichtsforschung.

Anmerkungen

¹ Könen, Gerd: Das rote Jahrzehnt, Köln 2001; Schneider, Peter: Rebellion und Wahn, Köln 2008.

² Aly, Götz: Unser Kampf, 1968 – ein irri-

terter Blick zurück, Frankfurt a.M. 2008.

³ Eine erfreuliche Ausnahme ist hier Frei, Norbert: 1968 – Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008.

Konfliktfelder um Staatsangehörigkeit und Integration

Stefan Luft

Die politische Auseinandersetzung um das Staatsangehörigkeitsrecht erlebte nach der Bundestagswahl 1998 und dem Antritt der Regierung Schröder/Fischer einen Höhepunkt. Die Pläne von Rot-Grün, das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht zu „modernisieren“, wurden hinsichtlich mehrerer Aspekte kontrovers diskutiert:

- Sollte an Stelle des Abstammungsrechts das Territorialprinzip zur Grundlage des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch Ausländer gemacht werden?
- Wenn ja, sollte der Erwerb der Staatsangehörigkeit kraft Geburt in Deutschland mit einer Verpflichtung gekoppelt werden, nach Erreichen der Volljährigkeit sich für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden zu müssen (Optionspflicht)?
- Sollte der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit aufgegeben werden?
- Soll die Einbürgerung als Voraussetzung von Integration oder als Ergebnis erfolgreicher Integration betrachtet werden?
- Was darf ein demokratischer Rechtsstaat von Einbürgerungswilligen verlangen?

Bis heute sind diese Fragen umstritten. Die Auseinandersetzungen um die Einbürgerungstests und die politischen Forderungen nach Abschaffung der Optionspflicht machen dies deutlich. Einige Aspekte sollen hier erörtert werden.

1. Vormodernes Blutrecht gegen liberales Territorialprinzip?

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht aus dem beginnenden 20. Jahrhundert basierte auf dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis* = Blutsrecht) und wurde (fälschlicherweise) als Ausdruck ethnisch-nationalistischer Orientierung und als „deutscher Sonderweg“ gewertet.¹ Inzwischen besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, dass die These nicht aufrecht erhalten werden kann, wonach die im Laufe der vergangenen Jahrhunderte sehr unterschiedlichen Staatsangehörigkeitskonzepte in erster Linie Ausdruck eines bestimmten (offenen oder völkisch geschlossenen) Nationsverständnis seien.² Die historische Wirklichkeit ist sehr viel komplexer.³ Dieter Gosewinkel resümiert: „Die Rechtsprinzipien wurden instrumenteller, nach wechselnden (wirtschafts- und

bevölkerungs-) politischen Zielsetzungen gehandhabt. Schließlich trifft die gelegentlich mitschwingende These, das *ius soli* sei gegenüber dem *ius sanguinis* das ‚modernere‘ (auch demokratische, ‚offene‘) Prinzip historisch nicht zu.⁴

So galt das *ius soli* im 18. Jahrhundert in Großbritannien und Frankreich: „Menschen waren an den Herrn gebunden, der das Land besaß, auf dem sie geboren wurden.“⁵ Die Französische Revolution brach mit dieser feudalistischen Tradition. „Dies war nicht ethnisch motiviert, sondern bedeutete lediglich, dass die väterliche Verwandtschaftsline die Kriterium ‚Untertänigkeit‘ zurückdrängte. Dies bedeutete die Wiedereinführung römischen Rechts in das moderne Staatsangehörigkeitsrecht.“⁶ Preußen übernahm 1842 das *ius sanguinis* aus dem französischen Recht – ohne ethnische Orientierung, denn „es schloss polnische und jüdische Preußen ein und Deutsche aus anderen deutschen Staaten aus.“⁷ Erst die Nationalsozialisten ethnisierten das Staatsangehörigkeitsrecht nach rassistischen Kriterien. Sie vollzogen damit einen „Bruch mit der tradierten institutionellen Struktur der deutschen Staatsangehörigkeit insgesamt“. Nationalsozialistische Politik leitete einen „Prozess der Auflösung und des Umbaus ... [der deutschen Staatsangehörigkeit ein], der sie in mehrfacher Hinsicht scharf vom Vergangenen abhebt.“⁸

Das Staatsangehörigkeitsrecht wurde nach politischem Bedarf geregelt (Bevölkerungsentwicklung, Aus- oder Einwanderung, Stabilität der Grenzen, Minderheitenprobleme etc.). Die beiden Prinzipien werden selten aus-

schließlich und durchgehend angewandt, Mischformen sind eher die Regel als die Ausnahme: Auswanderungsländer führten Elemente des *ius sanguinis* ein, weil sie die Verbindung zu ausgewanderten Staatsangehörigen aufrechterhalten wollten. Kolonialmächte suchten mit Hilfe des *ius soli* den Zusammenhalt mit den Kolonien zu wahren.⁹ Länder mit Einbürgerungsregeln nach dem *ius soli*-Prinzip schränkten dies ein, um Einwanderung zu begrenzen oder führten es ein, um eine Gleichbehandlung von Staatsangehörigen und Zuwanderern und deren Nachkommen zu erzielen (vor allem hinsichtlich der Wehrpflicht).¹⁰

Thränhardt weist darauf hin, dass das *ius sanguinis* einen Schutz vor Bevölkerungspolitik darstellt, vor der „Logik der ökonomischen Optimierung der Bevölkerung“. Deshalb sei das „in der internationalen Migrationsdiskussion oft verketzernde *ius sanguinis* eine wichtige demokratische Errungenschaft“.¹¹

Gerdes und Faist haben betont, dass sich hinsichtlich der Staatsangehörigkeit „die These der Kontinuität eines ethno-nationalen Selbstverständnisses in Deutschland ... nicht aufrecht erhalten lässt.“¹² In der Bundesrepublik war parteiübergreifend ein republikanisches Verständnis vorherrschend: Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und die Einbürgerungsrichtlinien sahen Integrationsleistungen (Sprachkenntnisse, Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung), eine Mindestaufenthaltsdauer sowie weitgehende Straffreiheit vor.¹³ „Ethnische‘ Ausschlusskriterien“ gab es nicht.¹⁴ Sollten Einbürgerungen bis in die 1980er-Jahre Ausnahmen blei-

ben, wurden seit Anfang der 1990er-Jahre Einbürgerungen erleichtert. Der Gesetzgeber hatte in der 1993 in Kraft getretenen Reform erhebliche Einbürgerungserleichterungen und sogar einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach 15 Jahren rechtmäßigen Aufenthalts und gesichertem Lebensunterhalt geschaffen – eine in Europa singuläre Regelung.¹⁵ Seit Jahren verfügt die Mehrheit der hier dauerhaft lebenden ausländischen Staatsangehörigen (ab 16 Jahren) über die Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren, die wiederum Voraussetzung für eine Anspruchseinbürgerung ist. Ende 2007 waren es 70% (4,1 Millionen Personen).¹⁶

2. Mehrstaatigkeit und Optionspflicht

Das bis 1999 geltende Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz hielt grundsätzlich an der Vermeidung von Mehrstaatigkeit fest.¹⁷ Dies entsprach (und entspricht bis heute) dem politischen Willen der Mehrheit der Einheimischen, wie Erhebungen belegen.¹⁸ Nach dem Debakel der Landtagswahl 1999 in Hessen – die die CDU durch ihre Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit für sich entscheiden konnte¹⁹ – war die FDP über ihre Regierungsbeteiligung in Rheinland-Pfalz in die Rolle eines Vetospielers gelangt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen mussten von ihren ursprünglichen Absichten einer generellen Hinnahme von Mehrstaatigkeit²⁰ Abstand nehmen. Sie übernahmen das von ihnen ursprünglich kritisierte²¹ „Optionsmodell“ der FDP²². Danach erhalten seit dem Jahr 2000 in Deutschland geborene Kinder ausländischer Staatsangehö-

riger neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern (unter festgelegten Voraussetzungen) zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Geburt verlieren. Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr müssen sie sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden, tun sie es nicht oder entscheiden sich für die ausländische Staatsangehörigkeit, sollen sie automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren.

Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung 1999 waren insbesondere Repräsentanten der SPD bemüht zu beteuern, grundsätzlich halte man auch mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts an der Vermeidung von Mehrstaatigkeit fest.²³ So erklärte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) im Deutschen Bundestag: „Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Optionspflicht entspricht der Beibehaltung des Grundsatzes, dass Mehrstaatigkeit nach Möglichkeit vermieden werden soll.“²⁴ Der damalige nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens (SPD) erklärte im Bundestag: „Ich halte es zumindest für eine Fehleinschätzung – eher noch für eine Verdrehung von Tatsachen oder gar für reine Agitation –, wenn behauptet wird, das Gesetz führe zu einer nahezu schrankenlosen Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Ich will noch einmal aus meiner Sicht deutlich unterstreichen, dass die neue Regelung nicht auf die Hinnahme von Mehrstaatigkeit abzielt. Sie nimmt Mehrstaatigkeit vielmehr nur hin, weil dem Einbürgerungsbeerber ansonsten unzumutbare Belastungen entstehen würden. Bei sachgerechter Betrachtung werden sich die Auswirkungen der vorgesehenen Erweiterung der Zahl der Ausnahmetatbestände ..., die eine Hinnahme von

Mehrstaatigkeit rechtfertigen, in Grenzen halten.“²⁵

Eigentliches Ziel blieb die generelle (zumindest weitestgehende) Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Das Optionsmodell erwies sich hier als nicht hinderlich, weil man damit rechnete, dass ein schwacher Staat die Optionspflicht ohnehin nicht werde durchsetzen können. Man setzte darauf, die Optionspflicht zu einem späteren Zeitpunkt abschaffen zu können. So erklärte der damalige schleswig-holsteinische Innenminister Ekkehard Wienholtz (SPD) bei der Verabschiedung des Gesetzes im Bundesrat im April 1999, er hoffe und erwarte, dass der wahrscheinliche Verwaltungsaufwand dazu führen werde, früher oder später von der Pflicht zur Entscheidung abzugehen. „Das wird ein zukünftiger Gesetzgeber später genau zu betrachten haben, der, so hoffe ich, die Einsicht und die politischen Mehrheiten dafür hat, klüger zu sein, als wir es heute sein können.“²⁶

Die gegenwärtig vorliegenden Anträge und Vorstöße von SPD, Grünen und Linken, die Optionspflicht abzuschaffen²⁷, nehmen die wesentlichen Kritikpunkte auf, die 1999 von CDU und CSU formuliert worden waren (Konfliktpotenzial, Verwaltungsaufwand).²⁸ Das ist insofern bemerkenswert, als sich seit 1999 keine sachlichen Veränderungen hinsichtlich der Optionspflicht ergeben haben. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die vor wenigen Jahren noch ignorierten Argumente jetzt als Vorwand genutzt werden, um das Ziel – die Abschaffung der Optionspflicht und damit eine weitgehende Hinnahme von Mehrstaatigkeit – zu erreichen. Ein solch taktisches Verhalten schwächt das Vertrauen der Bürger in

die Politik, ihre Glaubwürdigkeit und Transparenz.

Tatsächlich birgt die Optionspflicht ein erhebliches Konfliktpotenzial. Es steht zu erwarten, dass ein großer Teil der betroffenen jungen Erwachsenen entweder seiner Optionspflicht nicht nachkommen oder gegen den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit den Rechtsweg beschreiten wird. Angesichts der Erfahrungen, die deutsche Behörden mit der Durchsetzbarkeit des Ausländerrechts haben, bedarf es keiner prophetischen Gaben zu bezweifeln, dass der Staat die Optionspflicht auch tatsächlich wird durchsetzen können. Die öffentliche Empörung, wenn einem in Deutschland geborenen und aufgewachsenen jungen Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden soll, lässt sich bereits jetzt vorhersehen. Es ist deshalb schon 1999 die Befürchtung geäußert worden, dass der Staat „aus politischen, rechtlichen und verwaltungsökonomischen Gründen die doppelte Staatsbürgerschaft schlicht hinnehmen wird.“²⁹

In den Jahren 2000 bis 2007 erhielten rund 305.000 Kinder nach dem Optionsrecht zusätzlich den deutschen Pass. Für Kinder von Ausländern, die vor dem 1.1.2000 in Deutschland geboren wurden und bis dahin noch nicht das zehnte Lebensjahr vollendet hatten, gab es eine zusätzliche Regelung: Erfüllten die Eltern die Voraussetzungen, konnten sie für diese Kinder bis Ende des Jahres 2000 einen Einbürgerungsantrag stellen, für sie war ein Einbürgerungsanspruch geschaffen worden. Hierunter fallen rund 49.000 Personen. Die ersten von ihnen erreichten 2008 bereits die Volljährigkeit und wurden daher von den staatlichen

Stellen auf ihre Optionspflicht hingewiesen.³⁰

Seit dem Jahr 2000 wird bei nahezu jeder zweiten Einbürgerung Mehrstaatigkeit hingenommen (45,9%). 2006 und 2007 sogar in jeweils über 50% der Fälle (51,0 und 52,4%).³¹ Tatsächlich sind die Möglichkeiten, die alte Staatsangehörigkeit beizubehalten, stark erweitert worden.³² So wurde im Dezember 2001 das Europarats-Übereinkommen zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit gekündigt.³³ EU-Bürger (und Schweizer) werden seit August 2007 generell unter Beibehaltung ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit eingebürgert.³⁴

„Die deutsche Staatsangehörigkeit garantiert ein unkündbares Recht auf Leben in einem der reichsten und sichersten Länder der Erde, den uneingeschränkten Zugang zu den Leistungen des Sozialstaats und die Statusrechte eines EU-Bürgers. Der deutsche Pass ermöglicht freies Reisen in die meisten Länder der Welt.“³⁵ Bleibt die Frage, warum der Eindruck erweckt wird, als sei eine Entscheidung beim Erwerb der Staatsangehörigkeit unzumutbar. Sich zum Staat Bundesrepublik Deutschland zu bekennen und in der Konsequenz die alte Staatsangehörigkeit abzugeben, das könne nicht verlangt werden. „Was sind das für Verfassungspatrioten, die ihre mit der Verfassung verbundene Staatsbürgerschaft so gering schätzen, dass die Option für diese Staatsbürgerschaft ihnen regelmäßig unzumutbar vorkommt? Gerade wer die Zugehörigkeit zu einer Nation nicht als Naturgegebenheit, sondern als Willens- und Freiheitsakt versteht, muss bereit sein, dafür ein Opfer zu fordern oder zu bringen“, kommentierte Jan Ross in der „Zeit“.³⁶

3. Mittel zur Integration oder Ergebnis gelungener Integration?

3.1 „Identität“

Die vermehrte Hinnahme von Mehrstaatigkeit sollte die Zahl der Einbürgerungen erhöhen, unter anderem weil sie als Indikator für gelungene Integration gewertet wurde. Dabei wird – wie im Integrationsdiskurs der 1970er- und 80er-Jahre durchgehend – eine zu bewahrende kollektive „Identität“ von Ausländern bemüht. So hieß es von Kritikern, die Forderung nach der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit behindere die Integration von Ausländern in Deutschland, denn sie gefährde deren „Identität“. „Die Identität ist gerade nicht dadurch zu bewahren, dass die Politik Menschen dazu zwingt, ihren alten Pass im Tausch gegen die vollen Rechte abzugeben. Diesen unsauberen Handel lehnen wir ab“, hieß es in einem Beschluss des Länderrats von Bündnis 90/Die Grünen zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.³⁷ Dabei bleibt außer Acht, dass sich in Migrationsprozessen und in Zeiten raschen gesellschaftlichen Wandels Identitäten nahezu zwangsläufig verändern.

In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass die Forderung, türkischen Zuwanderern müsse es gestattet werden, ihre bisherige Staatsangehörigkeit auch bei der Einbürgerung in Deutschland zu behalten, die „fortdauernde Geltung abstammungsbegründeter türkischer Staatsangehörigkeit“ voraussetzt.³⁸ Während bei den türkischen Staatsangehörigen das Abstammungsprinzip ohne Debatte als Selbstverständlichkeit hinge-

nommen werde, werde es im deutschen Fall als typisch für deutsche Rückständigkeit erklärt. „Leichtfertig wird übersehen, dass die Ideologisierung der doppelten Staatsbürgerschaft durch die Hintertür genau das fortschreibt, was man mit einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts auflösen möchte – die Konzentrierung auf die Ethnie. Die Blindheit vor diesem Widerspruch lässt sich wahrscheinlich nur mit den Bewältigungsversuchen der jüngeren deutschen Geschichte erklären. Für Ethnizismus kann man sich erwärmen, solange er nur kein germanischer ist.“³⁹

3.2 Automatische Integration?

In den 1990er-Jahren wurde auf die Prüfung von deutschen Sprachkenntnissen oder anderen Integrationsindizes gänzlich verzichtet.⁴⁰ Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht des Jahres 2000 wurde die Aufenthaltsfrist weiter verkürzt (auf acht Jahre), ausreichende Sprachkenntnisse wurden aber wieder verlangt. Die hinter der Schaffung von Rechtsansprüchen stehende Erwartung, dass sich mit einem längeren Aufenthalt in Deutschland Integration automatisch ergeben werde⁴¹, hatte sich allerdings in vielen Fällen als falsch erwiesen. So verwies der damalige Bremer Innensenator Borttscheller auf die Erfahrungen der Einbürgerungsbehörden, dass in den letzten Jahren die Integrationsleistungen der Einbürgerungsbewerber teilweise erheblich zurückgegangen seien. „Interessant ist, dass sich diese Situation entwickelt hat, nachdem die Einbürgerungsvoraussetzungen vom Gesetzgeber Anfang der 1990er-Jahre drastisch vereinfacht worden waren. Eine ange-

messene Beherrschung der deutschen Sprache durfte seitdem vom Großteil der Einbürgerungsbewerber nicht mehr verlangt werden. Ich kann nicht erkennen, wieso der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für solche Personen einen Integrationsschub bewirken könnte, wenn es einen solchen Schub offenkundig bis dahin nicht gegeben hat.“⁴² Warum ein weiter erleichterter Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit den Integrationswillen fördern soll, wird vor diesem Hintergrund nicht ersichtlich.

3.3 Überschätzung

Die Bedeutung der Staatsangehörigkeit für den Integrationsprozess wurde seit Jahren überschätzt und zugleich wurden tatsächliche Integrationsprobleme unterschätzt. So behauptete der ehemalige CDU-Generalsekretär Geißler 1990: „Der Ausländerstatus ist ein größeres Integrationshemmnis als die Sprachbarriere, die es bei jungen Ausländern überhaupt nicht mehr gibt, oder als eine unvollständige Schulausbildung. Diese Menschen werden durch den Ausländerstatus ausgegrenzt, auch wenn sie bei uns geboren sind und seit Jahren bei uns leben.“⁴³ Auch der damalige Bundesinnenminister Schily (SPD) stellte 1999 in der politischen Auseinandersetzung um die Hinnahme von Mehrstaatigkeit die integrationsfördernde Wirkung von Einbürgerungen in den Mittelpunkt: „Wer einen deutschen Pass hat, wird nicht länger abseits stehen.“⁴⁴ Welche Integrationschancen sollten sich mit der zweiten Staatsangehörigkeit für die Kinder in den ethnischen Kolonien der Großstädte verbessern? Was nützt ein deutscher Pass, wenn die deutsche

Sprache im Elternhaus nicht gesprochen wird und auf diese Weise auch die Kinder keine Chance haben, die Schule erfolgreich zu absolvieren und anschließend einen Ausbildungsplatz zu bekommen?

Die Behauptung, die Verleihung der Staatsangehörigkeit – unter genereller Hinnahme von Mehrstaatigkeit – sei eine wichtige Voraussetzung für die Integration⁴⁵ oder gar der „Schlüssel zur Integration“ entbehrt jeder Grundlage. So behauptet der ehemalige Direktor der Stiftung Zentrum für Türkeistudien, Faruk Şen: „Nicht die Segregation in Städten ist das primäre Problem, sondern dass die politische Partizipation in ethnisch segregierten Quartieren nicht gewährleistet ist. ... Die weitere Förderung der Einbürgerung ist damit nicht nur ein Aspekt von Integrationspolitik, sondern, viel mehr als Sprach- und Integrationskurse, ihr Schlüsselinstrument.“⁴⁶ Die Erfahrungen in Frankreich⁴⁷ oder in Großbritannien zeigen, dass auch eine Politik der massenhaften Einbürgerung keineswegs erhebliche Integrationsprobleme verhindert: Eine Politik der staatsrechtlichen „Inklusion“ kann durchaus mit sozial-ökonomischer „Exklusion“ einhergehen. Über 70% der asiatischen und afro-karibischen Einwanderer in Großbritannien haben die britische Staatsangehörigkeit erworben. Dennoch verzeichnet das Land seit Jahrzehnten immer wieder aufflammende Unruhen.⁴⁸ Studien zur Anfälligkeit für gewalttätiges Handeln von Zuwanderern in Deutschland zeigen, dass die Staatsangehörigkeit keine Bedeutung für die Erklärung von Gewalthandeln hat, wobei ihr Vorhandensein in diesen Studien verstanden wird als Ausdruck von Integration, die nicht vorhandene deutsche Staatsan-

gehörigkeit als Ausdruck mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung.⁴⁹

Generell gilt: Über das Gelingen von Integration entscheiden nicht der Pass, sondern Integrationsbereitschaft, Bildungsstand sowie soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, die eine Eingliederung ermöglichen. Nur eine „sozial geglückte Einbürgerung“⁵⁰ kann ein erstrebenswertes Ziel sein. „Eine großzügigere Ausgestaltung und Handhabung des Staatsangehörigkeitsrechts allein kann nicht die ethnischen, kulturellen und vor allem sprachlichen Unterschiede einebnen, die Einheimische von Zugezogenen trennen. Die hieraus entstehenden sozialen und politischen Spannungen kann man nicht durch Erteilung eines anderen Passes beseitigen.“⁵¹

Eine Politik, die auf Einbürgerungen setzt, ohne die soziale Integration zur Voraussetzung zu machen, trägt, so die niederländischen Erfahrungen, zu einer Abwertung der Staatsangehörigkeit bei.⁵²

Die Behauptung, eine Übernahme der Staatsangehörigkeit zwingt die Politik, sich der Interessen der Zuwanderer anzunehmen und fördere die Integration⁵³, muss bezweifelt werden. Die französischen und britischen Erfahrungen⁵⁴ sprechen eher dafür, dass der gesteigerte Einfluss ethnisch-religiöser Minderheitenorganisationen und deren Wortführer (der gerade bei knappen Mehrheiten besonders groß ist) zur Verfestigung von Minderheitenstrukturen führt und das Konfliktpotenzial erhöht. „Politische Mitwirkung ohne erfolgreiche soziale Integration beinhaltet m.E. eher Risiken politischer Instabilität und Konfliktsteigerung als

zusätzliche Chancen sozialer Integration.“⁵⁵

4. Was darf verlangt werden?

Was kann von einem Zuwanderer, der sich in Deutschland einbürgern lassen will, verlangt werden? Womit muss sich der Einbürgerungswillige identifizieren? Kann nach den Modernisierungsschüben des 20. Jahrhunderts eine „Leitkultur“ noch hinreichend inhaltlich bestimmt werden? Was außer der Rechtstreue kann billigerweise verlangt und erwartet werden? Zu Recht ist festgestellt worden: „Nicht-rechtliche Verhaltensnormen wie Sitten und Bräuche haben ihre verhaltenssteuernde und gesellschaftserhaltende Bedeutung mehr und mehr verloren.“⁵⁶ Auf welches Leitbild können sich beispielsweise progressive Linksliberale und konservative Katholiken, sich entblößende Teilnehmer der Love-Parade in Berlin und fromme Lieder singende Teilnehmer der Fronleichnamsprozession in München noch einigen? Das fängt beim Schutz des ungeborenen Lebens an und hört bei der „Homosexuellen-Ehe“ nicht auf. Hier bestehen jeweils fundamentale Differenzen über gesellschaftliche Leitbilder und grundlegende Rechtsgüter – Einigkeit muss nur darin bestehen, dass die jeweiligen Gesetze in ihrer Eigenschaft als Gesetz zu respektieren sind, auch wenn sie inhaltlich kritisiert und bei vorhandenen Mehrheiten wieder geändert werden sollen.

Für Ausländer kann in diesem Zusammenhang kein strengerer Maßstab angelegt werden als für deutsche Staatsangehörige.⁵⁷ Die Grundrechtsbindung des Staates gilt für beide gleicherma-

ßen.⁵⁸ Der Staat muss Gesetzesgehorsam verlangen, er wird aber zur Gesinnungsdiktatur, wenn er im Namen der Toleranz die Anerkennung bestimmter „Werte“ verlangt, obwohl er dafür keine gesetzliche Grundlage hat. Ein Beispiel dafür bot ein Fragebogen des Innenministeriums von Baden-Württemberg, der für Einbürgerungsbewerber entwickelt wurde und die Haltung zur Homosexualität abfragte.⁵⁹ Tatsächlich haben staatliche Institutionen dazu keinerlei Recht – weder bei Muslimen, noch bei Katholiken, noch bei Personen anderer Glaubensüberzeugung.

Aus verfassungs- und staatsrechtlicher Sicht kommt dem Staatsbürger (und damit jenen, denen die Staatsangehörigkeit verliehen wurde) eine herausragende Bedeutung zu. Der Staatsbürger ist „Konstitutions- und Integrations-element des politischen Gemeinwesens in seiner konkreten Form“.⁶⁰ Das Bundesverfassungsgericht hatte erst in der erfolgreichen Beschwerde gegen den Europäischen Haftbefehl im Juli 2005 die Bedeutung der Staatsangehörigkeit hervorgehoben. „Die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, die für jeden Einzelnen mit dem Besitz der Staatsangehörigkeit verbunden sind, bilden zugleich konstituierende Grundlagen des gesamten Gemeinwesens.“⁶¹ Vor diesem Hintergrund sollte sowohl bei der Aufnahmegesellschaft als auch bei den Antragstellern ein Bewusstsein für die Bedeutung dieses Schrittes vorhanden sein. Wenn das Bundesverfassungsgericht davon spricht, dass die Folgen des Zweiten Weltkrieges von den „Deutschen als Schicksalsgemeinschaft“ zu tragen seien⁶², dann erfolgt mit der Einbürgerung die Aufnahme in diese „Schicksalsgemeinschaft“. Das bedeutet auch, dass von Einbürge-

rungswilligen legitimerweise verlangt werden kann, dass sie sich mit dem Staat, dessen Angehöriger sie werden wollen, befasst und sich Landeskenntnisse angeeignet haben. Dazu gehören in erster Linie Grundkenntnisse der Geschichte und Politik Deutschlands (nicht nur der Sprache). Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA sind hier ähnliche Wege gegangen.⁶³

Der Staat sollte nicht auf jede identifikatorische Integration verzichten, wie es in der technokratischen Einbürgerungspraxis bis vor wenigen Jahren gang und gäbe war. Einbürgerungsfeiern können zu dieser Identifikation beitragen. So wurden in Großbritannien, das die Feiern 2004 einführte und von Ländern wie USA, Kanada und Australien übernahm, gute Erfahrungen damit gemacht.⁶⁴

5. Fazit

Ein möglichst „barrierefreier“ Einbezug als Staatsangehöriger führt nicht zu den gewünschten Integrationserfolgen. Im Gegenteil: Die Erfahrungen vieler europäischer Nachbarländer (insbesondere jene mit ausdrücklich multikulturalistischer Politik) zeigen, dass „gut gemeinte“ Politikansätze nicht-intendierte Folgen zeitigen. So waren die Niederlande in den 1990er-Jahren zum „Einbürgerungsparadies“⁶⁵ ge-

macht worden. Mit der weitgehenden Hinnahme von Mehrstaatigkeit war dort „ein entscheidender Durchbruch bei der Einbürgerung“ erzielt worden.⁶⁶ Gleichzeitig haben die Niederlande allerdings eine sehr viel schlechtere Integrationsbilanz ihrer Zuwanderer vorzuweisen als u.a. die Bundesrepublik Deutschland. In einer jüngst veröffentlichten Studie stellt Ruud Koopmans fest, dass „multikulturelle Politikansätze, die Migranten einen leichten Zugang zu gleichen Rechten gewähren und keine starken Anreize setzen, die Sprache des Aufnahmelandes zu erlernen und interethnische Kontakte zu pflegen, in der Kombination mit großzügigen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zu einer geringen Erwerbsbeteiligung, starker Segregation und einer deutlichen Überrepräsentation von Immigranten unter Strafgefangenen führen.“⁶⁷

Die „gespaltene Kindheit“⁶⁸, die sich inzwischen auch in vielen deutschen Städten manifestiert, verläuft nicht entlang der Linie des rechtlich-politischen Ein- oder Ausschlusses, sondern entlang der allgemein feststellbaren sozialräumlichen Polarisierung. Zuwanderer und ihre Nachkommen sind davon in besonderer Weise betroffen.⁶⁹ Entscheidend ist, dass Zuwanderer nicht als Gruppen an den Rand gedrängt werden und sie ihre Perspektive nicht in der dauerhaften ethnisch-sozialen Unterschichtung der Aufnahmegesellschaft sehen müssen.

Anmerkungen

¹ Oberndörfer, Dieter: Vom Nationalstaat zur offenen Republik. Zu den Voraussetzungen der politischen Integration von Einwanderung, in: Fluchtpunkt Europa. Migration und Multikultur, hrsg. von Martina Fischer, Frankfurt am Main 1998, S.161ff; zur Kritik an dieser Bewertung

auch: Hagedorn, Heike: Wer darf Mitglied werden? Einbürgerungen in Deutschland und Frankreich im Vergleich, Opladen 2001, S.30ff.

² So Brubaker, Rogers: Staats-Bürger. Frankreich und Deutschland im historischen Vergleich, Hamburg 1994.

- ³ Weil, Patrick: Zugang zur Staatsbürgerschaft. Ein Vergleich von 25 Staatsangehörigkeitstexten, in: Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten, hrsg. von Christoph Conrad und Jürgen Kocka, Hamburg 2001, S.93f.; Gosewinkel, Dieter: Staatsangehörigkeit in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, in: Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten, hrsg. von Christoph Conrad und Jürgen Kocka, Hamburg 2001, S.50ff.; Gosewinkel, Dieter: West- gegen Osteuropa? Gibt es verschiedene historische Entwicklungspfade der Staatsangehörigkeit? in: Migration und Bürgerbewusstsein. Perspektiven Politischer Bildung in Europa, hrsg. von Dirk Lange, Wiesbaden 2008, S.33.
- ⁴ Gosewinkel: West- gegen Osteuropa, S.34.
- ⁵ Weil: Zugang zur Staatsbürgerschaft, S.99.
- ⁶ Ebd.
- ⁷ Ebd., S.105.
- ⁸ Gosewinkel, Dieter: Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen, 2. Aufl., 2003, S.369.
- ⁹ Gosewinkel: West- gegen Osteuropa, S.36.
- ¹⁰ Weil: Zugang zur Staatsbürgerschaft, S.100ff.
- ¹¹ Thränhardt, Dietrich: Der Nationalstaat als migrationspolitischer Akteur, in: Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat, Leviathan Sonderheft 22, hrsg. von Dietrich Thränhardt und Uwe Hunger, Wiesbaden 2003, S.17.
- ¹² Gerdes, Jürgen/Faist, Thomas: Von ethnischer zu republikanischer Integration. Der Diskurs um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, in: Berliner Journal für Soziologie, 2006, H.3, S.27.
- ¹³ Hagedorn: Wer darf Mitglied werden?, S.51ff.
- ¹⁴ Ebd., S.57.
- ¹⁵ Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung über die Lage der Ausländer, Berlin/Bonn 2002, S.61.
- ¹⁶ Worbs, Susanne: Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland, Working Paper 17, hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2008, S.28.
- ¹⁷ Gerdes/Faist: Von ethnischer zu republikanischer Integration, S.327.
- ¹⁸ Ebd., S.40f.
- ¹⁹ Hofrichter, Jürgen/Westle, Bettina: Wahlkampf wirkt – Eine Analyse der Hessischen Landtagswahl 1999, S.149–176, in: Festschrift für Max Kaase, hrsg. von Peter Ph. Mohler und Paul Lüttinger, Mannheim 2000, <http://www.gesis.org/publikationen/Aufsaeetze/ZUMA/Festschrift%20Kaase.htm>, Stand: 15.9.2008.
- ²⁰ Hagedorn: Wer darf Mitglied werden?, S.40.
- ²¹ „Der Vorschlag der FDP nach einer doppelten Staatsbürgerschaft für Kinder ist ein Scheinkompromiss. Mit diesem Modell wird keine bessere Integration möglich sein. Neue Probleme werden geschaffen. (...) Der deutsche Staat soll diesen Menschen dann die Staatsbürgerschaft wieder entziehen, das ist verfassungswidrig und unpraktikabel.“ Gleiche Rechte für Alle, Beschluss des 1. ordentlichen Länderrates von Bündnis 90/Die Grünen, 23.1.1999.
- ²² FDP setzt ihr Staatsbürger-Modell durch, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.3.1999.
- ²³ Debatte im Deutschen Bundestag am 19.3.1999, Plenarprotokoll 14/28. S.2281ff.
- ²⁴ Ebd., S.2317.
- ²⁵ Deutscher Bundestag: Sitzung vom 7.5.1999, Plenarprotokoll 14/40, S.3452.
- ²⁶ Bundesrat: Plenarprotokoll 737 vom 30.4.1999, S.134; die damalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, die SPD-Politikerin Vogt, unternahm im Dezember 2004 einen – weitgehend unbeachtet gebliebenen – Vorstoß in die gleiche Richtung: Akzeptieren, dass Leute ihre Herkunft nicht ablegen, in: Berliner Zeitung vom 30.12.2004.
- ²⁷ U.a. ein Gesetzesantrag des Landes Berlin, Bundesrats-Drucksache 647/08 vom 2.9.2008; Antrag der Fraktion „Die Linke“, Deutscher Bundestag, Drs. 16/9165 vom 8.5.2008; Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), Drs. 17/338 vom 2.4.2008.
- ²⁸ Vgl. den Antrag des Freistaates Bayern im Bundesrat vom 29.4.1999, Drs. 188/2/99; der Beitrag des Bremer Innensenators Ralf H. Borttscheller: Großzügig, folgenreich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.4.1999 sowie die Mitteilung des Innenministeriums Baden-Württemberg: Entwurf Nr. 3 zum Staatsangehörigkeitsgesetz ist die dritte Mogelpackung, vom 15.3.1999.
- ²⁹ Borttscheller: Großzügig, folgenreich; ähnliche Probleme sieht Hailbronner bei grundsätzlicher Befürwortung der doppelten Staatsangehörigkeit: Hailbronner, Kay: Ausländerrecht: Europäische Entwicklung und deutsches Recht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1999, H. 22, S.6–8.

- ³⁰ Words: Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland, S.27f.
- ³¹ Ebd., S.26.
- ³² Hailbronner, Kay: Öffentlich-rechtliche Folgen der doppelten Staatsangehörigkeit aus deutscher Sicht, in: Deutsch-Türkische Juristenvereinigung (Hrsg.): Auswirkungen der deutschen Staatsangehörigkeitsreform, Berlin 2002, S.24.
- ³³ Renner, Günter: Streitpunkte: Mehrstaatigkeit und Deutschkenntnisse, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 2002, H. 10, S.393
- ³⁴ Words: Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland, S.26.
- ³⁵ Thränhardt, Dietrich: Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit, Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2008, S.5.
- ³⁶ Ross, Jan: Doppelbürger – halbe Bürger, in: Die Zeit vom 7.1.1999.
- ³⁷ Bündnis 90/Die Grünen: Gleiche Rechte für Alle, Beschluss des Länderrats vom 23.1.1999.
- ³⁸ Lübke, Hermann: Wie wird man Deutscher?, in: Rheinischer Merkur vom 2.4.1993.
- ³⁹ Seidel, Eberhard: Die Jahrhundertreform. Von der doppelten Staatsbürgerschaft zum Einwanderungsgesetz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1999/08, S.972.
- ⁴⁰ Hagedorn: Wer darf Mitglied werden?, S.58.
- ⁴¹ „Das Erfordernis eines achtjährigen Mindestaufenthaltes der Eltern ist ein zeitliches Indiz für die Integration der Eltern“, so die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, in: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung über die Lage der Ausländer, Berlin/Bonn 2002, S.55.
- ⁴² Der Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen: Vortrag beim Expertengespräch der Hanns-Seidel-Stiftung: „Die ausbleibende Integration“, Pressemitteilung vom 22.3.1999.
- ⁴³ Geißler, Heiner: Meise zu Meise? Plädoyer für eine „multikulturelle Gesellschaft“, in: Der Spiegel 13/1990, S.164.
- ⁴⁴ Bundesministerium des Innern: Bundesinnenminister Otto Schily stellt Arbeitsentwurf zur Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts vor, Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 13.1.1999.
- ⁴⁵ Vgl. Şen, Faruk: Türkische Minderheit in Deutschland, in: Türkei, Informationen zur politischen Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2002, S.55; Keskin, Hakkı: Deutschland als neue Heimat. Eine Bilanz der Integrationspolitik, Wiesbaden 2005, S.30ff.; Schulte, Axel: Demokratie als Leitbild einer multikulturellen Gesellschaft, in: Medien und multikulturelle Gesellschaft, hrsg. von Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Fatma Sarigöz, Opladen 1999, S.192f.
- ⁴⁶ Şen, Faruk: Einbürgerung ist der Schlüssel zur Integration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.9.2004.
- ⁴⁷ Vgl. Manfrass, Klaus: Türken in der Bundesrepublik – Nordafrikaner in Frankreich: Ausländerproblematik im deutsch-französischen Vergleich, Pariser Historische Studien, Bd.32, hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris, Bonn/Berlin 1991, S.16ff.; Hagedorn: Wer darf Mitglied werden?, S.44ff.; Eckardt, Frank: Frankreichs Schwierigkeiten mit den Banlieu, in: APuZ 38, 2007, S.32–39; Riedel, Sabine: Einwanderung: das Ende der Politik der Chancengleichheit, in: APuZ 38, 2007, S.40–46; Michalowski, Ines: Integration als Staatsprogramm. Deutschland, Frankreich und die Niederlande im Vergleich, Berlin 2007, S.4ff.
- ⁴⁸ Baringhorst, Sigrid: Multikulturalismus und Kommunalpolitik. Über einige nicht intendierte Folgen kommunaler Minderheitenpolitik in Großbritannien, in: Leviathan, 1999, 27.Jg. H.3, S.293.
- ⁴⁹ Babka von Gostomski, Christian: Gewalt als Reaktion auf Anerkennungsdefizite? Eine Analyse bei männlichen deutschen, türkischen und Aussiedler-Jugendlichen mit dem IKG-Jugendpanel 2001, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2003, Jg.55, H.2, S.264.
- ⁵⁰ Manfrass: Türken in der Bundesrepublik, S.88.
- ⁵¹ Renner, Günter: Asyl- und Einwanderungsgesetzgebung, in: Auf dem Weg in die interkulturelle Gesellschaft, Loccumer Protokolle 13/93, hrsg. von Sybille Fritsch-Oppermann, Rehbürg-Loccum 1994, S.161.
- ⁵² Böcker, Anita/Thränhardt, Dietrich: Einbürgerung und Mehrstaatigkeit in Deutschland und den Niederlanden, in: Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat, Leviathan Sonderheft 22/2003, hrsg. von Dietrich Thränhardt und Uwe Hunger, Wiesbaden 2003, S.134.
- ⁵³ Vgl. Rittstieg, Helmut: Staatsangehörigkeit, deutsche Leitkultur und die deutsch-türkischen Beziehungen, in: Auswirkungen der deutschen Staatsangehörigkeitsreform, hrsg. von der Deutsch-Türkischen Juristenvereinigung, Berlin 2002, S.21;

- Schoch, Bruno: Alle Macht geht vom Volk aus. Doch wer ist das Volk?, HSKF-Report 12/2000, Frankfurt/Main 2000, S.48.
- ⁵⁴ Vgl. Manfrass: Türken in der Bundesrepublik, S.22f.; Hillebrand, Ernst: Dicke Luft in Londonistan, Informationen des Büros London der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2006, S.5, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/london/03686.pdf>, Stand: 30.4.2007.
- ⁵⁵ Manfrass: Türken in der Bundesrepublik, S.22.
- ⁵⁶ Kötter, Matthias: Integration durch Recht? Die Steuerungsfähigkeit des Rechts im Bereich seiner Geltungsvoraussetzungen, in: *Integration und Recht*, 43. Assistententagung Öffentliches Recht, hrsg. von Konrad Sahlfeld, Martina Caroni und Anna Chudozilov, München 2003, S.33.
- ⁵⁷ Denninger, Erhard: Integration und Identität. Eine Bitte um etwas Nachdenklichkeit, in: *Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert*, Festschrift Fetscher, hrsg. von Herfried Münkler, Marcis Llanque und Clemens K. Stepina, Berlin 2002, S.31ff.
- ⁵⁸ Rossi, Matthias: Verwaltungsrechtliche Steuerung von Migration und Integration, in: *Die Verwaltung*, 2007, H.3, S.394f.
- ⁵⁹ Der Fragebogen war abgedruckt in der taz vom 4.1.2006 unter dem Titel: Die Gesinnungsprüfung.
- ⁶⁰ Grawert, Rolf: Staatsvolk und Staatsangehörigkeit, in: *Handbuch des Staatsrechts II*, Heidelberg, 3. Aufl., 2004, Rn 135.
- ⁶¹ Bundesverfassungsgericht: BVerfG, 2 BvR 2236/04 vom 18.7.2005, Abs. Nr.66, http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20050718_2bvr223604.html, Stand: 18.2.2008.
- ⁶² Bundesverfassungsgericht: BVerfG, 2 BvR 955/00 vom 26.10.2004, Abs. Nr.132, http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20041026_2bvr095500.html, Stand: 18.2.2008.
- ⁶³ Vgl. Weinbach, Christine: Europäische Konvergenzen: Zur Restitution von Staatsangehörigkeit in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 2005, H.2, S.202ff.; Michalowski, Ines: Wissen entscheidet. Der neue, bundesweite Einbürgerungstest im internationalen Vergleich, in: *WZB Mitteilungen*, 2008/121, S.35f.
- ⁶⁴ Duke-Evans, Jonathan: Von Migranten zu Bürgern: Die Einbürgerungstests in Großbritannien, in: *Blickpunkt Großbritannien*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2006.
- ⁶⁵ So Thränhardt: Einbürgerung, S.30.
- ⁶⁶ Ebd.
- ⁶⁷ Koopmans, Ruud: Tradeoffs between Equality and Difference – Immigrant Integration, Multiculturalism, and the Welfare State in Cross-National Perspective, WZB discussion paper, Berlin 2008, Zusammenfassung.
- ⁶⁸ Häußermann, Hartmut/Gornig, Martin/Kaplan, Andreas: Monitoring. Soziale Stadtentwicklung, im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Berlin 2007, S.78.
- ⁶⁹ Luft, Stefan: Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise, Gräffeling, 2. Aufl., 2007, S.261ff.

Die aktuelle Lage der Russlanddeutschen: Probleme und Perspektiven

Heinrich Martens

1. Historische Voraussetzungen

Von Beginn der Aussiedlung in Russland 1764 bis 1941 konnten die Deutschstämmigen im Russischen Reich bzw. in der UdSSR ihre kulturelle Identität behalten. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Kompaktansiedlung. Eine wichtige Bedeutung für die Erhaltung der nationalen Identität hatten auch das Netz der muttersprachlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen, der Einfluss der Kirche und zahlreiche deutschsprachige Medien. Diese Faktoren trugen zur Schaffung und Pflege einer spezifischen kulturellen Atmosphäre in deutschen Siedlungen und Gemeinden und zur Wiedergabe von Kulturtraditionen in der Familie bei. Wesentlich waren dabei auch das wirtschaftliche Potenzial und die öffentliche Initiative der deutschstämmigen Bevölkerung sowie die Herausbildung einer nationalen Elite.

Eine wichtige Rolle spielten immer die Selbstverwaltung und Selbstorganisation der deutschen Kolonien und Gemeinden. In der UdSSR bestanden sogar eine Zeit lang (hauptsächlich in den 1920er-Jahren) Hunderte territoriale deutsche nationale Verwaltungen wie Dorfsowjets und Rayons. 1918 wurde

ein Gebiet und 1924 die Republik der Wolgadeutschen gegründet, die bis 1941 bestand. Nach Beginn des Krieges 1941 wurden von September bis Dezember ca. 800.000 Deutschstämmige aus dem europäischen Teil der UdSSR nach Sibirien und Kasachstan deportiert. Die kompakten Ansiedlungsstätten der Deutschstämmigen wurden aufgelöst und die Deutschen im riesigen Raum des asiatischen Teils der UdSSR verstreut. Die Deportierungen zerstörten das traditionelle Lebensumfeld und die soziokulturelle Infrastruktur der deutschstämmigen Bevölkerung.

Während des Krieges wurden Tausende Russlanddeutsche zur „Trudarmee“ (Arbeitslager) gezwungen, wurden dabei krank oder kamen ums Leben. Bis Dezember 1955 mussten alle Deutschstämmigen der UdSSR in Sonderansiedlungen unter Einschränkung ihrer Rechte und Freiheit leben. Bis Ende der 1980er-Jahre wurde gegenüber den Deutschstämmigen eine Politik der Unterdrückung ihres Nationalbewusstseins, der Verfolgung des Glaubens und der Diskriminierung bei Arbeitseinstellung und Zulassung zu den Hochschulen betrieben. Somit war die staatliche Politik des sowjetischen Regimes im

Laufe fast eines halben Jahrhunderts praktisch auf die Assimilierung der deutschstämmigen Bevölkerung ausgerichtet. Eine direkte Folge dieser Politik war der zunehmende Verlust der Muttersprache und der Kultur der Russlanddeutschen. Das merkt man besonders an Personen mittleren Alters und den Jugendlichen. Sie hatten keine Möglichkeit, die notwendigen Kenntnisse in der Familie zu erwerben sowie keinen Zugang zu nationalen Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Erst mit dem Höhepunkt der von Gorbatschow eingeleiteten Ära von Glasnost und Perestrojka begann die geistige Befreiung und Rehabilitation der Russlanddeutschen ihrem eigenen Selbstbewusstsein nach sowie in den Augen anderer Nationalitäten. Seit Ende der 1980er-Jahre gewann die deutsche Minderheit gewisse begrenzte Möglichkeiten für die Wiederherstellung ihrer Identität und die Wiedergeburt ihrer Muttersprache und Kultur. Jedoch hatten die Assimilationsprozesse bereits einschneidend zu wirken begonnen. Die zerstreute Ansiedlung, fehlende Elemente kultureller und Bildungsinfrastruktur und ein niedriges Niveau des Deutschunterrichts erschwerten die Wiederherstellung der kulturellen Identität.

Am 14. November 1989 wurde die Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Rehabilitation der Opfer politischer Repressalien“ angenommen. Am 21. April 1991 verabschiedete der Oberste Sowjet der Russischen Föderation das Gesetz „Über die Rehabilitation der Völker, die unter Repression gelitten haben“. Danach wurden noch weitere Gesetze verabschiedet, die auf die politische und rechtliche Re-

habilitation der ehemaligen Sowjetdeutschen gerichtet waren. Eine Reihe der Gesetze und Erlasse wurden nicht völlig realisiert. Insbesondere wurde keine territoriale Rehabilitation der Russlanddeutschen (in Form der Wiederherstellung ihrer Autonomen Republik an der Wolga) durchgeführt.

2. Sozialdemographische Wandlungen der letzten 20 Jahren

Auf Grund der Repressalien, der Angst und Unzufriedenheit mit ihrer nationalen und religiösen Lage, der Sorge um die Zukunft der Kinder, der Wirtschaftskrise und einer instabilen gesellschaftspolitischen Situation im Land in den 1980er- und 1990er-Jahren begann eine massenhafte Auswanderung der ehemaligen Sowjetdeutschen nach Deutschland. Laut der Volkszählung von 1989 lebten in der UdSSR 2,39 Mio. Deutsche (darunter rund 842.000 in der Russischen SFSR). Bis 1998 sind über 1,5 Mio. aus den ehemaligen Sowjetrepubliken ausgewandert. Die Volkszählung von 2002 weist nur noch rund 600.000 Deutschstämmige in der Russischen Föderation auf, wobei die Deutschen den 15. Platz unter den Völkern Russlands einnehmen. 1959 belegten sie in dieser Liste noch Platz Neun. 1989 gab es in der russischen Sowjetrepublik immer noch fünf Föderationssubjekte, wo die meisten Deutschstämmigen in mononationalen Ehen lebten. Dies waren die Region Altaj, die Gebiete Orenburg, Omsk und Wolgograd sowie die Republik Kalmykien. Heute gibt es kaum mehr solche Regionen. Die Anzahl der Deutschstämmigen, die Deutsch als ihre Muttersprache angeben, ging bereits zu UdSSR-Zeiten zurück: 1926 waren es 95,2%, 1959 69,0% und 1989 41,8%.

2002 ist die Zahl noch weiter auf 31,6% gesunken. 1994 haben nur noch 12,9% Deutsch zu Hause als Kommunikationssprache benutzt.

Wie bereits vermerkt, hat sich die demographische Lage in erster Linie durch die Massenauswanderung verändert. Weniger bekannt, aber ebenfalls ein wichtiger Grund ist die Migration der Deutschstämmigen aus den Republiken der früheren UdSSR. Eine Folge der Massenmigration ist der weitere Rückgang der Russlanddeutschen, die vermehrte zerstreute Ansiedlung und das Verschwinden der Kompaktansiedlungen. Dies führte zu einer weiteren Verschlechterung der sprachlichen und kulturellen Situation der deutschen Minderheit in Russland und anderen Staaten des postsowjetischen Raums. Im letzten Jahrzehnt verstärkte sich die Urbanisierung der deutschen Bevölkerung, die Zahl von Mischehen stieg an. Auch solche modernen Prozesse wie die Globalisierung haben die Deutschen nicht unberührt gelassen. All das trägt zu ernsthaften Schwierigkeiten im soziokulturellen Umfeld der Minderheit bei.

3. Die aktuelle gesellschaftspolitische und soziokulturelle Situation der Russlanddeutschen

Vor dem Hintergrund des massenhaften Schwundes der kulturellen Identität und der Assimilation in den 1990er-Jahren begann der Prozess des Aufbaus und der Entwicklung einer neuen soziokulturellen Infrastruktur der deutschstämmigen Bevölkerung. Im heutigen Russland basiert sie auf den öffentlichen Strukturen (in Russland unter dem Begriff „Begegnungs-

zentren“ zusammengefasst) mit ihren zahlreichen Aktivisten, den sich herausbildenden Regionalen Koordinierungsräten als Organe der Selbstorganisation der deutschen Minderheit, den Medien der Russlanddeutschen, den zwei deutschen Nationalrayons in Sibirien und den religiösen Gemeinden.

3.1 Begegnungszentren

Seit Ende der 1980er-Jahre entstand in den meisten Regionen der Russischen Föderation unter Berücksichtigung der Belange und durch öffentliche Initiative ein weit verzweigtes Netz von Begegnungszentren (BZ). Heute werden von ihren Aktivitäten mehr als 400 Groß- und Kleinstädte und Siedlungen und Dörfer in 57 Föderationssubjekten erfasst. Zu den Zentren gehören 1.600 Deutschkurse, Sonntagsschulen, Kinder- und Jugendclubs, Bibliotheken, schöpferische Zirkel und Interessengemeinschaften. Hier werden verschiedene Kultur-, Informations- und soziale Veranstaltungen durchgeführt. Die meisten Programme der Zentren stehen nicht nur den Russlanddeutschen, sondern auch anderen Nationalitäten offen und werden auf kostenfreier Basis durchgeführt.

Das Netz der BZ bietet den Russlanddeutschen die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen und sich die deutsche Kultur wohnortnah anzueignen. Viele Zentren arbeiten mit staatlichen Organen vor Ort zusammen. Von der überwiegenden Mehrzahl der BZ werden Projekte mit der Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland abgewickelt. Das wichtigste jährliche öffentliche Ereignis für die Begegnungszentren der Russlanddeutschen ist ein

Forum, das vom Internationalen Verband der deutschen Kultur (IVDK) veranstaltet wird. Ein großes Problem der BZ stellen die unzureichenden Räumlichkeiten, die Personalversorgung und Ausstattung dar.

Auf föderaler Ebene werden die Interessen der Russlanddeutschen von einer Reihe öffentlicher Vereinigungen vertreten. Die im Jahr 1991 gegründete Assoziation öffentlicher Vereinigungen „Internationaler Verband der deutschen Kultur“ (IVDK) vereint heute eine beträchtliche Zahl der Begegnungszentren in 57 Föderationssubjekten. Der IVDK ist die einzige anerkannte, koordinierende Dachorganisation der Begegnungszentren der Russlanddeutschen. Seit 1992 wirkt der Verband aktiv bei der Umsetzung von Fördermaßnahmen für die deutschstämmige Bevölkerung mit, die von der russischen Regierung und der deutschen Bundesregierung für Deutschstämmige unternommen werden. Im Laufe dieser Jahre wurden vom IVDK über 700 Projekte abgewickelt.

In 37 Regionen Russlands arbeiten mehr als 90 Clubs deutscher Jugendlicher. Auf föderaler Ebene werden die Interessen junger Russlanddeutscher von der 1997 gegründeten Überregionalen gesellschaftlichen Organisation „Jugendring der Russlanddeutschen“ (JdR) wahrgenommen. IVDK und JdR arbeiten eng zusammen und kooperieren im öffentlichen Bereich und bei der Projektarbeit. In 29 Subjekten der Russischen Föderation wurden auf der Grundlage des Gesetzes über „National-Kulturelle Autonomien“ (NKA) regionale national-kulturelle Autonomien der Russlanddeutschen gegründet. Rechtlich gehören die regionalen

NKAs zur 1997 gegründeten Föderalen National-Kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen (FNKA). Gleichzeitig sind 21 regionale Autonomien Mitglieder des IVDK. Dies wird von der russischen Gesetzgebung zugelassen. Von der FNKA wird keine Projektarbeit zu Gunsten der Russlanddeutschen durchgeführt.

3.2 Probleme und Widersprüche in den Beziehungen der öffentlichen Kräfte

Seit des Bestehens der öffentlichen Vereinigungen der Russlanddeutschen 1989 gibt es zwischen ihnen gewisse Widersprüche. Von außen gesehen liegt das an ihrer unterschiedlichen Zielsetzung, nämlich entweder die Wiederherstellung der Republik oder die allgemeine kulturelle Entwicklung der deutschen Minderheit. Für die künftige deutsche Minderheit ist die weitere Herausbildung der Selbstorganisation der Russlanddeutschen von großer Bedeutung. Eines der Probleme besteht hierbei in den verschiedenen Standpunkten der föderalen öffentlichen Vereinigungen.

In der letzten Zeit wurden im Zuge des Bestrebens nach Konsolidierung der Begegnungszentren gerade auf Anregung des IVDK Regionale Koordinierungsräte der Begegnungszentren (RKR) gebildet, die berufen sind, wichtige Organe bei der Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Begegnungszentren der sieben föderalen Verwaltungsbezirke der Russischen Föderation zu werden. Angesichts des riesigen russischen Raums und einer recht großen Zahl der öffentlichen Strukturen der Russlanddeutschen sollen die RKR

als diejenigen Verbindungsglieder agieren, die einerseits den BZ ihrer jeweiligen Region näher stehen und daher ihren Betrieb unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten koordinieren können, andererseits aber auch die Anforderungen für die Durchführung der Politik auf föderaler Ebene gestalten sollen.

Besonders wäre anzumerken, dass sich in den RKR auf demokratischer Grundlage Zentren und Organisationen verschiedenster Form zusammengeschlossen haben. Hier arbeiten die NKA und Begegnungszentren zusammen, die den auf föderaler Ebene bestehenden Verbänden der Russlanddeutschen angehören. Somit sind die RKR in der Lage, als Konsolidierungspunkte der bis heute zersplitterten öffentlichen Bewegung der Russlanddeutschen zu agieren. Für die künftige deutsche Minderheit ist die Einrichtung eines effizienten und demokratischen Systems der Selbstorganisation von strategischer Bedeutung. Unter den realen Bedingungen der Russischen Föderation kann so ein System nur auf der Basis der Begegnungszentren aufgebaut werden.

3.3 Informationsraum der Russlanddeutschen

In den Regionen Russlands werden für Russlanddeutsche mit einer Auflage von jeweils bis zu 1500 Exemplaren eine Reihe russisch- und deutschsprachiger Zeitungen herausgegeben, unter denen regionale wie die „Sankt-Petersburger Zeitung“ (St.Petersburg), die „Rundschau“ (Uljanowsk), die „Sibirische Zeitung+“ (Nowosibirsk), „Neues Leben“ (Moskau) und lokale wie „Ihre

Zeitung“ (Deutscher Nationalrayon Asowo, Gebiet Omsk), die „Zeitung für Dich“ (Barnaul) und die „Neue Zeit“ (Deutscher Nationalrayon im Altaj) zu nennen sind.

Eine führende Rolle bei der Information der deutschstämmigen Bevölkerung hat der IVDK, der für alle öffentlichen BZ der Russlanddeutschen seit vielen Jahren gezielt nachfolgende Medien für die deutsche Minderheit herausgibt und verbreitet:

- Die *Московская немецкая газета* (Moskauer Deutsche Zeitung/MDZ) hat zum Ziel, den Informationsgrad der deutschen Bevölkerung zu steigern und ihren Bedarf an deutschsprachigen Periodika zu decken. Die Herausgabe von MDZ/MHF ist ein wichtiger Beitrag der Russlanddeutschen für die Entwicklung der deutsch-russischen Zusammenarbeit.
- Das methodische Informationsbulletin „*Sodruzhestwo*“ (Gemeinschaft) wird für die Aktivisten und Besucher der BZ herausgegeben.
- Das wissenschaftliche Informationsbulletin „*Die Russlanddeutschen*“ wird für die Forscher zu Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen herausgegeben.
- Das methodische Bulletin „*Deutsch Kreativ*“ setzt sich zum Ziel, das berufliche Niveau der Deutschlehrer zu steigern.
- Zur Verbesserung des Deutschstudiums von Kindern und Jugendlichen wird eine Reihe deutschsprachiger Zeitschriften herausgegeben, die stark an das russische Schulsystem angepasst sind, nämlich „*Schrundi*“ für Kinder von 6–9 Jahren, „*Schrundirum*“ für Kinder von 8–13

Jahren und „WarumDarum“ für Jugendliche von 13–17 Jahren.

Die Gesamtjahresauflage der Periodika des IVDK beträgt ca. 600.000 Exemplare.

Im Internet-Raum sind die Russlanddeutschen unter www.rusdeutsch.ru in russischer und deutscher Sprache präsent. Es gibt auch andere Internetauftritte der Organisationen der Russlanddeutschen.

3.4 Deutsche Nationalrayons

1991/92 wurden auf Verordnung des damaligen Obersten Sowjets Russlands in Sibirien zwei Deutsche Nationalrayons gegründet, Asovo im Gebiet Omsk und der Deutsche Nationalrayon in der Region Altaj mit Halbstadt als Verwaltungszentrum. In erster Linie dank der kompakten Ansiedlung wurden in den beiden Regionen gute Rahmenbedingungen für die Erhaltung der kulturellen Identität geschaffen. Die Rayons sind wichtige Zentren der ethnischen Konsolidierung der Russlanddeutschen Sibiriens. Dabei ist ihre Rolle im Leben der deutschen Minderheit allgemein nicht so bedeutend. In erster Linie hängt dies damit zusammen, dass in den Territorien der beiden Rayons lediglich ca. 13% Russlanddeutsche leben, was einen Anteil von 2% der Gesamtzahl der deutschstämmigen Bevölkerung Russlands ausmacht.

3.5 Religiöse Gemeinden

In vielen Städten und Siedlungen sind im letzten Jahrzehnt religiöse Gemeinden entstanden, die auch von Russ-

landdeutschen besucht werden. In einigen Standorten arbeiten die Begegnungszentren und kirchlichen Organisationen aktiv zusammen. Die Russlanddeutschen machen aber einen recht niedrigen Prozentsatz innerhalb der Gesamtzahl ihrer Besucher aus.

4. Aktuelle Probleme der heutigen Entwicklung der deutschen Minderheit in Russland

4.1 Rehabilitation: Rechtliche Lage der Russlanddeutschen

Eine große Bedeutung für die Zukunft der deutschen Minderheit hat ihre reale Rehabilitation. In dieser grundsätzlichen Frage herrschen gravierende Gegensätze zwischen der rechtlichen Rehabilitation der Russlanddeutschen als Einzelpersonen und der effektiven Rehabilitation der gesamten Ethnie und zwischen dem Inhalt der von der Russischen Föderation verabschiedeten Gesetze und der Praxis ihrer Umsetzung.

Heute sind die Russlanddeutschen gleichberechtigte Staatsbürger der Russischen Föderation mit den gleichen Rechten wie die anderen Bürger, was auch durch das einheitliche Grundgesetz und die Gesetzesakte verankert ist. Es gibt keine nationale Diskriminierung mehr, was aber nicht die vollständige Rehabilitation der Russlanddeutschen bedeutet. Heute wird die rechtliche Lage der Russlanddeutschen durch eine Reihe interner Gesetzesakte und internationaler Verpflichtungen des russischen Staates geregelt. Aber trotz der Vielzahl der Dokumente zeigen die unternommenen Bemühungen noch

nicht die erwarteten Ergebnisse. Die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Selbsterhaltung der Ethnie und für eine stabile Entwicklung der deutschen Minderheit sind noch nicht im vollen Umfang geschaffen worden. Somit bleibt die Frage nach einer völligen politisch-rechtlichen Rehabilitation der Russlanddeutschen als ein Volk sowie praktische Ergebnisse der Rehabilitation für die heutige Generation und die Zukunft der deutschen Minderheit nach wie vor offen.

Ein weiteres Thema, das bis vor kurzem eine breite öffentliche Diskussion hervorrief, ist das Projekt der Wiedererstellung der Republik der Wolga-Deutschen. Im Prinzip könnte man auch denjenigen zustimmen, die behaupten, dass es bei einer kompakten Ansiedlung viel einfacher wäre, die kulturelle Identität der deutschen Minderheit zu pflegen und zu entwickeln. Es steht außer jedem Zweifel, dass die Wolga-Republik den Russlanddeutschen gesetzeswidrig genommen wurde. Die Repressalien waren verbrecherisch. Bereits Ende der 1980er-Jahre bestanden reale Chancen für die Wiedererstellung einer territorialen Autonomie in der Wolga-Region. Die Frage ist nur, wie realistisch dieses Projekt unter heutigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen wäre. Wie lässt es sich mit den allgemeinen Interessen und Tendenzen des Staates in Einklang bringen, dessen Bürger auch Russlanddeutsche sind? Wären viele der 600.000 Russlanddeutschen bereit, ihre jetzigen Wohnorte zu verlassen, um in einer anderen Gegend das Leben neu zu beginnen? Und schließlich die allerwichtigste Frage: Ist es möglich, auf diesem Wege das angestrebte Resultat, nämlich die Erhaltung und Ent-

wicklung der deutschen Minderheit zu erreichen?

Seit 50 Jahren leben die Kalmyken nach der Rückkehr aus den Orten ihrer Deportation kompakt. Der Verlust der nationalen Identität und Muttersprache geht aber dennoch stetig weiter. Trotz des Territoriums setzen sich die Assimilationsprozesse bei Mordwinen, Tschuwaschen, Mari, Chakassen und einer Reihe anderer Völker Russlands fort. Daraus kann man schlussfolgern, dass es nicht allein an der kompakten Ansiedlung liegt.

Das Projekt der Wiedererstellung der Republik ist auch aus rechtlicher Sicht aussichtslos. Das 1993 angenommene Grundgesetz der Russischen Föderation ist auf den Aufbau der neuen russischen Staatlichkeit gemäß den Grundsätzen des Föderalismus und der lokalen Selbstverwaltung ausgerichtet. Es sieht keine Schaffung territorialer Gebilde nach dem nationalen Prinzip vor. Die künftige Lösung nationaler Probleme wird ausschließlich auf dem Wege der national-kulturellen Entwicklung gesehen. Bedeutende Kompetenzen werden in dieser Frage den Regionen und der lokalen Selbstverwaltung gegeben. Somit wäre die Wiedererstellung der territorialen Staatlichkeit der Russlanddeutschen nur durch eine Änderung der geltenden Verfassung und durch eine Umwendung heutiger Vektoren der internen Entwicklung des Staates möglich. Doch es gibt in der Gesellschaft keine einflussreichen öffentlichen Kräfte, die so ein Projekt unterstützen würden.

Und schließlich hält heute nur ein kleiner Teil der Russlanddeutschen, meist ältere Personen, dieses Projekt für rea-

listisch und aktuell. Die Zahl derjenigen, die bereit wären, in die Republik umzuziehen, ist sehr gering. Die meisten Leute wünschen die Fortsetzung der konkreten Rehabilitation der deutschstämmigen Bevölkerung und meinen, dass dazu die Fördermaßnahmen seitens der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland weitergeführt werden sollen.

4.2 Fördermaßnahmen für die deutsche Minderheit

Von der russischen und der deutschen Regierung werden die Maßnahmen zur Unterstützung der Russlanddeutschen im Rahmen der Deutsch-Russischen Regierungskommission für Angelegenheiten der Russlanddeutschen abgestimmt und auf der Grundlage eines besonderen Protokolls über die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland vom 10. Juli 1992 realisiert. Neben den Vertretern der involvierten Ministerien und den Ämtern der beiden Länder gehören der Kommission Vertreter der öffentlichen Organisationen der Russlanddeutschen an wie IVDK und FNKA.

Die deutschstämmige Bevölkerung wird von der russischen Regierung unterstützt. So wurde das Föderale Zielprogramm der Wiedergeburt der sozio-ökonomischen und kulturellen Basis der Russlanddeutschen für den Zeitraum von 1997–2006 angenommen, das den Status eines Präsidialprogramms bekam. Seit 1990 erhalten Russlanddeutsche auch eine Förderung seitens der deutschen Bundesregierung. Heute beträgt sie ca. 10 Mio. € im Jahr und wird in Projekte zur Erhaltung

der deutschen Kultur, Muttersprache und Tradition sowie die Unterstützung von Jugend- und Bildungsprogrammen investiert. Die Umsetzung der Projekte erfolgt in den Begegnungszentren. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts wurden die Fördermittel für Russlanddeutsche seitens der Bundesrepublik Deutschland fast um das Fünffache abgebaut. 2007 haben sie sich aber wieder stabilisiert. Dies ist größtenteils den Bemühungen des neuen Beauftragten der deutschen Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Christoph Bergner zu verdanken. Ein weiterer Abbau der deutschen Fördermittel hätte einen akuten Mangel an Mitteln für die Tätigkeit des Netzes von Begegnungszentren zur Folge gehabt und so einen teilweisen Verlust des im Laufe der letzten Jahre aufgebauten Potenzials der deutschen Minderheit bedeutet.

5. Schlussfolgerungen

- Aus historischen Gründen werden heute Russlanddeutsche weder durch sprachliche Gemeinsamkeit noch durch eine kompakte Ansiedlung zusammengehalten. In erster Linie liegen der kulturellen Identität und Zusammengehörigkeit der deutschen Minderheiten die Gemeinsamkeit ihres Schicksals, das historische Gedächtnis, das Zugehörigkeitsgefühl, die Familientraditionen sowie die Überlieferungen der Vertreter der älteren Generation, insbesondere die über durchgemachte Strapazen und erlittene Ungerechtigkeit zu Grunde. Von großer Bedeutung sind die kulturelle Anziehungskraft der historischen Heimat und persönliche Beziehun-

gen zu Verwandten, die nach Deutschland ausgesiedelt sind.

- Der Verlust der Muttersprache und der Kulturtraditionen, den viele Russlanddeutsche erlitten haben, erfolgte nicht freiwillig, sondern war ein direktes Ergebnis der stalinistischen repressiven Politik und ist untrennbar mit den Folgen des 2. Weltkrieges verbunden. Infolge von Deportierungen, langjährigen Repressalien und Diskriminierungen sind Russlanddeutsche immer noch nicht in der Lage, ihre kulturelle Identität selbst zu erhalten und zu entwickeln.
- Die den Russlanddeutschen von den Regierungen der beiden Länder zuteil werdende Unterstützung ermöglichte die Schaffung einiger Anfangsvoraussetzungen, die für die ethnokulturelle Wiedergeburt der Russlanddeutschen erforderlich waren und stabilisierte die Lage der deutschstämmigen Bevölkerung in den Orten ihrer heutigen Ansiedlung. Jedoch ist die Wiederherstellung und Entwicklung der kulturellen Identität und Zusammengehörigkeit der Russlanddeutschen auf einer autonomen Grundlage noch nicht erfolgreich gelungen. Die konkrete Rehabilitation der Russlanddeutschen soll aber fortgesetzt werden. Russlanddeutsche benötigen daher weiter die Fördermaßnahmen seitens beider Staaten.
- Deutschland übernahm die Verantwortung für die Folgen des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges und bekundete nach dem Fall des Eisernen Vorhangs seine Solidarität mit den deutschen Minderhei-

ten im Ausland. Die Russlanddeutschen haben also Anspruch auf die Fortsetzung der Unterstützung.

- Ziel und Hauptaugenmerk dieser Fördermaßnahmen beider Staaten soll die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Erhaltung und Entwicklung der kulturellen Identität und Zusammengehörigkeit der Russlanddeutschen in den Orten ihrer Ansiedlung werden, wobei sie sich auf die demokratische Selbstorganisation der deutschen Minderheit stützen.
- Das kann nur über das Netz der Begegnungszentren erreicht werden. Mangels einer kompakten Ansiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung profilieren sich diese als Stützpunkte der ethnischen Konsolidierung. Das System der Begegnungszentren ist aber nicht in der Lage, all die Möglichkeiten vollkommen zu kompensieren, die es bei einer kompakten Ansiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung sowie bei Vorhandensein der vor dem 2. Weltkrieg vorliegenden soziokulturellen Infrastruktur gegeben hatte. Es besteht aber für die Begegnungszentren bezüglich der gesamten Ethnie der Russlanddeutschen, auch landesweit, keine reale Alternative.
- Die weitere Entwicklung der Begegnungszentren soll sich in der nächsten Phase somit vor allem auf die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für eine vollwertige, effiziente Arbeit und auf die Verbesserung der Arbeitsinhalte, der Kommunikation und der Koordination konzentrieren.

6. Aktuelle Entwicklungsschwerpunkte der deutschen Minderheit

Stärkung des Netzes von Begegnungszentren und Stabilisierung ihrer Arbeit

In den Zentren sollen die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um allen Interessenten reale Möglichkeiten für das Deutschstudium, die Aneignung der deutschen Kultur und der Traditionen sowie die Erhaltung des historischen Gedächtnisses zu geben.

Entwicklung der Selbstorganisation der Russlanddeutschen

Die demokratischen Prozesse der weiteren Herausbildung der Selbstorganisation der Russlanddeutschen sollen gefördert werden. Die deutsche Minderheit soll eine einheitliche leistungsstarke Selbstorganisation schaffen, die auf der Basis der Begegnungszentren funktioniert. Zu stärken ist die Rolle der Selbstorganisation bei der Beratung und politischen Beschlussfassung zu Gunsten der Russlanddeutschen. Die auf legitimen Foren kollegial getroffenen Vorschläge der Begegnungszentren sollen einen wichtigen Teil des neuen Konzeptes der deutschen Bundesregierung zur Unterstützung der deutschen Minderheiten in postsowjetischen Ländern bilden. Konkrete Fördermaßnahmen zu Gunsten des Netzes von Begegnungszentren sollen in einem größeren Maße auf den realen Bedürfnissen und Belangen der Zentren selbst basieren und dem Standpunkt der Selbstorganisation der Begegnungszentren verstärkt Rechnung tragen.

Verstärkte Einbindung der Begegnungszentren in die bilaterale deutsch-russische Zusammenarbeit

Die kulturelle Anziehungskraft der historischen Heimat ist eine weitere wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Minderheit in Russland. Mit der Zeit sollen sich die Begegnungszentren immer mehr als unmittelbare Teilnehmer einer sich ausweitenden deutsch-russischen kulturellen Zusammenarbeit, als richtige Freundschaftsbrücken zwischen den Völkern der beiden Länder etablieren.

Partnerschaften der Begegnungszentren

Heute sind viele russlanddeutsche Familien zerrissen. Ein Teil ihrer Mitglieder bleibt in Russland oder in anderen GUS-Ländern, ein anderer Teil wandert nach Deutschland aus. In dieser Situation ist es wichtig, eine Zusammenarbeit zwischen den Russlanddeutschen anzubahnen, die im riesigen europäisch-asiatischen Raum verstreut sind. Eine besondere Rolle kommt dabei den Partnerschaften zwischen den Begegnungszentren der Deutschen in der GUS und den Ortsgruppen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu.

Begegnungszentren als Zentren für die Verbreitung der deutschen Sprache und Kultur

Die BZ sollen sich als reale Treffpunkte für lebendige, praktische, humanitäre Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Bundesrepublik Deutschland etablieren.

**Verstärkung der Kinder- und Jugend-
arbeit und Ausbau des Schul- und
Jugendaustausches**

Bei einer effektiven Entwicklung in diese Richtung bekommen wir hoch gebil-

dete, zweisprachige junge Leute, die Kenntnis der Kulturtradition haben. Wir geben ihnen so die Möglichkeit, zur Annäherung zwischen Russland und Deutschland sowie zwischen Russland und dem vereinten Europa beizutragen.

Das aktuelle Buch

Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich. Samsried: Verlag Ernst Vögel, 2008, 758 Seiten, € 46,00.

„Sehen die heutigen Schüler aus Ost und West die DDR eher als soziales Paradies oder als diktatorischen Stasi-Staat?“ Der Untertitel des vorliegenden, 758 Seiten starken Bandes weist auf eine repräsentative Feldstudie zu eben dieser Fragestellung hin. Die Autoren, ausgewiesene Soziologen beim Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin, sorgen mit ihrer Erhebung mit Befragungen von mehr als 5.000 Schülern in Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen seit Monaten für mediales Aufsehen. Die Ergebnisse passen nämlich nicht in das Bild, das politisch gewünscht ist. Gegenwind kam bereits von der Berliner Schulverwaltung, da die Schüler der Hauptstadt besonders schlecht abgeschnitten hatten.

Die Kernaussage der Studie lautet: Viele Schüler haben keinerlei Kenntnisse über die DDR. Allein die bayerischen Schüler zeichnen sich durch höhere Kompetenz aus. Je mehr sich Schüler über die DDR informiert haben, desto kritischer sind sie. Gefährlich ist das Nichtwissen, das Schüler schnell zu Sympathiebekundungen mit dem untergegangenen Staat verleitet. Nostalgische Ansichten, beeinflusst durch die teilweise betriebene DDR-Verklärung in manchen Medien und Filmen wie

„Good Bye, Lenin“, prägen den Schülerblick. Gerade das Bild des „sozialen Kuschelstaates“ hat sich verbreitet – im Osten noch stärker als im Westen. Alarmierend ist zudem, dass nicht einmal jeder zweite Schüler – 48% – die DDR als Diktatur bezeichnet. Zumindest diese Frage müsste eigentlich unstrittig sein, lediglich über den Grad der Diktatur, eher autoritär oder angesichts des repressiven Überwachungssystems gar totalitär – kann diskutiert werden. Das von der Staatssicherheit als Exekutivorgan der Partei rücksichtslos betriebene Spitzelwesen halten annähernd 40% im Osten für eine normale, demokratische Geheimdiensttätigkeit. Aber auch die Schüler

aus dem Westen verharmlosen: Immerhin 66% schätzen die DDR rückblickend als demokratisch ein. Damit wird die Frage des „Untertitels“ klar beantwortet: Das Pendel des Schülers schlägt in Richtung „sozialer Wohlfühlstaat“ aus, weit weg von der Menschenrechtsfrage. Immerhin gibt der Befund Anlass zur Hoffnung, dass sich insgesamt drei Viertel der Schüler positiv zur Wiedervereinigung äußern.

Die Ergebnisse machen pädagogische wie didaktische Folgerungen zwingend erforderlich, was die Autoren auch beabsichtigen. Immerhin gaben 64% der Schüler im Westen und 71% im Osten an, die DDR würde im Unterricht nicht oder kaum behandelt. Aus Sicht der Schüler besteht offenbar Nachholbedarf. Auch die Lehrerausbildung an den Universitäten vernachlässigt die eigentlich weit gediehene DDR-For-



schung. Dieser erschreckende Befund im Umgang mit der jüngsten deutschen Geschichte sollte sich allerdings demnächst ändern. So sieht insbesondere der neue bayerische G-8 Lehrplan im Fach Sozialkunde in der Mittel- und Oberstufe eine ausführliche Beschäftigung mit dem Systemvergleich „Diktatur versus Demokratie“ vor. Ein besonderes Augenmerk gilt hier der Gegenüberstellung „Menschenrechte in Diktatur und Demokratie“. Dahinter steht das Lernziel, Demokratie und Diktatur scharf voneinander unterscheiden zu können. Erst durch das Lernen von Urteilskraft kann sich der Schüler mit seiner Demokratiekompetenz in die Gesellschaft einbringen. Auf diese neue Schwerpunktsetzung haben erste Schulbuchverlage reagiert, so der Schroedel-Verlag mit dem Sozialkundeband „Mensch und Politik“. Auch in Ostdeutschland scheint ein Umdenken stattzufinden. Sachsen-Anhalt hat eigens einen neuen Bildungsplan für 2009/10 erstellt.

Die eigentliche Ursache der Verklärung liegt nach Ansicht der Autoren aber bei der Familie und dem sozialen Herkunftsmilieu. Von dort stamme der verzerrende Vergleich der negativ besetzten Arbeitslosigkeit heute und der positiv besetzten Vollbeschäftigung damals. Einer damals angeblich sozial ge-

rechten Gesellschaft, in der man sich wohlfühlte, stehe die heutige Ellbogen- und Leistungsgesellschaft gegenüber, die den Menschen zwar formale Freiheit zugesteht, sie in Wirklichkeit aber der Diktatur des Kapitals unterwirft. So fallen Sätze wie „In der DDR hatte jeder Arbeit!“ oder „Es war ein Land, in dem sich einer um den anderen kümmerte.“

Die Wahlerfolge der aus der SED-Nachfolgepartei PDS hervorgegangenen „Die Linke“ weisen auf eine Renaissance des Sozialismus hin und zeigen, dass soziale Befindlichkeiten und Neidgefühle einen festen Platz in den politischen Entscheidungsprozessen gefunden haben. An die Stelle von Kriminalisierung tritt die Bagatellisierung der zahlreichen staatlich zu verantwortenden Verbrechen am Menschen in der DDR. Gerade in diesen Reihen wird die DDR verklärt und nicht als Unrechtsstaat anerkannt. Krisenerscheinungen wie die weltweite Finanzmarktkrise wirken wie Wasser auf den Mühlen der Kritiker. Von daher scheint pädagogische Aufklärung und didaktische Differenzierung gerade zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer notwendiger denn je. Der empirische Beweis dafür ist mit der vorliegenden Studie erbracht.

Florian Hartleb

Buchbesprechungen

Peterreins, Hannes: Grundsätze soliden Investierens. In zehn Schritten zu nachhaltigem Anlageerfolg. Wiesbaden: Gabler/GWV Fachverlag, 2008, 196 Seiten, € 29,90.

Gerade in diesen Zeiten der internationalen Finanzmarktkrise bangen viele Millionen Privatanleger im In- und Ausland um ihr Ersparnis. Trotz z.T. milliardenschwerer staatlicher Bürgschaften ist die Verunsicherung der Sparer enorm gestiegen. Insofern konnte der Verfasser gar keinen besseren Zeitpunkt für das Erscheinen seines Buches mit dem einsichtigen Titel „Grundsätze soliden Investierens“ finden.

Peterreins' Bestreben ist der mündige und gut informierte Anleger; seine Adressaten sind also vorwiegend die Millionen Privatanleger, denen er ein Regelwerk für ihre Rücklagen an die Hand gibt, sodass auch sie beständige Gewinne erzielen können und größere Risiken aussparen. Praxisnah mit gelungenen Beispielen veranschaulicht der Verfasser seine zehn Grundsätze soliden Investierens, von der Definition der persönlichen Anlageziele bis hin zur Rendite. Er wagt die These, dass Privatpersonen häufig ihr Ersparnis recht dilettantisch anlegen und sich – meist durch gekonnt und einnehmend vortragene Renditeversprechungen ihrer Kreditinstitute – mehr oder weniger unbewusst zum Kauf hoch spekulativer Anlageformen drängen lassen. Hierfür verantwortlich sei Peterreins' zufolge die Intuition der Privatanleger, die aus der Unerfahrenheit sowie mangelnden Kenntnissen über die zahllosen Anlageformen resultiert. Schlussendlich zeichnet der Verfasser die praktische

Anwendung seiner Tipps auf und erklärt diverse Anlageformen und Finanzinstrumente. Aufgebaut wie ein Lexikon kann dieser letzte Teil wie ein Nachschlagewerk genutzt werden und damit eine verständliche Orientierung geben.

Für die Bewertung der Studie seien vor allem folgende vier Aspekte anzuführen:

1. Hervorzuheben ist die gute und unterhaltsame Lesbarkeit, was bei einem vermeintlich so trockenen Thema wie Geldanlagen nicht zwingend zu erwarten ist.
2. Peterreins' Analyse ist selbst für Finanz-Laien gut verständlich. Hierzu tragen vor allem die zahlreichen anschaulichen Beispiele bei und die substantiellen Ratschläge für viele Anlageformen und Produkte, mit denen Privatanleger ständig konfrontiert werden wie z.B. beim Thema Altersvorsorge.
3. Die Studie zeichnet sich ferner durch fundiertes Fachwissen aus. Daneben ist sie aufgrund der beschriebenen zehn Schritte zum Anlageerfolg didaktisch gelungen aufbereitet. Auch statistische Berechnungen werden eingebettet. Auf den Seiten 42ff. vermisst man jedoch eine Begründung für die Mutmaßung, dass gerade mindestens 50 unabhängige Stichproben für eine vernünftige statistische Aussage nötig seien (siehe Seite 43). Für die in Abbildung 7 genannte Tabelle auf der Seite 47 wird darüber hinaus stillschweigend die statistische Unabhängigkeit der Fonds angenommen. Hier wäre ein Vermerk angebracht, dass die genannten Wahrscheinlichkeiten allenfalls Abschätzungen sind.

Dennoch ist Peterreins' Hinweis, dass der gefühlsmäßige Umgang mit Fondsdaten der zurückliegenden Jahre keine hinreichende oder gar bedeutungsvolle Projektion für die Zukunft zulässt, wichtig. Seine Aussagen lassen zudem manches Mal den Schluss zu, selbstverständliche Auffassungen über Geldanlagen, an denen bisher niemand zu rütteln wagte, über Bord zu werfen.

4. Schließlich gewinnt der Leser viele Einsichten darüber, wie er seine eigenen Finanzen in Ordnung bringen kann. In der Tat war dieser Gesichtspunkt in Anbetracht der gegenwärtigen Finanzmarktkrise und neuen Anlageformen wie Altersvorsorgeprodukten, die in den nächsten Jahrzehnten immer wichtiger werden, überfällig.

In den kommenden Monaten wird der Finanzmarkt einer größeren Kontrolle unterzogen werden; Solidität wird wieder die oberste Priorität einnehmen müssen. In dieses Anliegen fügen sich Peterreins' Tipps für ein solides Investieren nahtlos ein. Das Buch ist also mehr als nur eine gute Anregung für künftige Geldanlagen. Es ist eine brauchbare Handreichung für den Privatanleger, die einen guten Überblick über das weite Feld der Anlageformen gibt und darüber hinaus nicht nur leicht verständlich, sondern auch erfrischend verfasst ist. Nach der Lektüre wird der Anlageerfolg für Privatanleger – unabhängig von deren individueller finanziellen Situation – hoffentlich einfacher zu realisieren sein.

Alice Neuhäuser

Laqueur, Walter: Die letzten Tage von Europa. Ein Kontinent verändert sein Gesicht. Berlin: List Verlag, 2008, 253 Seiten, € 8,95.

Der Historiker und Terrorismusexperte Walter Laqueur hat mit seinem Buch „Die letzten Tage von Europa. Ein Kontinent verändert sein Gesicht“ einen Abgesang auf das politische und kulturelle Europa verfasst. Bereits im Titel zeigt sich eine Grundproblematik des Buches: Knüpft der Obertitel an ein Untergangsszenario an, so lässt der Untertitel doch auf eine Fortexistenz – mit tiefgreifenden Umbrüchen – schließen. Im Text wird erkennbar, dass es Laqueur um den Untergang des „alten Europa“ und die Entstehung eines „neuen Europa“ zu tun ist. Das neue Europa werde vor allem durch eine anders strukturierte Bevölkerung seinen „Charakter“ verändern und zudem durch einen weltpolitischen Bedeutungsverlust gekennzeichnet sein.

In das Zentrum seines Befundes stellt er deshalb die demographischen Veränderungen, denen sich viele europäische Städte ausgesetzt sehen: Durch die Zuwanderung (sei es durch die Anwerbung von „Gastarbeitern“ oder aufgrund eigener Kolonialpolitik) sind ethnisch-soziale Unterschichten entstanden, die sich von Beginn der Niederlassung an in einzelnen Stadtteilen konzentrierten. In den Großstädten und Ballungszentren werden die dort bereits heute besonders hohen Ausländeranteile durch die Geburtenüberschüsse, weitere Zuwanderung und den Rückgang der einheimischen Bevölkerung weiter steigen. Für

einzelne Städte bedeutet dies, dass bei den unter 5-Jährigen der Anteil derjenigen mit Migrationshintergrund beispielsweise in Nürnberg bei 67%, Frankfurt a.M. bei 65% und in Düsseldorf und Stuttgart bei jeweils 64% liegt.

Die Bevölkerung wird insgesamt zurückgehen, ihre Zusammensetzung wird sich stark verändern. Diese Entwicklungen charakterisiert Laqueur als „Zeitbombe“ und „Verfall“. Er begründet diese Bewertung damit, dass Europa am Ende des 21. Jahrhunderts ein „völlig verändertes Gesicht haben wird als heute“, „wesentlich kleiner und problembeladen“ sein werde. Europa werde „ergrauen“ und nicht mehr genügend Bevölkerungsreserven haben, um ausreichend Soldaten rekrutieren zu können.

Als Ursache für die Problemprognose führt Laqueur in erster Linie die Integrationsdefizite großer Zuwanderergruppen in zahlreichen europäischen Ländern an. Er weist zunächst die Position zurück, wonach die mangelnde Integration in erster Linie auf „strukturellen Rassismus“, Diskriminierung und Ausgrenzung seitens der Aufnahmegesellschaften zurückzuführen sei. Resentiments gegenüber Zuwanderern habe es immer gegeben – Zuwanderer mussten sich damit auseinandersetzen und durch eigene Leistungsfähigkeit die Vorurteile widerlegen. Laqueur betont die Rolle des Wohlfahrtsstaates, der den Zuwanderern von Anfang an „Betreuung“ und Zugang zu den Versorgungssystemen angedeihen ließ, was gut gemeint war, aber unerwünschte Folgen zeitigte: Der weitgehend barrierefreie Zugang zu Transferleistungen ließ den Aufstiegswillen erlahmen, vernebelte die Anpassungsnotwendigkeiten und

verschlechterte in der Folge die Integration in Bildungssystem und Arbeitsmarkt. Die Behauptung, die Integration von Zuwanderern in die EU sei „gescheitert“, ist allerdings in ihrer Pauschalität unzutreffend.

Den europäischen Regierungen wirft Laqueur vor, dem islamistisch motivierten Terrorismus nicht mit der gebotenen Konsequenz begegnet zu sein. So habe es nicht nur in Großbritannien „ungeschriebene Abkommen“ gegeben, wonach entsprechenden Aktivisten bedeutet worden sei, „man werde, wenn sie sich ‚illegaler‘ Aktionen enthielten, womit Aufrufe zu Terroraktionen im Inland gemeint waren, ihre Anwesenheit dulden; über ihre sonstigen Aktivitäten werde man hinwegsehen.“

Laqueur schildert den europäischen Einigungsprozess mit seinen Krisen und Rückschlägen und beklagt die europäische Handlungsunfähigkeit insbesondere auf dem Gebiet der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Man habe zu lange angenommen, militärische und politische Macht verlorene auf Dauer an Bedeutung, was sich als Illusion erwiesen habe. So befinde sich Europa auf dem Weg zum politischen und ökonomischen Bedeutungsverlust – Europa habe eine „Zukunft als riesiges Museum“ vor sich.

Zu den Schwächen des Buches gehört, dass bei der Analyse der Integrationssituation der Erkenntnisstand der Forschung in weiten Teilen unberücksichtigt bleibt. Auch was mögliche Handlungsoptionen anlangt, bleibt es merkwürdig blass. „Politische Koexistenz“ werde leichter zu erreichen sein als „soziale Koexistenz“. Laqueur

bringt „binationale Staaten“ ins Spiel, bleibt aber auch hier äußerst vage und verrät nicht, was man sich darunter vorzustellen habe („Versäulung“ wie ehemals in den Niederlanden? „Homelands“ wie vormals in Südafrika?). Die gesellschaftlichen Veränderungen (Bevölkerungsveränderungen und die zunehmende soziale Polarisierung, die sich vor allem in den Städten stark bemerkbar macht) müssen als politische Herausforderung ersten Ranges betrachtet werden. Die Befunde des Buches sind in mancherlei Hinsicht zutreffend. Insgesamt ist es allerdings geeignet, die Angst vor dem Verschwinden des Eigenen, vor dem Verlust der westlichen Kultur zu fördern. Angesichts globaler westlicher Expansion und kultureller Durchdringung scheint die Berechtigung dieser Ängste doch zumindest in Frage gestellt.

Stefan Luft

Geden, Oliver/Fischer, Severin: Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2008, 136 Seiten, € 19,00.

Nach einem Blick auf die Auslagen diverser Bücherläden kommt bei so manchem interessierten Laien Weltuntergangsstimmung auf. Titel wie „Klimakriege“, „Der neue Kalte Krieg“ und „Schwarzbuch Öl“ suggerieren: Klimakatastrophen verändern die internationale Politik, Russland erpresst Europa mit Gaslieferungen und bald gehen die Vorräte fossiler Energieträger zur Neige. Oliver Geden und Severin Fischer bereiten diesem Spuk ein Ende und setzen statt marktschreierischer Titel auf kluge Analyse. Entstanden ist ihre Studie im Rahmen des Forschungsprojekts

„Ein Europa der Bürger – Verfassung und effiziente Politik“, das in Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Europäische Politik und der ASKO EUROPA-STIFTUNG in den Jahren 2005 bis 2007 durchgeführt wurde. Auf gut 100 Seiten handeln die Autoren die Thematik umfassend ab. Die historische Entwicklung der Klima- und Energiepolitik kommt ebenso wenig zu kurz wie die Darstellung der Akteure und Positionen innerhalb der Europäischen Union.

Im zweiten und fünften Kapitel werden drei zentrale Ziele der europäischen Energie- und Klimapolitik und deren Schwierigkeiten bei der Umsetzung diskutiert. Erstens schreibe sich die EU das Ziel der Umweltverträglichkeit auf die Fahne. Geden und Fischer argumentieren, es bestünde Einigkeit darüber, dass der Klimawandel anthropogen beeinflusst sei. Zwar handle es sich um ein komplexes Thema, bei dem verlässliche Prognosen kaum möglich seien, doch bei Nichtstun drohten ökologische Verwerfungen, die global weitreichende ökonomische und soziale Instabilitäten nach sich ziehen könnten. Aus diesem Grund seien erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung weiterhin zu fördern. Zum Zweiten setze sich die EU das Ziel hoher Versorgungssicherheit. Aus Konsumentenperspektive definiere sich Versorgungssicherheit als die ausreichende Verfügbarkeit von Energieträgern zu annehmbaren Preisen. Nach Angaben der Kommission werde die Importabhängigkeit der EU weiterhin steigen. Die von vielen Beobachtern befürchteten preis- oder außenpolitisch motivierten Lieferstopps erachten die Autoren als eher unwahrscheinlich. Insbesondere Russland sei auf die Ein-

künfte aus Öl- und Gasverkäufen dringend angewiesen. Mit ihrer überzeugenden Argumentation nehmen Geden und Fischer jenen Panikmachern den Wind aus den Segeln, die behaupten, Europas Energielieferungen hingen einzig und allein vom Wohlwollen des Kremles ab. Problematischer seien aus europäischer Sicht die unzureichenden Investitionen im Bereich der Förderung und ein wachsender Ressourcennationalismus, als dessen Folge kapital- und technologiekräftige Konzerne aus den meist undemokratischen Förderländern verdrängt würden. Um die Energiesicherheit der EU zu erhöhen, raten Geden und Fischer einerseits zu einer doppelten Diversifizierung nach Regionen und Energieträgern, andererseits zum Energiesparen. Kurioserweise findet ein zumindest theoretisch denkbarer Weg zur Erhöhung der Versorgungssicherheit keine Erwähnung: Militärische Ressourcensicherung oder Abschreckung, wie sie in den USA und Russland unverblümt diskutiert oder angewendet werden, sind anscheinend für ein militärisch impotentes Europa keine Handlungsoption. Drittens schließlich stünde die Vollendung des Binnenmarktes im Pflichtenheft der EU, denn es existiere kein liberalisierter Binnenmarkt für die leitungsgebundenen Energieträger Strom und Gas. Insbesondere die nationalstaatlichen Regierungen und die großen Energieversorgungskonzerne wehrten sich gegen jeglichen Verlust an Souveränität und monetärem Gewinn. Als Vorreiter des Liberalismus habe die Kommission in diesem Politikfeld denkbar schlechte Karten. So gäbe es bei der Entflechtung der vertikal integrierten Versorger kaum Fortschritte. Gleichwohl erinnern Geden und Fischer an die grundsätzliche Ambivalenz des Binnenmarkt-

konzepts: Die Versorger sähen sich der nahezu unerfüllbaren Aufgabe gegenüber, die Preise zu senken, sich von den Netzen zu trennen und zugleich massive Investitionen zu tätigen. Die größte Herausforderung der europäischen Energie- und Klimapolitik, so Geden und Fischer, läge indes darin, diese drei Ziele – Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Liberalisierung – unter einen Hut zu bringen, zumal sie in der Praxis unvereinbar seien. Hier gälte es, Prioritäten zu setzen. Doch angesichts der trüben Tatsachen, die Geden und Fischer dem Leser auftischen, ist die Zuversicht auf eine schlanke, effiziente und kohärente Energie- und Klimapolitik der EU gering.

Im letzten Kapitel setzen die Autoren einen Kontrapunkt zu ihrer bis dato angenehmen nüchternen Analyse. Sie wagen die Vision, die Energie- und Klimapolitik der EU könne sich als Schrittmacher einer weiteren Vertiefung der Gemeinschaft entpuppen. Angesichts vielfältiger gegenwärtiger Konsolidierungsprobleme der EU wie der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrags schießen Geden und Fischer hier über ihr Ziel hinaus. Gewiss genießen der Klimaschutz und eine latente Russlandphobie bei der europäischen Bevölkerung breite Zustimmung. Nach der Lektüre der vorherigen Kapitel dagegen ist eines augenscheinlich: Tagespolitische Stimmungen und Visionen haben derzeit schlechte Karten im europäischen Machtpoker. Zudem deuten mehrere Ereignisse der letzten Monate auf ein realistisches Korrektiv zu Gedens und Fischers Idealismus hin: Erstens konterkariert das militärische Vorgehen Russlands gegenüber Tiflis die Diversifizierungsstrategie der EU und legt in ihrem Fahrwasser das na-

tionale Konkurrenzdenken der EU-Mitgliedsländer gnadenlos offen. Zweitens enthüllt die Refinanzierungskrise der Banken die Differenzen innerhalb der EU 27 bei der Umsetzung des Europäischen Emissionshandelssystems. Drittens machten vor einigen Monaten die großen vertikal integrierten Versorger bei der Entflechtung von Stromproduktion und Netzen lediglich in dem unbedingt nötigen – also ökonomisch rationalen – Umfang Zugeständnisse an die EU. Angesichts dieser tristen Fakten könnte man entgegen Geden und Fischer argumentieren, die Energie- und Klimapolitik entlarve sich statt als Schrittmacher vielmehr als Hemmschuh weiterer Vertiefung. Die zivilisierte Form des Interessenskonflikts wird wohl bis auf weiteres das Signum der Europapolitik bleiben. Denn in sicherheitspolitisch und ökonomisch relevanten Politikfeldern stehen sich die mächtigen Spieler Europas, die nationalen Regierungen und die großen Versorger, immer noch selbst am nächsten.

Manfred Groß

Welzer, Harald: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag, 2008, 335 Seiten, € 19,90.

Der Klimawandel ist derzeit ein viel-diskutiertes Thema, dessen weit reichende Folgen für globales Interesse sorgen. In Wirtschaft und Ökologie sind die Folgen des Klimawandels bereits mehr oder weniger spürbar geworden, weshalb sich die Politik des Themas angenommen hat. Doch welche sicherheitspolitische und soziale Rolle spielen die Klimaveränderungen,

die vom Menschen verursacht wurden und werden?

Harald Welzers „Klimakriege“ hat die möglichen sozialen Aspekte des Klimawandels zum Thema. Anhand zahlreicher historischer Kriegsbeispiele, vor allem des 20. Jahrhunderts, belegt er, wie Gewaltmechanismen aus sozialpsychologischer Sicht funktionieren. Wie Gewalt gerade in modernen Gesellschaften zur Lösung von Konflikten in Erwägung gezogen werde, soll anhand verschiedener Genozidbeispiele belegt werden. Die Gewalt, die bei Völkermorden ausgeübt werde, sei keinesfalls spontaner Natur, sondern werde von organisierten Gruppen mit politischem Hintergrund durchgeführt. Kennzeichnend für fragile und gescheiterte Staaten sei eine neue Art von Krieg, der Dauerkrieg, in dem aus machtpolitischen und finanziellen Gründen keine der Konfliktparteien ein Interesse daran habe, den Krieg zu beenden. Veränderungen des Klimas könnten in so wieso schon weniger stabilen Staaten durchaus zu solchen gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Zwar finde der bisher einzige Krieg dieser Art im Sudan statt, jedoch seien klimabedingte Auseinandersetzungen auch in anderen Kontexten präsent, hätten allerdings eher indirekt einen kausalen Zusammenhang aufzuweisen.

Eine wichtige Rolle spiele hierbei die Massenmigration, die aus regionalen Veränderungen der Umweltbedingungen resultiert. Diese könne zu Übervölkerung in anderen Gebieten, in denen auch Ressourcenknappheit herrscht, führen und bei der eingesessenen Bevölkerung eine gefühlte soziale Bedrohung erzeugen, welche sich nach einigen Jahren in Form von Gewalt ver-

schärfen könne. Es entstehe ein vermeintliches Feindbild, welches seine Vernichtung zwingend notwendig zu machen scheine.

Dass die Veränderungen des weltweiten Klimas weniger als potenzielle soziale Katastrophen gesehen werden, zu denen sie sich jedoch entwickeln könnten, zeige, dass das Problem bisher nicht richtig erfasst worden sei. Hierfür verantwortlich sei auch die Wahrnehmung der Menschen ihre Umwelt betreffend. Diese passe sich immer mehr den gegebenen Umweltbedingungen an, sodass längerfristige Veränderungen kaum auffielen. Lösungsansätze werden weniger erläutert, es bestehe die Gefahr, dass diese kontraproduktive Wirkungen hervorrufen würden. Klar sei nur, dass ein anderer Weg als der bisherige eingeschlagen werden müsse, um nicht in eine Sackgasse zu geraten. Es sei jedoch nicht gewiss, ob ein Ausufernd der Folgen des Klimawandels überhaupt noch abzuwenden sei. Die eigentlichen Verursacher der bisherigen Umweltveränderungen betrefte dies jedoch am wenigsten: In Europa und Nordamerika seien die staatlichen Institutionen und Möglichkeiten zum Katastrophenschutz weitaus besser ausgebaut, um etwaige Probleme unter Kontrolle bringen zu können und so auch sicherheitspolitische Herausforderungen besser zu bewältigen. Von den Folgen des Klimawandels seien also eher diejenigen betroffen, die schon von Haus aus zu den stärker verwundbaren Gruppen zählen würden.

Eine weitere Form von Gewalt, der Terrorismus, werde zukünftig als Instrument genutzt – auch in Staaten, die von den Klimawandelfolgen weitgehend verschont werden –, um Generationen-

ungerechtigkeit zu rächen. Gefühle oder auch reale Ungleichberechtigung der eigenen Ethnie und Perspektivlosigkeit könne Angehörige von Migrantengruppen in folgenden Generationen in lebende Bomben verwandeln.

Das Problem aus sozialpsychologischer Sicht zu beurteilen und die Thesen anhand zahlreicher Belege und Fakten zu stützen, erzeugt einen interessanten neuen Blickwinkel auf dieses Thema, welches derzeit großes Medieninteresse hervorruft. Jedoch erschließt sich dem Leser nicht unbedingt der Zusammenhang jener ausführlich erläuterten Gewaltmechanismen mit der Klimaveränderung als unbestechlicher Beleg dafür, dass es unweigerlich zu Massentötungen kommen muss, wenn klimabedingte Konflikte zu eskalieren drohen. Andere Szenarien wie Bürgerkriege und Systemzusammenbrüche sind in eher labilen Staaten durchaus denkbar und lassen eine teilweise hoffnungslos erscheinende Zukunftsprognose entstehen. Trotzdem stellt das Buch „Klimakriege“ eine lesenswerte, aufschlussreiche und interessante Abwechslung zur übrigen Fachliteratur den Klimawandel betreffend dar.

Sarah Jones

Schmoll, Heike: Lob der Elite. Warum wir sie brauchen. München: C.H. Beck Verlag, 2008, 173 Seiten, € 17,90.

Wer Heike Schmolls Buch „Lob der Elite. Warum wir sie brauchen“ in die Hand nimmt, wird keine soziologische Analyse von der FAZ-Redakteurin erwarten. Vielmehr ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Elitebegriff, der Funktion der Eliten in der Demo-

kratie und mit einem Vergleich der Akzeptanz von Eliten in verschiedenen Ländern zu erhoffen. Diese Hoffnung trägt nicht. Hinzu kommt eine differenzierte Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Elitenrekrutierung und dem Selbstverständnis der Eliten in verschiedenen Ländern. Heike Schmoll geht bei ihren Überlegungen zur Bedeutung der Eliten in der demokratischen politischen Ordnung von der grundlegenden, auf John Rawls bezogenen Prämisse aus, dass in demokratischen Gesellschaften Ungleichheiten existieren, welche nicht durch gewaltsame Egalisierung überwunden werden sollten. Chancengleichheit, also das Bemühen, durch entsprechende strukturelle und inhaltliche Maßnahmen der Bildungspolitik allen Bürgern unabhängig von Herkunft und Begabung die ihnen gemäßen Bildungschancen zu sichern, sind nach ihrer Meinung auch die adäquaten Voraussetzungen für die Elitenrekrutierung. Die Elite in der Demokratie sollte sich deshalb unter anderem durch eine umfassende Allgemeinbildung, einen lebenslangen Bildungsprozess, durch die Fähigkeit, in Systemen und Zusammenhängen zu denken, auszeichnen, um auf die gesamte Gesellschaft Einfluss nehmen zu können. Argumentationsfähigkeit, sprachliches Differenzierungsvermögen und Kreativität sind von politischen Eliten, aber auch von anderen Funktionsebenen zu fordern.

Kein Wunder, dass die Autorin vor dem Hintergrund dieser Forderung nach ausgeprägter Persönlichkeitsbildung, welche sie ausführlich durch Rückgriffe auf die Antike und den Humanismus erläutert, die aktuellen Tendenzen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik kritisiert. Diese zeichnen sich ihrer Mei-

nung nach durch Egalisierungstendenzen aus. Sowohl Bildungsstandards in den Schulen als auch die Modularisierung der Studiengänge in Folge des Bologna-Prozesses, nicht zuletzt auch die Politik der Schaffung von Exzellenz-Hochschulen, in denen Forschung ihrer Meinung nach standardisiert und dem „Drittmitteldruck“ unterworfen wird, sind angemessene Antworten auf die Notwendigkeit, eine leistungsfähige Elite zu rekrutieren. In der Schule bleibt das Humboldtsche Bildungsideal auf der Strecke, nach dem u.a. solche Texte und Gegenstände ausgewählt wurden, die exemplarisch für das Verständnis menschlicher Existenz waren, also die alten Sprachen und die antiken Texte. In der Universität erhalten Studierende und Professoren nicht den nötigen Freiraum, um die für die Elite einzufordernden Persönlichkeitsmerkmale in Freiheit zu entwickeln. Aber gerade die Demokratie ist auf die Unabhängigkeit im Denken und Urteilen Einzelner angewiesen. Deshalb muss nach Heike Schmolls Auffassung die Schule ein Ort der Konzentration und Reflexion bleiben und die Universität braucht für Professoren, Institute und Fakultäten wieder mehr Selbstbestimmungsrechte.

Kritisch geht die Autorin auch mit den Elitevorstellungen und Rekrutierungsmechanismen anderer Länder um. Ihrer Vorstellung von einer offenen Gesellschaft, in welcher der Zugang zu allen Eliten prinzipiell offen bleiben muss, entspricht nicht das französische System. Denn die französische Elite reproduziert sich selbst, wenn sich die politische und wirtschaftliche Macht in der Hand von fünfhundert Elitehochschulabsolventen konzentriert, die gerade 0,6% eines gesamten Jahrgangs

ausmachen. Diese soziale Homogenität fördert einerseits Günstlingswirtschaft und Korruption, aber andererseits auch einen „republikanischen Geist“. Dieser schafft eine in Deutschland von der Autorin vermisste nationale Identität, ein Geschichts- und Nationalbewusstsein und einen bewussten Umgang mit Reformen wie z.B. dem Bologna-Prozess. Eine Elite mit ähnlichen Eigenschaften, hervorgegangen aus pluralen Strukturen, scheint die Wunschvorstellung der Autorin zu sein.

Mut zu Demokratie und republikanischem Geist bedeuten deshalb ihrer Meinung nach: Mut zu Eliten.

Carl Deichmann

Brose, Thomas: Zwischen Himmel und Erde. Christ sein in einer säkularen Welt. Würzburg: Echter Verlag, 2008, 156 Seiten, € 9,90.

Die Frage nach dem „guten Leben“ ist spätestens mit Aristoteles in den Mittelpunkt philosophischer Reflexion gerückt. In Zeiten erstarkender Glaubensmächte zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich das Spektrum dahingehend erweitert, dass zunehmend auch die Frage nach dem „guten Zusammenleben“ – sei es der Religionen, sei es der Glaubenden und Nichtglaubenden – Gegenstand intensiven akademischen Nachdenkens geworden ist. So auch in dem hier anzuzeigenden Band des Religionsphilosophen und verdienstvollen Begründers der „Guardini-Lectures“ (S. 113) an der Humboldt-Universität zu Berlin, Thomas Brose, welcher soeben im fränkischen Echter Verlag erschienen ist. Ausgehend von dem doppelten Befund, dass „die religions-

politische Gegenwart (...) spätestens am 11. September 2001“ (S. 8) begonnen hat und dass die „Säkularisierungsthese“ (S. 135f.) vom zunehmenden Verschwinden der Religion bei zunehmender Modernisierung wissenschaftlich längst unhaltbar geworden ist, fordert dieser Band die unter uns lebenden Religionen und Konfessionen auf, ihr Verhältnis zu Gewalt, Toleranz und Frieden klar zu bestimmen. Zugleich wird in ihm durchaus erfolgreich der Versuch unternommen, unseren übersättigten Blick für Geschichte und Gegenwart von Religion und gelebtem Christsein in einer nach wie vor stark säkular geprägten Gesellschaft neu zu schärfen. Seinem selbstgesetzten Ziel, Wegmarken zur Orientierung zu setzen und „die mystisch-politische, die prophetisch-widerspenstige Dimension des Glaubens“ (S. 8) heute erneut ernst zu nehmen, nähert sich Brose dabei in drei Schritten:

Den Auftakt bildet ein Abschnitt, der dem Leser einen ersten Zugang zum Thema eröffnen möchte. Überzeugt davon, dass nach dem „Ende der großen Erzählungen“ (Jean François Lyotard) zunehmend wieder „persönliche Geschichten“ (S. 11) gefragt sind – und damit in expliziter Abgrenzung zum großen Historiographen des preußischen Staates, Leopold von Ranke, der gefordert hatte, „sein Ich fast auszulöschen, um allein historische Quellen sprechen zu lassen“ (S. 142), wählt Brose sein eigenes Aufwachsen als katholischer Christ in der Diktatur des DDR-Sozialismus zum Gegenstand dieser ersten Annäherung. Feinsinnig, aber schonungslos entlarvt er dabei die systematischen und menschenverachtenden „antireligiösen Strategien“ (S. 20) eines Regimes, für welches das Christentum

mit seinem vorgeblich „mittelalterlichen Weltbild“ (S. 19) definitiv nicht zum proklamierten Bild des „neuen Menschen“ (S. 20) und seiner angeblich „wissenschaftlichen Weltanschauung“ (S. 86) passte. Wie durchschlagend erfolgreich dieses militant-atheistische Vorgehen, dieser „Kampf gegen den Glauben“ (S. 86) trotz letztendlichen Scheiterns des politischen Systems gewesen ist, verdeutlichen die von Brose in diesem Zusammenhang angeführten Statistiken, die heute nurmehr „von etwa 25% evangelischen sowie 3–5% katholischen Christen in den neuen Bundesländern“ (S. 21) ausgehen. Die im Untertitel genannte Frage nach dem „Christsein in einer säkularen Welt“ – insbesondere im areligiösen Feld einer Großstadt wie Berlin, „wo knapp 30% Christen und 6% Muslime über 60% Konfessionslosen gegenüberstehen“ (S. 9) – ist angesichts dieser Dimensionen sowie eingedenk des berühmten Böckenförde-Diktums, dass der freiheitlich-säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, von geradezu brennender Aktualität. Und man ist geneigt, bereits an dieser Stelle die These des Autors, dass es für die Zukunft von Glaube und Kirche entscheidend sei, gerade in den Großstädten präsent zu sein, dahingehend zu ergänzen, dass damit auch die Zukunft unserer demokratischen Grundordnung angesprochen ist; denn Atheismus ist, wie Brose mit Recht anführt, mitnichten eine „unverbindliche Floskel“, sondern indem durch ihn „die Existenz Gottes radikal in Frage gestellt wird“, werden durch ihn auch „die Grundfesten von Oben und Unten, Gut und Böse, Recht und Moral erschüttert“ (S. 48f.) – mit allen Konsequenzen für Staat und Gesellschaft.

Wie aber umgehen mit Fragen von Glaube und Religionslosigkeit im Milieu der Großstadt? Wie umgehen mit kulturellen Spannungen und religiösen Gegensätzen in Zeiten wachsender Entfremdung? Dies zu klären, rekurriert Brose im zweiten Teil seines Buches unter anderem auf drei Gewährsmänner, die ihm Vorbild sind, wie man diese Fragen aufnehmen und „mitten in der Realität von Babel vom verheißenen Jerusalem“ (S. 79) sprechen kann – nicht, um eine plumpe „Werbekampagne für Christsein“ (S. 78) zu starten, sondern um auf Menschen hinzuweisen, die sich „mitten in der Welt“ (S. 111) selbstlos für ihren Nächsten eingesetzt haben. Genannt und in lesenswerten biographischen Skizzen vorgestellt werden der Armenpriester Carl Sonnenschein (1876–1929) mit seinem rastlosen sozialen Engagement und seinem Kampf gegen die Verelendung weiter Teile der Gesellschaft, der evangelische Märtyrer Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) mit seinem unbeirrbaren Mut, totalitärer politischer Macht zu widerstehen und der Religionsphilosoph Romano Guardini (1885–1968) mit seiner Sensibilität und Weisheit, sechzehn Jahre lang auf seinem Berliner Lehrstuhl das vorbildlose Wagnis durchzuhalten, die zerrissene Welt der Moderne zu Wort kommen zu lassen und seine Hörer dabei doch „in einem dialogischen Prozess die Unterscheidung der Geister zu lehren“ (S. 76). Alle drei dienen dem Autor zwar nicht als bruchlos adaptierbare Modelle für gelebtes Großstadtchristentum heute. Aber sie sind ihm doch eine Ermutigung, die „Zeichen der Zeit“ (S. 76) jeweils neu zu deuten und die von diesen Glaubenszeugen gezogenen Spuren in der Gegenwart wieder aufzunehmen. Brose entwickelt daraus in Grundzügen einen so ge-

nannten „Berliner Ansatz“ (S. 80), der Problemstellungen einer säkularen Welt nicht furchtsam ausweichen will, sondern von christlicher Grundlage aus Ansätze zu deren Lösung entwickeln möchte. Für die Zukunft würde man sich allerdings wünschen, dass Brose diesen bis dato reichlich skizzenhaften „Berliner Ansatz“ an anderer Stelle präziser ausführt, was sich mit dem von ihm konstatierten Desiderat einer „Hermeneutik des Großstadtlebens“ (S. 139) sicherlich gut verbinden ließe.

Wie aktuell die Frage nach dem „guten Zusammenleben“ der Religionen, der Gläubigen und Nichtgläubigen in unseren stark multikulturell geprägten urbanen Milieus ist, verdeutlicht Brose abschließend im dritten Teil seines Buches, worin er sich noch einmal explizit dem schwierigen Verhältnis von Glaube und Gewalt, von Religion und Politik zuwendet. Unter Aufnahme eines Gedankenganges von Hans Maier (vgl. Politische Studien 401, S. 66f.) weist er auf das allen Religionen eingeschriebene „Doppelgesicht des Religiösen“ (S. 125) hin, mit dessen gewaltbereitem Antlitz die Globalisierung die modernen Gesellschaften dramatisch konfrontiert hat. Diese neue Sichtbarkeit von Religion, die gegenwärtig in all ihren Facetten „machtvoll

auf die politische Bühne zurückgekehrt ist“ (S. 127), fordert uns – nach Brose – massiv heraus, dieses Wechselverhältnis heute neu zu buchstabieren. Eine tragfähige, das „gute Zusammenleben“ dauerhaft fördernde Antwort erwartet der Religionsphilosoph dabei allerdings nicht vom Leitbild einer „individualisierten, säkular-entzauberten (...) Moderne“ (S. 134). Er sieht vielmehr auch hier das Christentum in der Pflicht, mit seinem bislang noch viel zu wenig beachteten Potenzial, Glaube und Vernunft auf eine Weise verbinden zu können, die pathologische Auswüchse auf beiden Seiten auszuschließen vermag. Und so mündet sein Buch folgerichtig in die Aufforderung des amerikanischen Juden Joseph H. H. Weiler (vgl. Politische Studien 399, S. 119f.) an unsere politisch Verantwortlichen, ihre „Christophobie“ abzulegen und „das Verhältnis von christlich-abendländischer Tradition und säkularisierter Gesellschaft erneut auf die politische Agenda zu setzen“ (S. 135).

„Es war zu keiner Zeit einfach, von Gott zu sprechen“ – heißt es bereits auf Seite 78. Brose hat diesen Brückenschlag „zwischen Himmel und Erde“ dennoch gewagt. Er ist ihm gelungen.

Philipp W. Hildmann

Richtigstellung

In der Ausgabe der Politischen Studien, Heft 419, war auf S. 84 folgender Widerruf abgedruckt:

„Widerruf:

In unserer Zeitung „Politische Studien Themenheft 1/2007“ vom August 2007 wird in der Fußnote 38 auf Seite 53 in dem Beitrag „Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD“ von Dr. Steffen Kailitz fälschlich behauptet, „Hitler Adolf zitiert in NPD: Aktionsprogramm, S. 421“. Dies ist falsch. Hitler Adolf wird **nicht** in NPD, Aktionsprogramm, S. 421 zitiert. Die Redaktion.“

Zur Erläuterung dieses Widerrufs und des in unserer Zeitung „Politische Studien Themenheft 1/2007“ aufgetretenen Fehlers stellen wir Folgendes richtig:

Der Autor, Herr PD Dr. habil. Steffen Kailitz, hat in seinem uns zugesandten Manuskript „Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD“ nicht formuliert: „Hitler Adolf zitiert in NPD: Aktionsprogramm, S. 421.“ Das unzutreffende Zitat in der o.g. Fußnote ist unbeabsichtigt durch die Ausformulierung eines unzutreffenden Fußnotenverweises im Manuskript des Autors seitens der Redaktion entstanden. Wir bedauern diesen Irrtum.

Die Redaktion.

Ankündigungen

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können von Interessenten bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.shtml bestellt werden:

- **aktuelle analysen**

- Nr. 49: Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50: Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51: Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Sonderausgabe 1/2008: Wie können wir morgen leben? Der Weg zu einer zukunftsfähigen Kultur

- **Argumentation Kompakt**

- 13. Oktober 2008: Die internationale Finanzkrise – Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen

- **Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen**

- Nr. 61: Die Ukraine – Partner der EU

- **Studies and Comments**

- Nr. 6: European-Chinese Security Cooperation: Possibilities and Limits

- **Weitere Publikationen**

Forster, Bernhard: Adam Stegerwald – Politik in sozialer Verantwortung. Leben und Vermächtnis des Gewerkschafters und Politikers aus Unterfranken, München 2008.

Gruber, Thomas/Zehetmair, Hans (Hrsg.): Jung und Alt: Miteinander leben – voneinander lernen – einander zuhören. Grünwald: Atwerb-Verlag KG, 2008 (ISBN 3-937706-06-02).

Scharnagl, Wilfried: Mein Strauß – Staatsmann und Freund. Neuried: ars una Verlagsgesellschaft, 2008 (ISBN 978-3-89391-860-7).

Autorenverzeichnis



Bell, Inge
Journalistin, Leipzig



Männle, Ursula,
MdL, Prof.
Staatsministerin a.D., Stv.
Vorsitzende der Hanns-
Seidel-Stiftung, München



Faltlhauser, Kurt,
Prof. Dr.
Staatsminister a.D., Mün-
chen



Martens, Heinrich
Vorsitzender des Interna-
tionalen Verbandes der
deutschen Kultur, Mos-
kau



Langguth, Gerd,
Prof. Dr.
Universität Bonn



Witterauf, Peter, Dr.
Hauptgeschäftsführer der
Hanns-Seidel-Stiftung,
München



Luft, Stefan,
PD Dr. habil.
Wissenschaftlicher Mitar-
beiter am Institut für Po-
litikwissenschaft der Uni-
versität Bremen



Zehetmair, Hans,
Dr. h.c. mult.
Staatsminister a.D., Vor-
sitzender der Hanns-Sei-
del-Stiftung, München

Jahresübersicht der Politischen Studien 2008

Heft 417	Schwerpunktthema: Möglichkeiten und Grenzen heutiger Wahl- forschung in Deutschland
Heft 418	Schwerpunktthema: Die NATO am Scheideweg
Heft 419	Schwerpunktthema: Deutsche Wiedervereinigung – Entschei- dungen und Versäumnisse
Heft 420	Schwerpunktthema: Probleme der deutsch-polnischen Bezie- hungen
Heft 421	Schwerpunktthema: 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft – ein er- folgreiches Gestaltungsmodell für die Zukunft
Heft 422	Schwerpunktthema: Was bleibt von 68? Die Folgen der Protest- bewegung
Themenheft (TH) 1/2008	Innere Sicherheit in Deutschland

Autor	Titel	Heft	Seite
Adam, Rudolf Aretz, Jürgen	Die Internationale der Extreme Die deutsche Einheit – ihre Voraus- setzungen, die Verträge und die Perspektiven	TH 1	94
Bell, Inge	Politische Studien-Zeitgespräch mit der Journalistin zu Frauenhandel und seinen Folgen in einem sich wandeln- den Europa	419	30
Borghoff, Uwe M.	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Experten für Langzeitarchivie- rung zu drohendem Datenverlust und Strategien zur Langzeitsicherung von digitalen Daten	422	10
Cazzaniga, Gian Mario	Italien nach den vorgezogenen Wahlen 2008 – Alte und neue Formen der Organisation von Politik	419	11
		421	55

Autor	Titel	Heft	Seite
Cichocki, Marek A.	Wege und Abwege der Europäisierung der polnisch-deutschen Beziehungen	420	40
Eith, Ulrich	Wahlforschung, Demoskopie und praktische Politik – Aspekte unterschiedlicher Zugänge und Konsequenzen in vier Thesen	417	18
Faltlhauser, Kurt	Die 68er-Bewegung: Persönliche und gesellschaftliche Wirkungen	422	24
Fischer, Christian	Das iranische Atomprogramm – Eine Bedrohung für die regionale Sicherheit?	421	68
Förster, Joachim	Braucht die NATO ein neues strategisches Konzept?	418	66
Gartzke, Ulf	Die irakische Flüchtlingskatastrophe	417	70
Glos, Michael	Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft	421	41
Hanning, August	Die Herausforderung der Inneren Sicherheit durch Islamismus und Terrorismus	TH 1	33
Heiss, Klaus P.	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Physiker zu den technischen Aspekten eines Raketenabwehrsystems	417	7
Helmbrecht, Udo	IT-Sicherheit als integraler Bestandteil der Inneren Sicherheit	TH 1	78
Helmbrecht, Udo	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur IT-Sicherheit als gesellschaftspolitische Herausforderung	420	8
Hermann, Joachim	Die Lage der Inneren Sicherheit in Bayern	TH 1	25
Hildmann, Philipp W.	Editorial: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel – Die Stammzelledebatte hat in Deutschland gerade erst begonnen	420	5
Hirscher, Gerhard	Editorial: Die bayerische Landtagswahl vom 28. September 2008. Bleibt die besonders Stellung der CSU erhalten?	421	5
Huber, Erwin	Sicherheit für unsere Bürger in Zeiten globaler Risiken	TH 1	15
Huber, Erwin	Arbeit, Wohlstand und Sicherheit durch die Soziale Marktwirtschaft	421	32

Autor	Titel	Heft	Seite
Huber, Hans G.	Mittelstandsunternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft	421	50
Jesse, Eckhard	Extremismus und Innere Sicherheit	TH 1	67
Kastler, Martin	Bosnien und Herzegowina – ein Plädoyer für eine multiethnische Zukunft	418	79
Knoll, Stephanie	Die irakische Flüchtlingskatastrophe	417	70
Konwitschny, Peter	Politischer Studien-Zeitgespräch mit dem Opernregisseur zum Selbstverständnis des heutigen Musiktheaters	418	11
Köppl, Stefan	Prodis Sturz	419	75
Krasnodębski, Zdzisław	Die Sieger und die Verlierer – Die deutsche und polnische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und ihre heutige politische Bedeutung	420	30
Langguth, Gerd	Die langfristigen Folgen der 68er-Bewegung	422	36
Leyendecker, Hans	Der Verfall aller Werte – Warum Korruption das Gemeinwohl schädigt	TH 1	86
Losinger, Anton	Menschenwürde und Soziale Marktwirtschaft	421	44
Luft, Stefan	Einmal Türke, immer Türke? Anmerkungen aus Anlass der Kölner Rede Recep Tayyip Erdogans	419	64
Luft, Stefan	Konfliktfelder um Staatsangehörigkeit und Integration	422	42
Maćków, Jerzy	Einführung zum Thema: Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen	420	16
Maćków, Jerzy	Deutsch-polnische Beziehungen: Nachbarschaft der Nationalstaaten statt einer europäischen Interessengemeinschaft?	420	19
Männle, Ursula	Unkonventionelle Anmerkungen	422	33
Maurer, Marcus	Warum „Wahlprognosen“ scheitern – vier Thesen zur Rationalität von Wahlentscheidungen in der Mediendemokratie	417	41
Martens, Heinrich	Die aktuelle Lage der Russlanddeutschen: Probleme und Perspektiven	422	54
Miller, Josef	Sichere und nachhaltige Lebensmittelversorgung in Europa – heute und auch in Zukunft?	420	58
Neu, Viola	Die neue Unberechenbarkeit der Wähler	417	25

Autor	Titel	Heft	Seite
Niedermayer, Oskar	Wertorientierungen in der Parteien- und Wahlforschung	417	34
Osica, Olaf	Auf der Suche nach einem neuen Paradigma – Polen, Deutschland und die neue europäische Geopolitik	420	45
Raabe, Stephan	Politische Stiftungen als Instrument der Außenpolitik – Das Beispiel der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen	420	53
Reichholz, Josef H.	Unser Klima – einst und heute	420	63
Rill, Bernd	Editorial: Frankreichs Ratspräsidentschaft – Was ist zu erwarten?	419	5
Ritzenhofen, Medard	Gott in Frankreich unter Sarkozy – Der Präsident glaubt an eine „positive Laizität“	419	57
Rühl, Lothar	Die Rolle der NATO in Afghanistan – Bilanz und Perspektive	418	34
Safferling, Christoph	Möglichkeiten der Befriedung durch Völkerstrafrecht	420	82
Scharnagl, Wilfried	Einführung zum Thema: Deutsche Wiedervereinigung – Entscheidungen und Versäumnisse	419	26
Scharnagl, Wilfried	Politische Zeitgespräch: De amicitia	421	9
Schäuble, Wolfgang	Sicherheit in Deutschland – Herausforderungen und Perspektiven	TH 1	7
Schmidt, Christian	Das transatlantische Bündnis als Bindeglied zwischen Amerika und Europa – Die deutsche Perspektive	418	27
Schröder, Richard	Die deutsche Einheit: Besser als ihr Ruf	419	43
Uhl, Hans-Peter	Islamismus, Islam und Grundgesetz	TH 1	43
Urban, Johannes	Extremismus und Innere Sicherheit	TH 1	67
Varwick, Johannes	Die neuen Aufgaben der NATO – vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?	418	56
Waigel, Theo	Deutsche Wiedervereinigung – Entscheidungen und Versäumnisse	419	52
Weber, Robert	Die zukünftige Wahlrelevanz der Umwelt- und Naturschutzpolitik	420	74
Wirz, Stephan	Modernes Management als Kultur- aufgabe	418	86
Witterauf, Peter	Steigende Unsicherheit bei Wahl- prognosen – wie damit umgehen?	417	14

Autor	Titel	Heft	Seite
Witterauf, Peter	Entlastungen bei der Einkommensteuer – eine drängende ordnungspolitische Weichenstellung	418	5
Witterauf, Peter	Editorial: Die internationale Finanzkrise – was sind die Lehren?	422	5
Wolf, Alexander	Einführung zum Thema: Die NATO am Scheideweg	418	25
Wolf, Alexander	Die NATO als Wertegemeinschaft	418	73
Zehetmair, Hans	Editorial: Weichenstellungen in Bayern – Ausblick auf das Wahljahr 2008	417	5
Zehetmair, Hans	Einführung zum Thema: Innere Sicherheit in Deutschland	TH 1	5
Zehetmair, Hans	Einführung zum Thema: 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft – ein erfolgreiches Gestaltungsmodell für die Zukunft	421	29
Zehetmair, Hans	Einführung zum Thema: Was bleibt von 68? Die Folgen der Protestbewegung	422	22
Zeitler, Benjamin	Getrennt marschieren, geeint schlagen? Die Organisation der CDU-Kampagnen zu den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005	417	53
Zierke, Jörg	Organisierte Kriminalität und Innere Sicherheit	TH 1	53

